

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3.50 Mk., monatlich 1.10 Mk.,
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement: 8.50 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1898 unter Nr. 7576.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgepaltenen Zeilen-
 zeile oder deren Raum 40 Pf., für
 Vereins- und Versammlungs-Anzeigen,
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Insetate
 für die nächste Nummer müssen bis
 4 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,
 an Sonn- und Festtagen bis 3 Uhr
 nachmittags geöffnet.
 Anstalts-Druck: Auf 1, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Brühl-Strasse 2. **Dienstag, den 13. Dezember 1898.** Expedition: SW. 19, Brühl-Strasse 3.

Der Budgetdebatte erster Tag.

Eine „große“ Debatte — groß in dem Sinne der französischen *grandes journées* — stand uns nicht bevor. Das sah man sofort, als die Abgeordneten sich zur Sitzung sammelten. Sie kamen nicht so zahlreich, wie der Fall zu sein pflegt, wenn Kampfesstimmung herrscht; und auf den Gesichtern lag nicht jenes elektrische Schweißnichts, welches Sturm kündigt. Im Gegenteil: friedliche Alltagsstimmung. In der Politik muß man nie auf das Erwartete rechnen. Das Erwartete geschieht nie — wenigstens nicht in der Regel. Das Unerwartete ist Regel — das Erwartete Ausnahme.

Das Volk mußte erwarten, daß dieser Reichstag, der in Donnern und Blitzen geboren ward, unter Donnern und Blitzen seine parlamentarische Laufbahn beginnen werde. An Gewitter- und Zündstoff fehlte's doch wahrhaftig nicht. Das Gebiet der inneren Politik ist mit brennenden Fragen besät — so dicht, daß Einer ein guter Schwert- oder Fierdtänzer sein muß, um nicht auf ein halb Duzend zu treten. Indes, wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg — zwischen Schwertern und Etern. Und von den bürgerlichen Parteien hat keine einzige „Schneid“ — das Zentrum ist viel zu zufrieden, um kampflustig zu sein. Nicht bloß satte Menschen, sondern auch satte Parteien sind ungefährlich.

Und das Zentrum ist augenblicklich satt, wenn es auch hungrig thut — satt und zufrieden. Dazu kommt noch Eins. Unter Palmen zu wandeln ist mitunter auch der Moral nicht zuträglich und wäre es bloß die politische Moral. Und die Palmen von Palästina, die aus den verschiedenen echten und unechten „Dormitionen“ herabschauen, sind der politischen Zentrumsmoral ganz besonders ungesund.

Die konservativen Parteien sind ebenfalls nicht in der Stimmung, Streit zu suchen. Die letzte Reichstagswahl hat den Konservativen schwere Schläge, Verluste und Niederlagen gebracht, und die Konservativen haben keine Lust, die so schmerzlich verlaufenen Wahlkämpfe im Reichstag früher wieder aufzunehmen, als unbedingt notwendig ist.

Noch weniger Kampflust herrscht unter den National-Liberalen, denen bei den letzten Reichstags- und preussischen Landtagswahlen so viele Felle (inklusive falsche Wölfs- und wahrhafte Schafspelze) davon geschwommen sind; — betäubte Lohgerber und betäubte Parlamentarier pflegen kein heißes Sehnen nach der Feld- oder Wortschlacht zu empfinden.

Auch die Fortschrittspartei, mit ihrer Dreipaligkeit (die jedenfalls ein sehr schlechter Ersatz ist für die Dreieinigkeit), hat kein Interesse, einen parlamentarischen Sturm zu entfesseln. Und so bleibt nur die sozialdemokratische Fraktion übrig, die das Recht und die Pflicht der Kritik rückhaltlos und rücksichtslos ausüben und erfüllen wird, jedoch es nicht in ihrer Gewalt hat, eine große parlamentarische Debatte einem Parlament aufzuzwingen, dessen überwiegende Mehrheit entschlossen ist, auf keine große Debatte sich einzulassen.

Das Publikum freilich erwartete eine solche — es hatte sich in hellen Haufen eingefunden, und selbst am Saal seine Spannung ab von der Ruhe der im Saal sich sammelnden Reichsboten, die nicht anders aussahen als vor einer gewöhnlichen Sitzung.

Freilich, die Regierung schien auf scharfe Angriffe gefaßt zu sein. Sie war vollzählig am Plage — auch der Reichskanzler, von dem man so lange nichts gehört und gesehen, war auf seinem Posten, gedankenvoll, zusammengedrückt — gebückt.

Die Debatte wurde durch den neuen Finanz-Staatssekretär von Thielemann eingeleitet. Herr v. Thielemann war von erschreckender, einschläfernder, tödlicher Sachlichkeit. Mit tonloser Stimme und bewegungslosem Gesicht ließ er die Ziffern und Perioden über den Baum seiner Zählweise hinwegspringen — eine Ziffer nach der anderen, eine Periode nach der anderen — einformig, wie die Gammel einer, durch einen Heftenspalt sich drängenden Hammelherde.

Die einzige Wirkung der Rede des Herrn Thielemann auf das „Haus“ war, daß der Reichstags-Saal sich leerte und der Restaurations-Saal sich füllte. Der neue Staatssekretär sprach eine halbe Stunde lang — noch eine halbe Stunde lang — und noch eine halbe Stunde lang — in Summa einundeinhalb Stunden lang, von 1¼ bis 2¼ Uhr.

Dann hörte er ton- und klanglos auf. Und ton- und klanglos, so daß man anfangs den Wechsel gar nicht merkte, begann ein anderer Redner, der sonst eine recht klangvolle Stimme hat: Herr Fritzen, der Zentrumsmann. Ach, wie kräftig konnte er sonst der Regierung eine Anklagerede halten. Aber, lang, lang ago! Lang, lang ist's her! Jetzt nicht einmal eine Klage rede. Was hat das Zentrum auch zu klagen? Es hat ja die Regierung in der Tasche — es ist satt und zufrieden. Höchstens ein bißchen zu viel Kolonialpolitik — dafür ist man für anderes zu haben. Für die neue Militärvorlage? Nein — ja — ja — nein — ja. Dito für das Buchhausgesetz.

Herr Fritzen fühlte sich nicht wohl in der Ton- und Klanglosigkeit. Er schloß schon um ¼ Uhr, um von Eugen Richter, der wie immer vom Platz sprach, abgelöst zu werden. Richter hatte seinen guten Tag. Er vindizierte zunächst dem Reichstag das Recht, in der Generaldebatte des Etats über alle Fragen der inneren und äußeren Politik zu reden. Anknüpfend an

die Palästinafahrt, sprach er dieser jede politische Bedeutung ab, beurteilte den Hyazinthismus, der jede Handlung des Kaisers verhimmelte, geißelte das persönliche Regiment mit Gottesgnadenthum, kennzeichnete das Thörichte, Barbarische und Unwürdige der Ausweisungen, und ließ eine nach der anderen so ziemlich alle Regierungsaktionen, die reichende Vernehmung der Reichsschuld, die Agrarierfreundlichkeit, die neue Militärvorlage, das Buchhausgesetz u. s. w., Spiekruthen laufen. Er hatte recht glückliche Momente, z. B. in Sachen des Rippe'schen Streits und der verborgenen Talente der konservativen Partei, für welche Talente das Wort gellte: wem Gott ein Amt giebt, dem giebt er auch den Verstand. (Herr v. Buchka, dem speziell das Wort galt, lächelte sehr verlegen, er scheint sein Talent noch nicht entdeckt zu haben.) Zum Schluss behandelte Richter die Frage der Ministerverantwortlichkeit. Was der Kaiser telegraphierte, bedarf ebensowohl der Gegenzeichnung eines Ministers, wie was der Kaiser schreibt — falls es nicht privater Natur sei. Die jüngste lange Abwesenheit des Kaisers habe Unzuträglichkeiten schlimmster Art ergeben, welche die Nothwendigkeit einer gründlichen Reform nahelegten. Vorfahren des Kaisers hätten begriffen, daß die Person des Monarchen durch verantwortliche Beamte gedeckt werden müsse, damit „die Liebe und Affektion für die Person des Monarchen menagirt“ werde. Das sei heute mehr notwendig als je. Das persönliche Hervortreten des Monarchen habe die Epidemie der Majestätsbeleidigungs-Prozesse zur natürlichen Folge. Mit einem Appell an den Reichskanzler, hier Wandel zu schaffen, schloß der Redner. Der Reichskanzler schwieg, indem er sich noch mehr zusammendrückte als vorher. Dafür erhob sich Herr von Posadowsky, der zunächst mit seinem, sicherlich nicht der Verhüllung von Gedanken dienenden Pathos ein paar Duzende von Themen anstreichte, ein paar Duzende tief sinnige Gemeinplätze zum besten gab, und sich zuletzt, nachdem er mit anerkenntniserwerther Geschicklichkeit zwischen lauter Wenn und Aber hin- und hergehüpft war, zu der etwas überraschenden Erklärung aufschwang: für alle Handlungen des Kaisers ist der Reichskanzler verantwortlich.

Der Reichskanzler! Das war allerdings etwas Neues für den Reichstag, und auch für den Herrn Reichskanzler, der sich noch dünner zusammendrückte.

Eine fast einstündige Rede des pastoralen Herrn v. Bülow, Staatssekretär, der ein vorzüglicher Tischredner sein soll und jedenfalls ein vorzüglicher Kanzelredner geworden wäre, wenn ihn sein Unstern nicht zum Sekretär des Auswärtigen gemacht hätte, beschloß die Debatte des ersten Tags der Etatsberatung. Von der Rede des Herrn v. Bülow haben wir bloß zu bemerken, daß er zwar sehr lange Sätze machte, jedoch nie aus der Konstruktion fiel. Ein klassisches Zeugnis für seine Begabung als Kanzelredner.

Wird der zweite Tag der Debatte ein höheres Niveau haben?

Die Sozialdemokratie hat noch nicht gesprochen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 12. Dezember.

Eine zweite Thronrede?

Der Kaiser hat Sonntag Mittag im Schloß das Reichstagspräsidium empfangen. Die Audienz währte dreiviertel Stunde und der Kaiser unterhielt sich über die politische Lage. Ein Bericht theilt mit:

Der Kaiser sprach sich zunächst erfreut über den Verlauf und Erfolg der Sitzung aus, in welcher das Präsidium des Reichstags konstituiert wurde.

Dann ging der Kaiser auf die internationale Situation ein. Er betonte, daß die Lage, obwohl wir mit allen in betracht kommenden Mächten auf friedlichem und freundschaftlichem Fuße ständen, große Aufmerksamkeit erheische, was ja auch jeder Laie einsehe, und daß es deshalb auch notwendig sei, die vorgeschlagene Servollkommnung und Ergänzung der Armee durchzuführen. Was vorge schlagen sei wäre freilich wenig, aber er hätte zur Schonung der Steuerkraft des Landes nicht mehr vorschlagen lassen.

Dann sprach der Kaiser mit Befriedigung von seiner Palästinareise und theilte verschiedene Episoden aus derselben mit, besonders auch, daß er sich gefreut hätte über das Zusammenhalten aller Deutschen, sowohl der evangelischen wie derjenigen katholischer Konfession.

Nach einem anderen Berichte nannte der Kaiser die internationale Situation „ge spannt“. Ist der Bericht zuverlässig, so würde diese private Auslassung insofern die Thronrede korrigiren, als diese lediglich erklärte: „Die Beziehungen Deutschlands zu allen auswärtigen Mächten sind unverändert freundlich.“ Daß sich die internationale Lage seit der Thronrede verhärtet hätte, dafür liegt kein Anlaß vor. Indessen ist es ja bekannt, daß die internationale Lage mehr von den Militärvorlagen abzuhängen pflegt, als die Militärvorlagen von der internationalen Lage. Dabei braucht nicht verkannt zu werden, daß die Situation eigentlich stets gleich stark gespannt ist, namentlich wegen jener Mißthatspolitik, deren unheilvolle Wirkungen die Vorherrschaft des Jares so hereditär zu schildern wußte.

Von Einzelheiten über den Empfang sei noch eine Mittheilung erwähnt, der Kaiser habe betont, die Militärvorlage sei bisher gut aufgenommen worden. Da die Audienz den

Charakter einer zwanglosen Aussprache gehabt zu haben scheint, so ist hoffentlich anzunehmen, daß der zweite Vizepräsident Schmidt die Bedenken der freisinnigen Volkspartei geziemend zum Ausdruck gebracht hat.

Der militaristische Charakter der Audienz kam übrigens auch äußerlich zur Geltung. Herr v. Ballestrem verließ durch sein Kostüm ganz und gar nicht, daß er Präsident des deutschen Reichstags, wohl aber, daß er berechtigt ist, die Uniform eines Majors des Leibkürassier-Regiments zu tragen. Herr v. Frege soll in der gewiß sehr kleidsamen Tracht eines fürstlich russischen Kammerherrn erschienen sein. Wenn es nur nicht Reuß älterer Linie ist! Das sähe nach einer partikularistischen Demonstration aus. Der Reichstag als eine bürgerliche Institution scheint demnach nur durch den zweiten Vizepräsidenten vertreten gewesen zu sein.

Das Gewissen des Zentrums.

Man darf kaum noch daran zweifeln, daß das Zentrum, nachdem es der Zukunft auf dem Wasser energisch vorgegearbeitet hat, auch der Zukunft auf dem Exzerzierplatz keinen ernstlichen Widerstand mehr entgegenzusetzen wird. Zur rechten Zeit erinnern die „Medlenburgischen Blätter“ an die Zeiten, da das Zentrum noch nicht militaristisch war. Windthorst hat einmal den bekannten ultramontanen Politiker Hermann von Mallinckrodt „sein Gewissen“ genannt. Und dieses Gewissen des Zentrums äußerte sich in der Reichstags-sitzung vom 14. Mai 1874 — vor fast 25 Jahren — wie folgt über die Verwandlung des Deutschen Reiches in einen Militärstaat:

„Der Militarismus in dem geringsten Deutschland nimmt nun aber auch in Beziehung auf die bürgerlichen und politischen Verhältnisse, eben weil er alle Verhältnisse durchdringt, ein eigenes Gepräge an. Wir befinden uns auf dem Wege zu einer Entwicklung deutscher Verhältnisse, wie Deutschland sie nie gekannt hat, so lange ein deutsches Reich bestand. Wir sind in der Entwicklung begriffen von dem deutschen Fürstenthum, dem deutschen Königthum zu einem Imperatorenthum, wie wir es als näheres Beispiel in dem Napoleonismus in Frankreich gehabt haben, wie wir es auf der andern Seite in dem Zarenthum in Rußland haben, und wie es geschichtlich hinter uns liegt bei dem Volke, auf das Herr v. Bennigsen sich mit Vorliebe berufen hat. Wir haben in diesem Augenblick noch keinen Imperator auf dem Thron, und ich hoffe, es werden die Verhältnisse in der Beziehung auch in andere Bahnen einlenken; aber doch, meine Herren, einen Imperator auf dem Ministerstuhl, den haben wir heute schon, und vor dem beugt sich alles, was sich so gern mit nationalen Worten schmückt, sei es hoch, sei es niedrig.“

Das war vor beinahe 25 Jahren. Von einer Entwicklung zum Militärstaat können wir heute ebensowenig reden wie von einem Imperator auf dem Ministerstuhl. Der Militärstaat ist heute eine vollendete Thatsache, und Hohenlohe ist kein Imperator. Herr v. Mallinckrodt aber war ein guter Prophet, wenn er schon am 21. November 1869 sagte:

„Man röstet sich mit dem Sage: Durch die Einheit zur Freiheit! Aber die Herren scheinen mir nicht genügend aufmerksam darauf zu sein, daß inzwischen die Freiheit an die Bajonette des Militärstaates zu hängen kommt, und ich fürchte, ehe Sie sie da in vollem Maße herunterholen, da wird sich gar mancher von Ihnen einen Schaden springen.“

In der That hat sich gar mancher einen Schaden gesprungen. Das Zentrum selbst liegt jetzt in dem Militär-lazareth, und das Gewissen ist — todt. Die Einheit ist nur äußerlich und unvollkommen da, und die Freiheit ist ein Traum, dessen sich ein anständiger Staatsbürger schämt, wenn er ihn in einer bösen Raubt überfällt.

Bei den Beratungen der Marinevorlage pflegte man viel davon zu erzählen, was der selbige Windthorst gethan und gesagt haben würde, wenn er noch lebte. Bei den Verhandlungen über die Militärvorlage dürfte wohl der Geist des selbigen Mallinckrodt erscheinen. Herr Lieber aber wird ihn mit einem kräftigen und zugleich profittablen Sprüchlein zu bannen verstehen. Das Gewissen ist ja längst todt und begraben! —

Zum Fiasko der Anarchistenkonferenz. Die Konferenz hat bekanntlich, als sie über ihr Fiasko sich keinen Einbildungen mehr hingeben konnte, die gemeinsamen (Prenar-) Sitzungen eingestellt, und um den Schein etwas zu wahren, etliche „Subkommissionen“ erwähnt, in welchen die Herren Polizeigeister und Polizisten unter sich sind und sich gegenseitig ihre Polizei-Ansichten vorezählen können. In einer solchen Sitzung kam es vor einigen Tagen zu einem kleinen Zusidenz. Der russische Ober-Polizeigeist trat plötzlich mit der „Idee“ hervor, die „Nihilisten“ müßten für Anarchisten erklärt werden — das erheische das russische Staatsinteresse im besonderen und das Weltstaatsinteresse im allgemeinen. Als der Wiederemann dazu aufgefordert wurde, zu sagen, was ein „Nihilist“ sei, brach der Ober-Polizeigeist in einen elementaren Redestrom aus und entwickelte, daß jeder, der den Absichten des heiligen Jares entgegenwirke, ein „Nihilist“ und folglich Anarchist sei. Das war — wenigstens einem Theil der übrigen Polizeigeister (Ober- und Unter-) denn doch etwas zu arg, es wurde entgegengehalten, daß das zu weit gehe — der russische Polizeigeist blieb aber fest und so löste sich nach längerem Redegeschäft auch diese Subkommission in anarchisches Wohlgefallen auf. —

Konservative Schürung des Klassenhasses. Die Berliner Politischen Nachrichten" leisten sich heute in einer Besprechung des behoflenen Themas vom Terrorismus gegenüber „Arbeitswilligen“ folgende Stilleblüte:

„Es erregt schon den höchsten Zorn der sozialdemokratischen Presse, daß die Ermittlungen sich auf die Verfehlungen gegen § 153 der Gewerbe-Ordnungen erstrecken. Hätten die Sozialdemokraten ein reines Gewissen in dieser Hinsicht und wären sie überzeugt, daß die besagte Gesetzesvorschrift zum wirksamen Schutze gegen Terrorismus ausreicht oder selbst über das Bedürfnis nach solchem Schutze hinausgeht, so müßten sie doch die völlige Klärstellung des Sachverhalts dringend wünschen.“

Noch charakteristischer ist der taktische Vorschlag des leitenden Partei-Organs in bezug auf die in Aussicht stehende Vorlage zum besseren Schutze Arbeitswilliger. Den von der Sozialreform ausgesprochenen und von der Zentrums- und der sozialdemokratischen Presse angenommenen Gedanken, wirksameren Schutz auch gegen Zwang der Arbeitgeber zu gewähren, weist das Blatt weit zurück; es will eben nicht, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer mit gleichem Maße gemessen werden, jene sollen allein Pflichten, diese alle Rechte haben. Dagegen verlangt der „Vorwärts“, daß betreffs der nächsten Vorlage aus der Abwehr zum Angriff übergegangen werde. Abschaffung des § 153 der Gewerbe-Ordnung, d. h. Befreiung jedes über das allgemeine Strafrecht hinausgehenden Schutzes gegen Terrorismus seitens arbeitender Arbeiter ist die Parole der sozialdemokratischen Parteiblätter, völlige Unterjochung aller Arbeiter unter die Herrschaft der Sozialdemokratie und der von ihr abhängigen Gewerkschaften das erzielte Ziel. Was scheeren die Sozialdemokratie Freiheit und Manneswürde des Arbeiters? Ihr willenloser, aber gut zahlender Slave und der Fehel für den Führer, politische Macht und Wohlstand zu erlangen, soll der Arbeiter sein, sonst nichts! Die einzige den Thatfachen entsprechende Variante der sozialdemokratischen Lehre von der Zweiteilung der Gesellschaft in Ausbeuter und Ausgebeutete!

Mit diesem Galkmathias von Unsinn und blöder Schimpferei läßt sich nicht diskutieren. Das einzig tatsächliche: unser Zorn über Ermittlungen betreffend Verfehlungen gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung ist einfach erlogen. Gerade eine solche Ermittlung wird die schärfste Verurteilung der Suchtvorlage zum Resultat haben. Zum Glück besitzen wir schon Material — und es soll den Männern der Suchtvorlage nicht erspart werden.

Aber sollte der Regierung, die sich durch einen Schweinburg verteidigen läßt, nicht grauen vor der Proklamierung des Klassenhasses, dieser Verzerrung unseres Prinzips des Klassenkampfes, der am Schluß der zitierten Auslassung nach und nach gepredigt wird? Es ist dazu die gemeinste Sorte des Klassenhasses, die hier zu führen versucht wird, die künstliche Auseinanderreißung der Zusammengehörigen einer Klasse in zwei Klassen, durch die Stachelung der niedrigsten Instinkte, durch die Robilmachung von Reid, Eiferjucht und Mißtrauen.

Das Beispiel zeigt wieder einmal, daß unsere Gegner uns in der Regel der Laster beschuldigen, die sie selbst kultivieren!

Ankauf der Karolinen-Inseln durch Deutschland? Zu diesem Thema wird der „Voll. Ztg.“ geschrieben:

„Unmittelbar nach dem Ausbruch des spanisch-amerikanischen Krieges, als man aus verschiedenen Erscheinungen erkennen konnte, daß Spanien den größten Teil seiner bisherigen Kolonien verlieren werde, kam von bradentenswerter Seite der Hinweis, daß Deutschland auf die Karolinen-Inselgruppe Anspruch machen würde, falls diese Inseln von Spanien in anderen Besitz übergehen sollten. An diese Meldung knüpften sich keine weiteren Erwägungen, da man Rücksicht auf Spanien nehmen und nicht den Schein erwecken wollte, als warte man auf eine Teilung von dessen Kolonien. Kann waren aber die Friedensunterhandlungen durch französische Vermittlung eingeleitet, so kamen von mehreren Seiten Meldungen, daß Deutschland jetzt wieder auf die Erwerbung der Karolinen ausginge. Von England aus wurde berichtet, daß Deutschland, ehe es sich mit Spanien wegen des Ankaufs der Inseln in Verbindung setze, erst in Washington sich verweigert habe, ob die Union keinen Widerspruch gegen die Erwerbung durch Deutschland erhebe. Nach englischen Nachrichten ist von Washington aus gegen die deutsche Absicht der Erwerbung der Gruppe keine Einwendung gemacht worden.“

Wir wollen diese Meldungen vorläufig nur registrieren. Wir möchten vorläufig selbst der deutschen, sehr abenteuerlustigen Regierung nicht zutrauen, sich in dieses neue unabschließbare Unternehmen schießen zu wollen. Von den ungeheuren Kosten eines solchen Ankaufs überseeischer Ländergebiete ganz zu schweigen. —

Deutsches Reich.

Das Verbindungsverbot für politische Vereine aufzuheben. Hat, wie wir berichteten, die nationalliberale Fraktion im Reichstag beantragt.

Gegen den Antrag wendet sich ein Artikel in den „Berliner Neuesten Nachrichten“, an dessen Schluß behauptet wird, es lasse sich vorhersehen, daß, wenn Fürst Hohenlohe zur Sache überhaupt eine Erklärung abgibt, diese nur dahin lauten kann, daß er sich durch die Vorgänge in Preußen seines Versprechens ledig fühle.“

Der Reichskanzler hat bekanntlich bei Verastaltung des Bürgerlichen Gesetzbuches erklärt, die Aufhebung des Verbots würde in den Einzelstaaten, in denen es bestand, vor dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuches, also vor dem 1. Januar 1900 erfolgen. In den meisten Staaten ist dies inzwischen geschehen, in Preußen aber nicht, weil die Regierung die bezügliche Vorlage in der bekannten Weise mit Bestimmungen begabte, die das gesammte Vereins- und Versammlungswesen dem Belieben der Polizei würden preisgegeben haben. Wir wüßten bei dieser Sachlage nicht, wieso der Reichskanzler dazu kommen sollte, sich seines Versprechens ledig zu fühlen.

Das Koalitionsverbot für politische Vereine ist jetzt auch vom Landtag in Schwarzburg-Rudolstadt aufgehoben worden. —

Zweijährige Dienstzeit. Die „Post“ erklärt sich natürlich gegen die Festlegung der zweijährigen Dienstzeit. Wenn sie aber beschwichtigend erklärt:

„Ohne absolut zwingende Gründe ist die Klaffe zur dreijährigen Dienstzeit völlig ausgeschlossen, gleichviel, ob die zweijährige Dienstzeit definitiv oder nur provisorisch eingeführt ist.“

so ist daran zu erinnern, daß die „Arens-Zeitung“ ganz unerbittlich ihre Schnur, zur dreijährigen Dienstzeit zurückzuleiten, entwirrt hat. Die Vorbedingung „zwingender“ Gründe ist gar keine Garantie. Jeder Grund wird zu einem „zwingenden“ erhoben, wenn man eine Maßnahme durchsetzen will!

Die Nationalliberalen empfehlen die Anshandel-Taktik; ihr Berliner Blatt schreibt nämlich:

„Die Frage der dauernden gesetzlichen Feststellung der zweijährigen Dienstzeit steht die „Vollst. Zeitung“ auseinander, daß dafür mit Hilfe des Zentrums, der Sozialdemokraten, der beiden Volksparteien, der Polen und Welfen eine Mehrheit zu bilden sei, falls auch nur eine kleine Anzahl Nationalliberaler dafür stimmen. Das sind Worte und Zahlen, aber keine Politik. Auf die Gestaltung eines Gesetzes wie das über die Verfassungen und Organisations-Veränderungen des Heeres gewinnen nur diejenigen Fraktionen Einfluß, welche für das Gesetz sind; die Parteien, welche im allgemeinen dafür sind, lassen sich selbstverständlich die Einzelheiten nicht von denjenigen vorzeichnen, welche schließlich gegen das ganze stimmen. Wenn die freimüthige Presse die gesetzliche Feststellung der zweijährigen Dienstzeit für die Dauer ihrerseits fordern will, so muß

sie auf ihre parlamentarischen Gefinnungsgenossen im Sinne der Unterstutzung der Militärvorlage einwirken.“

Das heißt: Wir lassen mit uns handeln, wenn ihr uns die Militärvorlage durchdrücken helft. Also ist die zweijährige Dienstzeit doch nur ein Kompensationsobjekt! —

Die drei Interpellationen des Bundes der Landwirthe sollten, nach einer von uns registrierten Meldung, nicht eingebracht werden. Dazu schreibt jetzt die „Deutsche Tageszeitung“:

Die Interpellationen werden mit zahlreicher Unterstützung eine nach der anderen eingebracht werden. Sie gleichzeitig einzubringen, daran hat kein Mensch gedacht, weil das schlechterdings unmöglich gewesen wäre und dem parlamentarischen Brauche nicht entsprochen hätte.

Wenn man bedenkt, daß nach der ursprünglichen Mitteilung die Interpellationen dem Reichstag sofort nach seinem Zusammentritt zugehen sollten, so scheint es doch irgend welche Schwierigkeiten mit der konservativen Partei gegeben zu haben. Diese ist wohl eifersüchtig auf die Erfolge der skrupellosen und demagogischen Wähler. Deswegen aber werden sich doch beide in Einigkeit zusammen finden, wenn es Raubzüge gegen die Taschen der Steuerzahler gilt. —

Jur Reichstags-Bureauwahl. Die Nichtwahl unseres Gewissen Schuppel zum Schriftführer des Reichstages giebt immer noch Anlaß zu allerlei Erweiterungen. So schreibt das radikalere Organ der Partei, deren Unzuverlässigkeit an der „Niederlage“ Schuppel's faul ist:

„Wesentlich berührt sind die konservativen Gewissenstempel durch die Nichtwahl des Abg. Schuppel als Schriftführer. Wir hätten gegen die Wahl des Abg. Schuppel nichts einzuwenden gehabt. Repräsentationspflichten wie die Präsidenten haben die Schriftführer nicht. Schuppel wäre also nie in die Lage gekommen, daß er seine Mitwirkung bei einer ihm zufallenden Aufgabe hätte versagen müssen. Daß man der Sozialdemokratie Vorwürfe leiste, indem man sie offiziell im Reichstage anerkennt, ist halbes Gerede. Die Sozialdemokraten sind schon längst anerkannt, denn sie werden unbeachtet in die Kommissionen aufgenommen und zu Vorsitzenden von Kommissionen und Abteilungen gewählt. Daß konservativ und Nationalliberals statt des Abg. Schuppel den Grafen Killeki in das Schriftführeramt brachten — die Wahl erfolgte mit 188 gegen 172 Stimmen — ist eine besondere Ironie. Sonst betrachten sie die Polen doch auch nicht gerade als Reichstagsfreunde. Unseres Erachtens wäre es gut Politik gewesen, den sozialdemokratischen Kandidaten zu wählen.“

Daß auch ein Theil des Zentrums sich um die Polenwahl verdient gemacht hat, wird weislich verschwiegen.

Die „Freimüthige Zeitung“ hatte auf die Frage der „Berl. Ztg.“, warum die Freimüthigen nicht für die Wahl Singer's zum Vizepräsidenten gestimmt hätten, mit der Gegenfrage geantwortet: „aus welchem Grunde die Freimüthige Volkspartei bei der Präsidentenwahl eine Demonstration für die Sozialdemokratie und Herrn Singer hätte vornehmen sollen?“ Diese Verlegenheitsantwort nennt die „Berl. Ztg.“ einen schlechten und völlig mißrathenen Witz. „Es handelte sich hier um die Frage der parlamentarischen Gleichberechtigung, um die Anerkennung des Grundgesetzes, daß es im Reichstage keine Vollvertreter zweiter Klasse giebt und geben darf, daß dort keine Partei um ihrer politischen Grundzüge willen oder weil sie in den herrschenden Kreisen nicht für fair angesehen wird, zurückgesetzt werden darf. Die siddenschen Demokraten haben sich durch ihre Abstimmung offen und rüchlos zu diesem Grundsatze bekannt, die Fraktion der Freimüthigen Volkspartei hat sich vor der „Demonstration“ gescheut und sich staatsmännisch seitwärts in die Wähe geschlagen.“

Die Freimüthigen Richter über Observanz tragen eben, trotzdem das überflüssig sein sollte, unter den Wassertrübseln Escarpins. —

Die Bismarck-Rede des Prinzen-Bischofs. Ueber die Gedenkrede des Grafen Ballestrem in der zweiten Sitzung des Reichstages auf den Fürsten Bismarck wird den „Münch. Anst. Nachr.“ aus Berlin geschrieben, daß das Verhalten des Grafen nicht nur auf einer vorherigen Verständigung innerhalb der Zentrumsfraktion beruhte, sondern auch der Kundgebung im Vorstande der Fraktion festgesetzt worden sei. Graf Ballestrem habe denn auch die Gedenkrede nicht frei gehalten, sondern verlesen.

Es gehört einmal zu den Obliegenheiten einer Regierungspartei, alle „Repräsentationspflichten“ zu erfüllen — ohne Rücksicht auf die Fronte der Weltgeschichte. —

Die Achtung der Unternehmer vor hohen Körperschaften. Die offiziöse „Berl. Korresp.“ schreibt:

Nach einer Mitteilung in der Presse sollen einzelne der von der Kommission für Arbeiterstatistik in der Zeit vom 17. bis 21. v. M. gehörigen Auskunftspersonen aus dem Gast- und Schaulivirtschafts-Gewerbe behauptet haben, der Vorsitzende der Kommission habe ihnen wiederholt die Versicherung ertheilt, daß die Verhandlungen geheim seien. Diese Behauptung ist unzutreffend. Der Vorsitzende der Kommission hat eine derartige Versicherung nicht abgegeben und konnte sie schon um deswillen nicht abgeben, weil die Protokolle über die vorder Kommission stattfindenden Vernehmungen von Auskunftspersonen mit den sonstigen Verhandlungen der Kommission veröffentlicht werden.

Vielleicht erklärt sich der Irrthum daraus, daß der Vorsitzende der Kommission die Auskunftspersonen aus dem Arbeiterstande konnten durch ihr Erscheinen und ihre Aussagen vor der Kommission ihre Stellung verlieren, mit den Worten entgegentrat: „Ich nehme an, daß die Aussagen, die hier vor dieser hohen Körperschaft abgegeben werden, keinem Wirth, auch wenn sie unangenehm für ihn lauten, Anlaß zu privaten Verfolgungen geben könnten. Ich setze das als selbstverständlich voraus.“

Es ist richtig, daß sich einige der vernommenen Keilner und zwar in Köln a. Rh. fälschlicherweise in dem oben ange deuteten Sinne geäußert haben. Für uns war es klar, daß der Vorsitzende sich so nicht ausgesprochen haben konnte, wir würden sogar gegen solche Geheimniskrämerie, falls sie versucht würde, protestieren. Richtig ist aber auch, daß, wie wir schon kürzlich gemeldet haben, der Oberkellner eines Hotels in Köln wegen seiner Aussagen vor der Kommission in der That von seinem Prinzipal gemahnt worden ist.

Der Herr Vorsitzende Dr. Fleck möge daraus ersehen, wie wenig Respekt die Herren Unternehmer vor einer so „hohen Körperschaft“ haben, wie die Kommission für Arbeiterstatistik nach dem eigenen Zeugniß des Herrn Fleck ist. Selbst unter der Leitung des Herrn Dr. Fleck, der nach der Wegdrängung des energiegelassen und „arbeiterfreundlichen“ gestimmten Dr. v. Kottenburg als der geeignete für diesen Posten erschien, ist die Kommission den Unternehmern ein Dorn im Auge. Sie „pfeifen“ auf die „hohe Körperschaft“, falls sie ihnen unbequem wird. —

Von der Postreform. Dem Bundesrat ist eine Vorlage des Reichskanzlers zugegangen, welche für Postanweisungen eine Mindestgebühr von 10 Pf. bei Beträgen bis 5 M. vorschlägt; ferner sollen, da nach dem Beschluß des Washingtoner Kongresses vom 1. Januar 1899 ab Postanweisungen bis 1000 Franks im internationalen Verkehr zugelassen werden, folgende Tarife dem jetzigen Tarif angefügt werden: für 400—600 M. — 50 Pf. und für 600—800 M. 60 Pf. — Ferner soll — ebenfalls infolge des Beschlusses des Washingtoner Kongresses — eine Erhöhung des Reichsgewichts für Baarenproben von 250 auf 350 Gramm erfolgen und das Porto für das Gewicht von 250 bis 350 Gramm 20 Pf. betragen.

Junungsregeln. Die „Deutsche Nachrichten-Zeitung“ macht eine kleine nette Enttüllung, indem sie schreibt:

„Es ist allerdings nicht möglich, daß manche Berliner Obermeister für die bloße Aufbewahrung der Junungs-fahne 800 M. beziehen!“
Die Herren werden vermuthlich die 800 M. nicht für das Aufbewahren, sondern für die strapazirte Arbeit erhalten: die Junungsfahne unentwegt hoch zu halten! Diese gymnastische Übung ist das Geld schon werth! —

Das Zwangsregiment in Nordschleswig. Die Mithras durch die Blätter gegangen, auch von uns gebrachte Nachricht, daß der Amtsrichter Hahn in Norkburg dänisch gestimmten Eltern die Entziehung der Elternrechte androhte, falls sie ihre Kinder von Schulen im Königreich nicht zurücknehmen wollten, ist von deutschen, sogar auch von dänischen Zeitungen dahin mißverstanden worden, als seien die bedrohten Eltern dänische Staatsangehörige und die betreffenden Eltern unkonfirmirte. Demgegenüber stellt der „Hensborg Avis“ fest:

„In Nordschleswig ist der Unterricht in der dänischen Muttersprache der Bevölkerung aus allen öffentlichen Schulen ausgetrieben. Dänische Privatschulen sind verboten. Unterricht im Dänischen außerhalb der Schulzeit wird verfolgt. Keinen Eltern, ob dänischen oder preussischen Staatsangehörigen, wird gestattet, ihre unkonfirmirten Kinder auf Schulen im Königreich zu schicken. Thun sie dies, bestraft man sie mit steigenden Geldstrafen wegen „Schulverhinderung“ — weil ihre Kinder nicht in den deutschen Schulen erscheinen — bis sie ihre Kinder nach Hause nehmen und sie in eine deutsche Schule schicken.“

Häufig ist nur von konfirmirten Kindern die Rede, von jungen Leuten im vorgeschrittenen Alter. Die erwähnte Nachricht läuft also darauf hinaus, daß ein Amtsrichter preussischer Staatsangehöriger droht, ihnen die Elternrechte zu entziehen, sofern sie ihre erwachsenen, aber noch nicht mündigen Kinder dänische Schulen besuchen lassen.

Weiter kann man die Verfolgungswuth gegen einen bestiegten Volksstamm wohl kaum treiben. Würden diese Nadelstiche gegen Angehörige oder Anhänger einer großen nachbarlichen Mithrasmacht geföhrt, sie würden genügen, den bestartigsten Konflikt herbeizuföhren. Aber Preußen ist groß und Dänemark ist klein! —

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Wegen Majestätsbeleidigung und Gotteslästerung wurde der Schneider Ladinsky in Bielefeld zu einem Jahre Gefängniß verurtheilt; davon kamen neun Monate auf die Majestätsbeleidigung. Es handelte sich um unvorsichtige Redewendungen guten Bekannten gegenüber, unter welchen sich ein Denunziant befunden hatte. Ladinsky wurde wegen Blutschuld verhaftet.

Man schreibt uns: Nicht weniger als 19 Mal war der demizilllose Diebeler-Arbeiter Paul Prigel vorbestraft, der sich dieser Tage vor der Strafkammer in Waldenburg in Schlesien wegen Majestätsbeleidigung und Betrugs zu verantworten hatte. Der Thatbestand ist kurz folgender: Am 10. Oktober cr. hatte Prigel in Altwasser gebettelt, und bei dieser Gelegenheit hatte er, um sich ein längeres Unterkommen zu schaffen, den Kaiser in grober Weise beleidigt. Dies ist ihm denn auch vollkommen gelungen, denn die Strafkammer verurtheilte ihn wegen der Majestätsbeleidigung in nichtöffentlicher Sitzung zu einem Jahre Gefängniß und wegen des Betrugs zu vier Wochen Haft.

Der Weber Robert Antes aus Schöberg hatte sich am 11. Oktober in einem Gasthause daselbst in bezug auf die am nächsten Tage erfolgende Durchfahrt des Kaisers durch Station Gnadenfrei einer Majestätsbeleidigung schuldig gemacht. Die Strafkammer in Schweidnitz verurtheilte ihn, wie uns berichtet wird, dafür zu 2 Monaten Gefängniß. Der Staatsanwalt hatte 6 Monate Gefängniß beantragt.

Ein Heilingsfelder Handwerksmeister, der in Geschäften in Würzburg war, kam auf dem Heimweg bei der letzten Einkehr in angeheiltere Gesellschaft. Es wurde scharf gezecht und dann politisiert, wobei wieder über die traurigen Zustände geschimpft wurde und der Heilingsfelder Meister eine Aeußerung that, die wohl als Majestätsbeleidigung betrachtet werden kann, wenn sie in nächstemem Zustand gemacht würde. Wie so oft schon, fand sich ein Denunziant, der die Sache zur Anzeige brachte. Vor dem Landgericht wurde der Angeklagte aber infolge seines damaligen unzurechnungsfähigen Zustandes freigesprochen. — Es giebt noch Richter in — Würzburg. —

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Der Ausnahmezustand in Galizien soll, wie aus Lemberg berichtet wird, noch bis Weihnachten in allen Bezirken aufgehoben werden. —

Die Regierung des Baron Banffy scheint am Ende ihres Latens angekommen zu sein. In der Sitzung vom Sonnabend, über die wir schon kurz berichteten, wurde er von der Opposition mit den Aufen: „Das ist der Landesverräter! Danken Sie ab! Hinaus mit ihm!“ empfangen. Der Reichstag ist nun bis zum 17. d. M. vertagt, aber die Vertagung ist kein Ausweg aus der Krise. Banffy ist nicht ab oder wird nicht die 10 x 10 z zurückgezogen, so wird die Vertagung noch größer werden. Denn die Oppositionsparteien, welche noch am Sonnabend Sitzungen abhielten, sind entschlossen, in der Obstruktion zu verharren. Sie werden ein Manifest an das Land erlassen. Hat Banffy auch im Reichstage die Majorität hinter sich, so hat er sie keineswegs im Lande. Ein elendes Wahlsystem, dazu die Wahlschwindelen, Verfechtungen und Bedrohungen bringen in Ungarn eine willfährige Majorität zusammen. —

Wie der Telegraph meldet, ist Banffy am Sonntag nach Wien gereist, um, wie man in „gut unterrichteten Kreisen“ annimmt, dem Kaiser seine Demission zu unterbreiten. Er habe sich überzeugt, daß es ausgeschlossen erscheine, daß die 10 x 10 z die von Banffy geforderte Anzahl von Unterschriften erhält. Als eventueller Nachfolger Banffy's wird Bundesminister Fejervary bezeichnet.

Einer anderen Meldung zufolge wird der Kaiser noch in dieser Woche in Budapest erwartet. —

Frankreich.

Dreyfus-Biquart. Dem „Eclair“ zufolge erklärte Ministerpräsident Dupuy den Deputirten Boireaux und Barthe, er werde, wenn der Kassationshof ihn vorlade, bestreiten, daß er von Lebrun-Renault niemals gehört habe, daß Dreyfus ein Geständniß abgelegt habe.

Es wird jetzt bestätigt, daß das Kriegsgericht, ohne Verlegung der Dokumente, Dreyfus auf den bloßen Wunsch Mercier's verurtheilt hat, obwohl er zuvor für die Freisprechung war. —

Belgien.

Mit einer „Revision“ des Militär-Strafgesetzes hatte sich die Kammer in den letzten Tagen zu beschäftigen. Dabei kam es mehrfach zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen der liberalen Majorität und der Linken. Vergewaltigten die sozialistischen und die radikalen Redner Verwechslungen an von dramatischen Strafen, die seitens der Militärgerichte verhängt worden waren, umjost war der Hinweis auf die Abhängigkeit und Parteilichkeit der militärischen Richter: alle „Revisions“-vorschläge der Regierung und der Rechten, die noch Berücksichtigungen des gegenwärtigen Zustandes herbeiföhren, fanden keine Aufnahme. Den heftigsten Kampf gab es um Artikel 16, welcher den Militärgerichten das Recht einräumt, alle dem Soldatenstande Angehörigen — auch die auf bestimmte oder unbefristete Zeit beurlaubten —, vor ihr Forum zu ziehen, auch dann, wenn es sich um Vergehen nichtmilitärischer Natur handelt. Alle Verbesserungsvorschläge der Linken wurden niedergestimmt und der Paragraf in obigem Sinne angenommen. Der Versuch, die Militärgerichte nur in Kriegszeiten in Funktion treten zu lassen, mißlang ebenfalls.

Interessante Debatten sind noch zu erwarten über einen Antrag der Opposition, die Duellanten, auch wenn beide dem Militär angehören, vor das Zivilgericht zu stellen. Der Minister widersprach zwar dem Antrag, aber Dr. Woesse, der Wortführer der Liberalen, gab zu, daß in bezug auf das Duell das Vorurtheil zu gunsten desselben in den Kriegsgerichten obwalte. Die Debatten sind vertagt. —

Italien.

Rom, 11. Dezember. Der Papst soll dem päpstlichen Kommando in Madrid den Auftrag erteilt haben, die Geistlichen in Spanien vor jeder Begünstigung der karlistischen Bewegung zu warnen und dieselben zur Unterstützung der herrschenden Dynastie zu veranlassen.

Spanien.

Ein amerikanisch-spanisches Bündnis haben die Pariser Friedensunterhändler auf der Photographenplatte geschlossen. Das Gruppenbild wird in Spanien sehr begeistert! Es würde sich aber empfehlen, künftig vor dem Beginn von Kriegen die Einigkeit habender Völker durch die Aufnahme eines innig gefühlten Gruppenbildes wieder herzustellen.

Schweden-Norwegen.

Stockholm, 12. Dezember. „Dagens Nyheter“ zufolge hätten im gestrigen Ministerrat die norwegischen Minister verlangt, daß der König nicht nur einen Erlass unterschreibe, durch welchen der Beschluß des Storting betreffend die Einführung der reinen norwegischen Sprache als Gesetz verkündet, sondern auch, daß das Gesetz durch den Minister des Auswärtigen an die Konsuln mitgeteilt würde. Das Blatt fügt hinzu, im Falle der König das Verlangen nicht erfüllen würde, würden die norwegischen Minister ihre Portefeuilles dem Könige zur Verfügung stellen.

Aus dem Reichs-Stat.

Postalisches.

Für die Einführung des Doppelleitungs-Vertriebes im Fernsprechwesen verlangt die Reichspostverwaltung auf acht Jahre jährlich etwa 2-3 Millionen Mark. In einer ausführlichen besonderen Denkschrift spricht sie sich über die immer dringlicher notwendige Umgestaltung der Fernsprechanlagen in folgender Weise aus: „Der allgemeine Uebergang zum Doppelleitungssystem würde in betriebswirtschaftlicher Hinsicht einen erheblichen Fortschritt bedeuten. Hand in Hand mit dieser Maßnahme muß jedoch die ausgedehntere Verwertung unterirdischer Leitungen gehen, weil sonst durch die Verdoppelung der Drähte eine Ueberlastung der oberirdischen Leitungen unausweichlich eintreten würde.“

Die Leichte und im Verhältnis zu den früheren Kabelpressen billigere Herstellung war der Grund, für die Fernsprech-Anschlußlinien bisher das System der oberirdischen Einzelleitungen zu bevorzugen, und da die Straßen der Städte aus Rücksichten des öffentlichen Verkehrs und anderen Gründen nicht unbeschränkt zur Aufstellung von Stangen benutzt werden können, so hat man fast allgemein die Drähte über die Dächer gezogen. Dabei werden die Leitungen an eisernen, mit der Dachkonstruktion in feste Verbindung gebrachten Rohrständern befestigt. Die Art der Linienherstellung ist natürlich abhängig von der Genehmigung der Hausbesitzer, und wenn auch über Mangel an Entgegenkommen ihrerseits nicht geklagt werden soll, auch die Verwaltung jedem neu eintretenden Teilnehmer die Verpflichtung auferlegt, die vorbehaltslose Genehmigung des Eigentümers zur Aufstellung von Stützpunkten auf seinem Grundstück beizubringen, so bleibt doch der Bestand solcher Linien, da sie der Kündigung unterliegen, ein unsicherer.

Auf den Dächern sind zudem die Fernspreckleitungen allen Umständen der Witterung, der Beschädigung durch Blitzschlag, Stürme, Schneebelastung und Raufrost, in hohem Maße ausgesetzt. Kamentlich sind es die beiden zuletzt genannten meteorologischen Erscheinungen, die erfahrungsmäßig den oberirdischen Leitungen den größten Schaden thun und wiederholt ganze Linienzüge zerstört haben. Die Träger können nicht durchweg so fest angelegt werden, daß sie den einseitigen Zug einer starken Zahl von Leitungen auszuhalten vermögen; nur wenn die Zugwirkungen nach beiden Seiten sich annähernd aufheben, ist ihre Standfestigkeit gesichert. Sobald dagegen in einem Zwischenstadium die Drähte reihen, was insbesondere bei großer Eis- oder Schneebelastung sich ereignet, so brechen oder verbiegen sich nicht nur die zunächst stehenden, sondern auch die folgenden Gestänge, bisweilen auf große Entfernungen, und die Leitungen geraten in Verwirrung untereinander und mit der Erde. Derartige Katastrophen, die tage, ja wochenlange Betriebsstörungen zur Folge haben, sind wiederholt vorgekommen, so noch im Anfange dieses Jahres in den Ober-Postdirektionsbezirken Kachen, Düsseldorf und Dortmund. Die Instandhaltungskosten, welche infolge eines einmaligen plötzlichen Witterungsumschlags entstanden sind, haben allein für den Bezirk Düsseldorf den Betrag von 180 800 Mark erreicht.

Wenn sich hieraus die Notwendigkeit ergibt, zur Sicherstellung des Sprechverkehrs in ausgedehnter Weise von Doppelleitungen mit unterirdischer Führung Gebrauch zu machen, so kann doch aus technischen und finanziellen Gründen das völlige Aufgeben der oberirdischen Fernsprecklinien noch nicht in Frage kommen. Hauptsächlich ist hierfür die Erwigung maßgebend, daß die unterirdischen Abzweigungen von den vieladerigen Kabeln zu den Sprechstellen mit allzu großen Schwierigkeiten und Kosten verbunden sein würden. Abgesehen davon, würden aber auch die Straßenbau-Verwaltungen das häufige Ausgraben des Straßenpflasters beim Anschluß neuer Sprechstellen schwerlich gutheißen. Es kann einstweilen nur die Erzeugung geschlossener oberirdischer Leitungszüge durch Kabelnlinien ins Auge gefaßt werden; für die Zuführungen durch die Sprechstellen müssen nach wie vor die Luftleitungen dienen, deren Bestand sich bei Einführung des Doppelleitungsbetriebes trotz umfassender Einschaltung von Kabeln nicht einmal verringern wird.

Eine Reihe auswärtiger Telephonverwaltungen hat den Doppelleitungsbetrieb bereits eingeführt. Viele Sprechnetze sind ausschließlich mit doppeladrigen Verbindungen angelegt; in anderen wieder ist den Teilnehmern die Wahl gelassen, ob sie ihre Anschlüsse mit einzelnen oder gegen Entrichtung einer erhöhten Jahresgebühr, mit Doppelleitungen hergestellt haben wollen. Von Jahr zu Jahr wächst die Zahl derer, die sich für die Doppelleitungen entscheiden. Nach dem Jahresbericht der American Bell Telephone Company waren z. B. am 1. Januar 1908 von 825 250 Teilnehmern in den Sprachen der Vereinigten Staaten 140 804, also ungefähr 17 pCt. im Besitz rein metallischer Anschlüsse, ein Beweis dafür, daß in den Kreisen des amerikanischen Publikums die Vorteile der Doppelleitungen bereits richtig erkannt und voll gewürdigt werden.

Die vorstehenden Darlegungen werden genügen, um das Bedürfnis des Ueberganges zum Doppelleitungs-Betrieb unter ausgedehnter Verwendung von Kabelnlinien auch für die Reichs-Telegraphenverwaltung erkennen zu lassen. Je später dieser wichtige Schritt gethan wird, um so höher werden die Kosten, welche der Uebergang erfordert, um so empfindlicher auch die Nachteile des jetzigen Systems sein.

Parlamentarisches.

Die Mitkämpfer des Feldzugs 1870/71 aus der Klasse der Hauptleute 2. Klasse und Subalternoffiziere, sowie der entsprechenden Chargen der Sanitäts-offiziere, die als gesetzlich anerkannte Ganzinvaliden auf Grund des § 13 des Militär-Pensionsgesetzes eine Pensionsbefreiung beziehen und keine Versorgung im Reichs- oder Staatsdienst gefunden haben, haben sich in einer Eingabe an den Reichstag gewendet um eine Ergänzung der Militär-Pensionsgesetze zur Herbeiführung einer abschließenden Versorgung der 1870/71er Kriegsoffiziere.

Der Jesuitenvertrag des Jentrums, der die Aufhebung des Jesuitengeldes vom 4. Juli 1872 verlangt und voranschlägt gleich nach den Weihnachtstagen im Reichstag zu Verhandlung kommt, wird folgenbermahen begünstigt: Da der Bundesrat aber vorliegenden, vom Reichstage wiederholt angenommenen Antrag bis heute keine Entscheidung getroffen

hat, sind die Unterzeichneten genötigt, ihn beim Beginn eines neuen Sessions von neuem einzubringen.

Militäranwälte bei Gemeindebehörden. Dem Bundesrat ist in Verlesichtigung einer vom Reichstage gefassten Resolution eine Vorlage gemacht, nach welcher die allgemeinen Grundzüge über die Befolgung der Subaltern- und Unterbeamtenstellen bei den Kommunalbehörden sowie bei den aus Mitteln der Gemeinden unterhaltenen Anstalten mit Militäranwältern, unbeschadet der Erziehung des gesetzlichen Zweckes einer ausreichenden Versorgung der Militäranwälte, eine Fassung erhalten sollen, welche eine wesentliche Einschränkung des Selbstverwaltungsrechts der Gemeinden vermeidet und die Verschiedenheit der Verhältnisse in den einzelnen deutschen Bundesstaaten thunlichst berücksichtigt.

Partei-Nachrichten.

Militarismus oder Miliz?

Unter diesem Stichwort schreibt der Berliner Korrespondent der „Leipziger Volkszeitung“ u. a.:

Es ist mit solchen Schlagworten, in denen sich ganze historische Entwicklungen zusammenfassen, allerdings ein eigen Ding; sie können durch jahrzehntelangen Gebrauch so abgegriffen werden, daß ihr ursprüngliches Gepräge schwer zu erkennen ist und gutgläubige Leute auf das plötzlich erhobene Geschrei: die Mägen sind ja gar nicht eht! leicht zu jagen werden können. So nur vermögen wir es uns zu erklären, daß „Niegerns“ und der „Kanonenpolitiker“ Stimmen sich überhaupt in der Partei erheben können, ohne daß sofort ein allgemeiner Sturm des Unwillens losgebrochen ist. Um dies zu erklären, braucht man die Worte Militarismus und Miliz nur ins Deutsche und Deutsche zu übersetzen; sie lauten dann einfach: Soll der Wille des, die bestehenden Klassen vertretenden, Königthums, oder soll der Wille des, die arbeitenden Klassen umfassenden, Volkes entscheiden? Ein Mittelweg zwischen beiden gibt es nicht.

Historisch ist der Militarismus gar nichts anderes, als das Mittel, durch das sich der moderne Absolutismus in der Geschichte durchgesetzt hat. Ohne das stehende Heer wäre die absolute Monarchie unmöglich gewesen, und wo sie bestanden hat oder besteht, da bestand und besteht sie durch den Militarismus. Deshalb richtete die bürgerliche Klasse überall, wo sie sich hinreichend kräftig fühlte, um den Absolutismus zu stürzen, ihre ersten Angriffe auf das stehende Heer. Vollständig hat sie ihr Ziel nur erreicht in England; nachdem sie hier das stehende Heer beseitigt und die Verfügung über die Machtmittel des Staats in die Hand des Parlaments gelegt hatte, konnte sie sich sogar den Luxus gestatten, das nunmehr machtlose Königthum als „kostspieliges, aber unschädliches Kapital an der Säule des Staats“ fortbestehen zu lassen. Umgekehrt zeigt Frankreich, und ganz besonders drastisch in seinem gegenwärtigen Zustande, daß auch nach der formellen Beseitigung der Monarchie der Absolutismus ruhig weiter herrscht, so lange es ein stehendes Heer gibt.

Man hat sich freilich der Militarismus, je mehr er bedrängt wurde, die volkreiche Masse vorgeführt, als sei er nicht dazu da, die Interessen des Absolutismus gegen äußere und innere Feinde zu vertreten, sondern vielmehr dazu, das Vaterland gegen Angriffe von außen zu schützen. Aber täuschen lassen können sich durch diese Worte doch nur Leute, die des Glaubens leben, daß eine Nation ohne Hilfe des Absolutismus unfähig sei, sich selbstständig gegenüber anderen Nationen zu behaupten. Und solche Leute wird es mindestens in der deutschen Sozialdemokratie nicht geben.

Wer also an die Unmöglichkeit der Nation und insbesondere auch der Arbeiterklasse als des Kerns der Nation glaubt, der muß sich allerdings zum Militarismus bekennen, auf daß ihn morgen nicht der Rufse frist. Wer dagegen meint, daß eine Nation, und nun gar eine große Nation, wie das deutsche Volk, ihre Rüstung gegen auswärtige Feinde, ebenso gut oder vielmehr dreimal so gut, wie der Absolutismus besorgen kann, der muß zur Miliz schwören. Denn historisch ist die Miliz nichts anderes, als die allgemeine Volksbewaffnung aus eigener Machtvollkommenheit des Volkes. Wenn in das Wort ein gewisser Schiefer, schielender und selbst lächerlicher Nebensinn gekommen ist, so trägt die Schuld daran die Tölpelrei der bürgerlichen Opposition, die in der preussischen Konstitutionszeit für die schweizerische Miliz schwärmte, ohne zu bedenken, daß die Heeresverfassung eines Volkes im genauesten Zusammenhang mit allen seinen sonstigen Lebensbedingungen stehen muß und daß somit, was sich für die kleine neutrale Alpenrepublik schickte, noch nicht für eine im Herzen Europa's gelegene, zwischen anderen Großmächten eingeklemmte Großmacht mit offenen und weit gestreckten Grenzen paßend war. Ueber diese schamlose Milizschwärmerei spottete Engels allerdings mit Recht, woraus „Niegern“ sehr mit Unrecht folgert, daß Engels überhaupt „nicht milizgläubig“ gewesen sei. Will man durchaus auf ein historisches Beispiel exemplifizieren, so bietet sich viel passender die französische Miliz aus den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts dar, die in Verteidigung ihrer durch die Revolution erworbenen Rechte die stehende Heere des österröischen und des preussischen Despotismus zusammenbrach, daß diesen „glorreichen“ Unterruppen Hören und Sehen verging.

Doch kommt es uns hier nicht auf historische Betrachtungen, sondern auf eine grundsätzliche Klarstellung der Worte Militarismus und Miliz an. Je mehr sich die Feinde der Arbeiterklasse bemühen, diese Worte in ihrem Sonderinteresse zu verzerren, um so mehr müssen die Arbeiter sich hüten, in die plumpe Falle zu tappen. Für sie ist der alte, unerschütterliche und unerschütterliche Widerstand gegen den Militarismus um so notwendiger, als die bürgerliche Klasse in Deutschland ihren grundsätzlichen Kampf dagegen aus bekannten Gründen längst aufgegeben hat, ja sogar, ins absolutistische Horn stoßend — man lese nur Eugen Richter's Zukunftsbilder! — den sozialdemokratischen Widerstand als „Bedrohlichkeit des Vaterlandes“ demünzt. Seide hat sie dabei allerdings nicht vergessen, so wenig wie die sozialdemokratische Partei Seide spinnen würde, wenn sie auf die „Niegerns“ und die „Kanonenpolitiker“ hören wollte.

Parteiliteratur. Die Buchhandlung Vorwärts hat soeben ihr neues Schriftverzeichniß herausgegeben, das alle neuen Erscheinungen auf dem Gebiete der Parteiliteratur und die wichtigsten, für Parteigenossen in Frage kommenden Publikationen aus dem Gebiete der Nationalökonomie, Geschichte, der Naturwissenschaften und schönen Literatur übersichtlich geordnet enthält. Im Abschnitt „Gelegenheitslauf“ sind eine Reihe kulturhistorischer und naturwissenschaftlicher Werke zu bedeutend herabgesetzten Preisen aufgeführt und besonders auch Romane von den ersten Autoren, die namentlich für Vereinsbibliotheken zu empfehlen sind.

Warnung. Dem Vernehmen nach wird in Oesterreich und Ungarn und wahrscheinlich auch anderswo von gewissen interessierten Personen in Parteilreisen die Ansicht verbreitet, die deutsche Sozialdemokratie setze zu der Volksvereinerungs-Gesellschaft „Victoria“ in Beziehungen und unterstütze diese Gesellschaft in ihren geschäftlichen Unternehmungen.

Diese Behauptungen beruhen auf Unwahrheit. Die deutsche Sozialdemokratie hat zu der Volksvereinerungs-Gesellschaft „Victoria“ gar keine Beziehungen, und Agenten dieser Gesellschaft, die es versuchen sollten, unter Vorwiegung des Gegenbeis in Parteilreisen Geschäfte zu machen, würden sich eine betrügerische Handlung zu Schulden kommen lassen.

Gemeindevahlen. In dem meiningischen Orte Geinersdorf brachten unsere Parteigenossen bei der Gemeinderathswahl drei Kandidaten durch, die Gegner nur einen. Von 213 Wahlberechtigten kamen 114 zur Wahl und gaben insgesamt 226 Stimmen ab.

In Grimnitzschau i. S. hatten die Reaktionen nach dem für uns günstigen Ausfall der Stadtverordnetenwahl den Versuch gemacht, eine Verhinderung des ohnehin nicht weniger als gerechten Klassenwahlrechts einzuführen. Vorläufig ist es bei dem Versuche

geblieben, denn die Stadtverordneten-Versammlung hat die betreffende Vorlage des Stadtraths mit 11 gegen 9 Stimmen abgelehnt.

Der Militärboikott ist über die Gillebrecht'sche Wirtschaft in Linden bei Hannover verhängt worden, weil, wie der „Vollwille“ mittheilt, der Inhaber derselben bei der Landtagswahl für den sozialdemokratischen Kandidaten Rauch eingetreten sein soll und dadurch dessen Sieg in der ersten Wählerklasse des dortigen Wahlbezirks herbeigeführt hätte. In diesem Wahlbezirk, für den die Gillebrecht'sche Wirtschaft als Wahllokal bestimmt war, haben unsere Wahlmänner in allen drei Klassen gestiftet. Wie dem „Vollwille“ weiter berichtet wird, soll gegen die Gillebrecht'sche Wirtschaft auch die Herabsetzung der Polizeistunde von 12 auf 11 Uhr ins Auge gefaßt sein. Vermehrter Jurpruch der Arbeiterwirtschaft wird den gemahregelten Wirth schadlos erhalten.

Aus Dortmund. In der letzten Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins legten der erste Vorsitzende Bloß, der Kassirer Viehaus und der Bibliothekar Weidauer ihre Reserven nieder, da die vorletzte Vereinsversammlung es gebilligt hatte, daß eine frühere Versammlung von einem Vorstandsmitglied unter Umgehung der Vorstandsmehrheit einberufen worden war. Bis zur Generalversammlung im Januar ist nun als 1. Vorsitzender Limberg gewählt und die Führung der Kasse dem Schriftführer Lütgenau übertragen worden.

Aus der Schweiz wird uns geschrieben: Die vom Landesansicht der deutschen Sozialisten in der Schweiz veranstalteten Agitationsreisen für die deutschen und allgemeinen Arbeitervereine haben einen überaus befriedigenden Verlauf genommen. Von den Genossen Hantz, Wang, Wärtens und Zinner wurden an 21 Orten Versammlungen abgehalten, die überall gut besucht waren. In die Redaktion des Züricher „Vollrechts“ wurde zu sofortigem Antritt Dr. Eduard Graf aus Luzern gewählt.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Auf die von der Lohnkommission der Bauarbeiter in Nummer 282 des „Vorwärts“ erschienenen Notiz ersucht uns der Bauarbeiter Oskar Schulz zu berichten, daß er Vorsitzender eines Klubs oder Vereins der Steinträger, wie in dem Eingefandte behauptet wurde, nicht sei. Er wie eine Anzahl anderer Berufskollegen sind nur Mitglieder eines Vereins der Steinträger, der keineswegs bezweckt, den Verband der Bauarbeiter in seinen Bestrebungen hindern in den Weg zu treten. Was die Wahregelung der Bauarbeiter Teichmann und Engling anbetrifft, so ist der letztere Herr Schulz nicht bekannt und kam von einer Wahregelung des Bauarbeiters Reichmann gar nicht die Rede sein. Der betreffende wollte sich sogar in den Verein der Steinträger aufnehmen lassen, wurde aber hier zurückgewiesen. Damit dürfte Reichmann wohl selbst nicht als fester Anhänger des Verbandes zu bezeichnen sein.

Deutsches Reich.

Achtung, Tapezire! Ueber die Möbelabrik von S. Jensen in Kiel ist wegen Lohnbifferenzen die Sperre verhängt worden. Zugang ist fernzuhalten. Die Lohnkommission der Tapezire in Kiel.

Die Weber in Krefeld beschlossen am Sonntag in einer Versammlung, die von über 2000 Personen besucht war, den Ausständigen der Firma Engländer freie Entscheidung in der Fortführung ihres Streiks zu lassen. Wie berichtet wird, haben hierauf am Montag 47 Bedwaaren-Fabrikanten vereinbart, sämtlichen Arbeitern zu kündigen und nach Ablauf der Kündigungsfrist in 14 Tagen die Maschinen stillsetzen zu lassen.

Die Erfurter Maurer haben einen neuen Tarif ausgearbeitet, der den Unternehmern unterbreitet werden soll. Da der Tarif sich im allgemeinen an den jetzt bestehenden anlehnt, so glaubt man, ohne ernste Differenzen auf dem Wege der Verhandlung die Anerkennung desselben zu erzielen. Der Tarif besagt:

1. Die Arbeitszeit beträgt vom 15. März bis 15. Oktober 10 Stunden, vom 15. Februar bis 15. März und vom 15. Oktober bis 1. November 9 Stunden, vom 1. November bis 1. Dezember und vom 15. Januar bis 15. Februar 8 1/2 Stunden und vom 1. Dezember bis 15. Januar 7 1/2 Stunden.
2. Der Minimallohn beträgt 40 Pf. Junggeheilen bis zu zwei Jahren nach dem Auslernen sollen nicht unter 32 Pf. erhalten. An den Vorabenden von Ostern, Pfingsten und Weihnachten ist eine Stunde früher Feierabend zu geben; Lohnabzug findet für diese Stunde nicht statt. Ueberstunden dürfen nur in dringenden Nothfällen stattfinden und kosten pro Stunde 5 Pf. mehr. Ueberstunden nach 9 Uhr gelten als Nachtarbeit, für diese ist der doppelte Lohn zu zahlen.
3. Wasserarbeiten sollen um mindestens 20 Pf. besser bezahlt werden. Thumarbeit kostet 10 Pf. pro Stunde mehr und ist nur auf Gerüsten auszuführen. Schwarze und Abortgrubenarbeit soll ebenfalls mit doppeltem Lohn bezahlt werden. Steinbauarbeiten sollen nach dem Tarif der Steinhauer bezahlt werden. Pflasterarbeiten werden mit 5 Pf. mehr bezahlt.
4. In Akkord wird nicht gearbeitet.
5. Neubauten sollen zugreif und wasserdicht sei. Bei Arbeiten außerhalb des Stadtfreies muß der Weg event. die Eisenbahnfahrt mitbezahlt werden. Auf jedem Bau ist ein Kasten mit Verbandzeug anzubringen.

Ausland.

Die belgischen Bergarbeiter, die erst im Oktober einen Kongreß abgehalten haben, berufen zum 25. Dezember abermals einen solchen nach Charleroi-Nord ein. Alle ihre Versuche, mit den Unternehmern in Unterhandlung zu treten über die Gewährung höherer, den jetzigen hohen Kohlenpreisen entsprechende Löhne, sind gescheitert. Da auch der Minister es ablehnte, zu vermitteln, so tritt der Beschluß des letzten Kongresses in kraft, einen neuen Kongreß einzuberufen, der über die weiteren Schritte zu berathen hat.

In Clouge (Belgien) ist ein Bergarbeiter-Streik zum Ausbruch gekommen. Die Ursache ist, daß die Vergleiche für ihren eigenen Kohlenbedarf jetzt denselben Preis zahlen sollen, wie die Kunden, während sie dafür bisher — wie das überall üblich — nur die Hälfte bezahlten. — Bei der in den Kreisen der belgischen Vergleiche vorhandenen Erbitterung kann der an sich nicht allzu bedeutende Streik leicht Anlaß zu einer größeren Auslandsbewegung geben.

Soziales.

Das ungenügende Bezahlung und ungebührliche Behandlung die eigentliche Ursache sind, weshalb die Landarbeiter des Ostens in Schoonen nach dem Westen Deutschlands strömen, zeigt wieder eine Mittheilung, die dem „Graudener Gesellen“ von einem Vorläufer zugeht, der auf einem Rittergute im pommerischen Kreise Hühri beschäftigt ist. Derselbe schrieb dem genannten Blatte:

„Wenn ich die Leute gefragt habe, die schon in Ostpreußen oder Westpreußen in der Erntearbeit gewesen waren, warum sie nicht dort geblieben seien, habe ich zur Antwort erhalten: Ja, wenn wir ebenso viel Geld da verdient hätten, dann wären wir nicht so weit hierher gekommen. Wenn ich so gegen Ende der Erntearbeit die Mädchen frage: Wie viel habt Ihr diesen Sommer gespart? bekomme ich zur Antwort von einer 200, von der anderen 240, von der dritten sogar 245 Pf. Und wenn ich frage: Kommt Ihr zum nächsten Jahre wieder, wenn ich wieder den Kontrakt annehme, so bekomme ich zur Antwort: Wenn Sie uns wieder haben wollen, dann kommen wir wieder alle zurück. Nach meiner Erfahrung würden die Leute gerne in ihrer Heimat bleiben, wenn sie da den Lohn verdienten wie im Westen, und vor allem ist die Behandlung des Herrn Gutbesizers gegen die Arbeiter hier so: Wenn der Herr aus Feld kommt, ist das erste: „Guten Morgen, Leute, wie geht's?“ Wenn er freundlich behandelt wird, dann hat der Arbeiter auch Lust, was zu thun, auch Lust wieder zu kommen. Kurz gesagt,

Die Herren sind hier nicht so stolz zu ihren Arbeitern wie dort im Osten.

Die pommerischen Gutbesitzer sind nun gewiß nicht dafür bekannt, daß sie ihre ländlichen Arbeiter sonderlich gut bezahlen und behandeln; wenn dennoch die ost- und westpreussischen Arbeiter sich bei ihnen wohler fühlen als daheim, so müssen die Arbeitsverhältnisse auf den Gütern jener altpreussischen Provinzen noch um ein bedeutend Theil schlechter sein als in Pommern.

Biererzeugung und Bierverbrauch in Deutschland. Im Rechnungsjahre 1897 wurden im ganzen deutschen Zollgebiete 66,6 Millionen Hektoliter Bier erzeugt gegen 61,6 Millionen im Rechnungsjahre 1896 und pro Kopf der Bevölkerung 128,1 Liter verbraucht gegen 116,0 Liter im Jahre vorher. Davon kommen auf Bayern 17 Millionen Hektoliter Erzeugung (Vorjahr 16,2) und 243,5 Liter Verbrauch pro Kopf (234,3 Liter im Jahre vorher).

Die Zahl der Geburten in Frankreich war im Jahre 1897 um 6479 geringer als im Jahre 1896.

Soziale Rechtspflege.

Gegen die Firma Hermann Rogge und Komp., die eine mechanische Schuhwaarenfabrik betreibt, wurde gestern abermals in zahlreichen Klagenfällen vor dem Gewerbegericht verhandelt, und zwar in einer eigens zu diesem Zwecke anberaumten Sitzung der Kammer II. Den Vorsitz hatte Gewerberichter von Schulz. Die schon neulich berichtet, hatte der Firmeninhaber etwa hundert Arbeitern gefündigt, weil er den Ausbruch des Konkurses befürchtete. Die Leute, Affordarbeiter, waren dann während der Kündigungsfrist ungenügend beschäftigt worden, so daß sie erheblich hinter ihrem Durchschnittsverdienst zurückblieben. Den Schaden verlangten daraus die Arbeiter im Klagewege ersetzt. Nachdem sich der Vertreter der Firma mit 63 Klägern geeinigt hatte, lebte er es ab, sich mit den übrigen 23 Klägern ebenfalls zu vergleichen. Im gestrigen Termin erschien Herr Rogge selber und machte geltend, daß er den Affordarbeitern die Wartezeit nicht bezahlen brauche, ausgenommen, er hätte ihnen abhichtlich vorhandenes Arbeitsmaterial verweigert, was nicht der Fall sei. Herr Rogge wünschte zu erfahren, ob der Arbeitgeber rechtlich verpflichtet sei, die Wartezeit zwischen dem Beenden und dem neuen Auford zu bezahlen. Herr v. Schulz verwies den Beklagten auf frühere Entscheidungen des Gewerbegerichts, wonach die Unternehmer verpflichtet sind, für genügende Beschäftigung der Affordarbeiter auch während der Kündigungsfrist zu sorgen. Nach mehrstündiger Verhandlung verglichen sich die Parteien dahin, daß die Firma verpflichtet ist, am Donnerstag den Klägern 80 pCt. ihrer Forderungen zu zahlen. — Die 63 Schuhmacher, die in der vorigen Woche einen Vergleich auf 78 pCt. eingingen, haben ihr Geld bereits erhalten.

Gewerkschafts-Beitrag.

Biegeleiarbeiterchutz und Polizeiverordnung. Der Biegeleiarbeiter Janzen aus der Gegend von Koblenz erhielt ein Strafmandat wegen Vergehens gegen eine Regierungs-Polizeiverordnung vom 16. November 1896, die an solche Wohnungen, welche von Biegeleiarbeitern ihren Arbeitern überlassen werden, gewisse Anforderungen in Bezug auf Größe und Ausstattung stellt. Diesen Anforderungen sollte Janzen bei den seinen Arbeitern überlassenen Wohnungen nicht genügt haben. Er beantragte richterliche Entscheidung und machte geltend, die Polizeiverordnung sei schon deshalb nicht gegen ihn anzuwenden, weil er die betreffenden Räume den Arbeitern nicht unentgeltlich überlassen, sondern sie an sie vermietet habe. Es liege deshalb im Belieben (!) der Leute, sie zu benutzen wie sie wollten. Die Regierungsverordnung sei aber auch überhaupt ungültig, da die gewerblichen Betriebsverhältnisse durch die Gewerbe-Ordnung erschöpfend geregelt seien. Schöffengericht und Landgericht erkannten jedoch zu Ungunsten des Angeklagten. Beide Instanzen erklärten die Verordnung für gültig und waren der Meinung, daß sie hier anzuwenden sei. Die Strafkammer führte aus, es sei gleichgültig, daß Angeklagter für die Wohnungen, die er seinen Arbeitern überlassen habe, einen Miethszins erhebe. Janzen legte dann noch Revision ein, er wurde indessen gestern auch vom Kammergericht abgewiesen. Der Präsident des Strafsenats führte begründend aus: Die Rechtsgültigkeit der Verordnung sei unbedenklich geworden, und zwar finde die Verordnung ihre Stütze im § 61 des Polizeiverwaltungs-Gesetzes, worin die Sorge für Leben und Gesundheit den Gegenständen polizeilicher Vorschriften zugerechnet werde. Der Zweck der Verordnung sei, den Arbeitern ein menschenwürdiges Dasein zu sichern, soweit dies durch Polizeiverordnung zulässig sei. Wegen die Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung verleihe sie nicht. Die §§ 120a bis c bezögen sich nur auf die Einrichtung und Unterhaltung der Betriebsstätte, sowie auf die Regelung des Betriebes, nicht aber auf die Wohn- und Schlafräume der Arbeiter, mit denen sich die Polizeiverordnung befaße. Diese sei auch mit Recht gegen J. angewendet worden. Es mache keinen Unterschied, daß die Unterbringung der Arbeiter miethsweise erfolgt sei, das heißt, es sei gleichgültig, ob ihnen die Wohnungen gegen ein Entgelt oder unentgeltlich überlassen wurden. Für jede Art der Unterbringung sei die Polizeiverordnung maßgebend, da sie von überlassenen Wohnungen spreche und ein Minimum jedem Arbeiter sichern wolle. Würde man die Verordnung so auslegen, daß sie keine Anwendung fände, wenn der Arbeitgeber auch für einen noch so geringen Miethszins die Wohnräume den Arbeitern überlasse, dann würde die Verordnung vollständig ihren Zweck verfehlen.

Ein Wiederaufnahme-Verfahren, welches gestern das Schöffengericht beschäftigte, erregte in mehrfacher Beziehung Interesse, zumal für die eine Angeklagte eine Entschädigung auf Grund des Gesetzes über die Entschädigung unschuldiger Verurtheilter beansprucht wurde. Vor einiger Zeit waren der Arbeiter Holzmann und seine von ihm getrennt lebende Frau wegen Unterschlagung einer auf Leihvertrag entnommenen Nähmaschine angeklagt. Die Frau war eines Tages ihrem Manne ausgerückt und neben anderen Sachen war die besagte Nähmaschine bei dem Manne zurückgelassen. Letzterer hat sie dann in einem Augenblicke der Roth verkauft. Beide Eheleute wurden unter Anklage gestellt und die Verhandlung hatte das Ergebnis, daß der wirklich schuldige Ehemann sich rein zu machen mußte und freigesprochen, die Ehefrau dagegen wegen Unterschlagung zu einem Monat Gefängnis verurtheilt wurde. Ihr Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Vontl, betrieb für die Frau das Wiederaufnahme-Verfahren, nachdem die Strafe rechtskräftig geworden war; mehrere bezügliche Anträge wurden abgelehnt und erst als die Frau schon ins Gefängnis übergeführt war und von ihrer Strafe vier Tage abgesehen hatte, hatte ein neuer Wiederaufnahme-Antrag Erfolg. Gestern stand das Ehepaar, welches noch immer getrennt und in Ehecheidung lebt, abermals vor dem Schöffengericht. Diesmal gab der Ehemann zu, daß er selbst ohne Vorwissen seiner Frau die Maschine verkauft habe und letztere machte durch Zeugen glaubhaft, daß sie bei dem Verkauf keineswegs mitgewirkt oder auch nur Kenntniß davon gehabt habe. Infolge dessen beantragte der Staatsanwalt die Freisprechung der Frau und die Verurteilung des Mannes zu 14 Tagen Gefängnis. Rechtsanwalt Dr. Vontl beantragte ferner, auch die Kosten der Verteidigung der Staatsklasse aufzuerlegen und der Frau für die unschuldige erlittene Gefängnisstrafe eine entsprechende Entschädigung zu gewähren. Die Entscheidung würde wohl auch nach diesen Anträgen ausgefallen sein, wenn sich nicht inzwischen eine Schwierigkeit besonderer Art ergeben hätte. Das Wiederaufnahme-Verfahren war nämlich nur zu Gunsten der Frau eingeleitet worden, dagegen lag ein staatsanwaltlicher Wiederaufnahme-Antrag zu Ungunsten des Ehemannes bis dahin nicht vor. Letzterer war also noch rechtskräftig freigesprochen, er gehörte gar nicht auf die Anklagebank, sondern hätte höchstens als Zeuge geladen werden können und wäre dann in der Lage gewesen, sein Zeugniß zu verweigern, um sich nicht selbst zu belasten. Aus dem Dilemma herauszulommen, war etwas schwer. Der Gerichtshof entschied schließlich dahin, die Sache ganz zu vertagen und die Akten dem Staatsanwalt zuzustellen, damit dieser das Wiederaufnahme-Verfahren zu ungunsten des Ehemannes in die Wege leite und alsdann die Sache gegen beide Angeklagte gemeinsam erledigt werden könne.

Unter der Anklage der fahrlässigen Tödtung stand gestern der Omnibusfahrer Eduard Hannemann vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I. Am Vormittag des 11. August fuhr der Angeklagte eine Omnibus durch die Oranienstraße. In der Nähe des Wörthplatzes waren Arbeiter der Elektrizitäts-Gesellschaft „Union“ damit beschäftigt, einen Leitungsdraht über die Straße zu ziehen. In der Mitte der Straße stand der hohe Montagewagen, auf welchem der Arbeiter Schimechel den Draht hielt, der an der Häuserseite von hier auf Reitern stehenden Leuten straff gezogen und befestigt wurde. Die Wagen, welche diese Stelle zu passieren hatten, mußten deshalb sämtlich an der linken Seite des Montagewagens vorbeifahren. Als der Angeklagte mit seinem Omnibus die Stelle erreichte, fuhr er nicht um den Montagewagen herum, sondern unter dem Draht an der rechten Seite durch. Der Vordertheil des Wagens kam ungehindert durch, der Draht kam aber mit dem Geländer auf dem hinteren Theil des Wagens in Verührung, verwickelte sich und riß den Arbeiter Schimechel vom hohen Montagewagen herunter. Er blieb bestunntungslos liegen und starb auf dem Transport zum Krankenhaus an dem erlittenen Schädelbruch. Der Angeklagte behauptete, daß der Draht straff gezogen war, als er unten durchfuhr, denn er sei auf seinem hohen Sitz und trotz seines Gehilfens unbehindert durchgefahren, ohne daß er nöthig gehabt habe, sich zu bücken. Dasselbe sei bei den Fahrgästen der Fall gewesen, die hinter ihm auf dem Deck saßen. Der Draht müsse plötzlich von den Leuten, die an der Häuserseite arbeiteten, fallen gelassen worden sein. Einen Anruf, auf der anderen Seite des Montagewagens herumzufahren, habe er nicht gehört, es könne ein solcher auch nicht gefallen sein, denn unmittelbar vor ihm habe eine Droßke denselben Weg genommen.

Während der Staatsanwalt auf Grund der Verweigerung ein Verurtheilen des Angeklagten für erwiesen hielt und gegen ihn drei Monate Gefängniß beantragte, trat der Gerichtshof den Ausführungen des Verteidigers, Rechtsanwalt Senff, bei und sprach den Angeklagten frei, da der Unglücksfall auf ein Zusammenstoßen zufälliger Umstände, aber nicht auf die Fahrlässigkeit des Angeklagten zurückzuführen sei.

Zu drei Jahren Zuchthaus ist gestern der Hilfsgefängniskaufmann Franz Vertam verurtheilt worden. Der Unglückliche hatte sich an den Durchstechereien in Höfenese betheiligt.

Kampf für Ordnung und Sitte. Aus Thorn wird der „Volls-Beitrag“ geschrieben: Die hiesige Strafkammer verhandelte gegen den Schuhmann Nischlo von hier wegen Körperverletzung im Amt. Am 10. April d. J., dem ersten Osterfeiertage, schlug der Angeklagte ohne jede Veranlassung mit seinem Säbel auf einen im Rinsstein liegenden angetrunkenen Mann ein. Als der Arbeiter Schramm, welcher dies sah, den Schuhmann ersuchte, das Schlagen einzustellen, wurde er von einem anderen Schuhmann auf die Polizei gebracht. Bald darauf erschien auch Nischlo mit dem angetrunkenen Mann. Als Nischlo den Schramm sah, schlug er ihn sofort mit dem Hdnbnedel ins Gesicht, so daß das Blut aus Mund und Nase floß. Schramm erhielt später einen Strafbefehl über sechs Mark wegen groben Unfugs. Sein Einspruch dagegen mußte zurückgewiesen werden, weil er zu spät eingegangen war. Da Schramm kein Geld hatte, mußte er zwei Tage Haft abtun. Nischlo führte an, er habe weder den Betrunkenen noch Schramm geschlagen; der Gerichtshof glaubte ihm aber nicht, sondern verurtheilte ihn zu zwei Monaten Gefängniß.

Der Sammlungen.

Eine gutbesuchte Versammlung der Schlichtergesellen tagte am Sonntag Nachmittag in großer Saale der Armirenhallen. Das Referat über das Thema: „Innungen und Unternehmer-Verbände“ hatte R o h s - Leipzig übernommen. Redner legte den Anwesenden nahe, sich vor allem zu organisieren, und befristete, an den Wahlen für die Gesellen-Ausschüsse theilzunehmen. Die Ausführungen fanden allseitigen Beifall. In der Diskussion unternahm es ein Herr T h a b, für den auf christlicher Grundlage ruhenden Verein „Arbeiterchutz“ Propaganda zu machen, wobei es schließlich zu einem Meinungsaustrausch über die Arbeiterfreundlichkeit des Zentrums und der sozialdemokratischen Partei kam. Im Sinne des Referats sprach u. a. auch der Väter S ch n e i d e r, der für seine trefflichen Ausführungen reichen Beifall erntete. Die Versammlung erklärte sich hierauf einstimmig für Gründung einer Organisation, wie sie vom Referenten in Vorschlag gebracht worden war. Es wird nunmehr das Statut für die neuzugründende Vereinigung verlesen und ohne nennenswerthe Änderungen einstimmig angenommen. Der Vorstand setzt sich nach vollzogener Wahl wie folgt zusammen: 1. Vorsitzender: R e h l i n k e, Kassier: S i d e r t, Schriftführer: F a r m a d, Beisitzer: K r e t s c h m e r und G i e l e w i k.

Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter. In der am 5. d. M. tagenden Versammlung hielt Herr Dr. Archenthal ein interessantes Vortrag über: Die Harmonie der Epochen. Die dem Vortrag folgende Diskussion war eine sehr rege. Unter Verschiedenem machte der Vorsitzende auf das Weisheitsdienigen aufmerksam und empfahl die Beschäftigung des Fernrohres im Treptower Park. Arendt gab hierauf einen kleinen Bericht über die Sitzung mit der Prekominmission. Sodann wurden die Namen von 13 neu ausgenommenen Mitgliedern verlesen.

Die Ristenmacher tagten am 5. Dezember unter zahlreicher Theilnahme der Berufsangehörigen im Lokale von Stecher. R o r s referirte über „Die wirtschaftliche Lage der letzten Jahre.“ Von einer Diskussion über den mit großem Interesse aufgenommenen Vortrag nahm die Versammlung Abstand. Hierauf wurden Wolker und L i c h n e r g in die Lohnkommission gewählt. Mit der Anforderung S p l i n t e r 's an die Werstatt-Vertrauensmänner, die Sitzungen, welche jeden Mittwoch nach dem ersten im Monat stattfinden, regelmäßig zu besuchen, erreichte die Versammlung ihren Schluß.

Der Verein der Blätterrienen Berlins hielt am 6. Dezember eine gut besuchte Mitglieder-Versammlung ab. In Ermangelung eines Referenten fand eine eingehende Besprechung betreffend „das Lehrwesen in den größeren Maschinenfabriken“ statt. Der Vorsitzende ersuchte die Anwesenden, sogenannte Lehrkontrakte dieser Fabriken dem Vorstand zu übermitteln, damit auf Grund des gewonnenen Materials der Lehrlingsausbeutung erfolgreich entgegengetreten werden könne. In Erinnerung wurde ferner gebracht, daß der Verein zum 28. Februar einen Wasenball arrangirt. Eine rege Theilnahme der Mitglieder wird erwartet.

Der Verband aller im Handels- und Transportgewerbe beschäftigten Hilfsarbeiter hielt am 6. d. M. seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung giebt der Vorsitzende den Tod der Mitglieder Hermann Kamp und Wilhelm Schröter bekannt und widmet besonders dem ersteren, als einem alle Zeit regem und treuen Mitarbeiter der Organisation einen warmen Nachruf, worauf die Anwesenden das Andenken der Verstorbenen durch Erheben von den Plätzen ehren. Nach der Erlebigung einiger geschäftlicher Mittheilungen referirte Genosse R o h s unter reger Aufmerksamkeit der Versammlung einen 11/2stündigen packenden Vortrag über: „Der Gewinn aus der Arbeitskraft und die Entschädigung der Arbeitsleistung.“

Schöneberg. In der Versammlung des Arbeiter-Bildungsvereins am 5. Dezember wurde die Diskussion über die Frage der Taktik fortgesetzt und nach einem nochmaligen Referat R ö s e r 's und R u b e i l 's beendet. — Unter Vereinsangelegenheiten gelang folgender Antrag zur Annahme: Mitglieder, welche länger als sechs

Monate mit ihren Beiträgen rückständig sind, werden jedesmal in der folgenden Generalversammlung bekanntgegeben. — Die nächste Versammlung findet am 19. Dezember statt.

Wilmersdorf. Hier sprach am 7. d. M. Herr Dr. Joel in einem interessanten Vortrage über die Urgeschichte der Erde. Dem Vortrage folgten einige Fragestellungen, die dem Referenten Gelegenheit gaben, ausführlicher auf einige Darlegungen einzugehen. Den übrigen Theil der Verhandlungen bildeten geschäftliche Angelegenheiten.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Konig, 12. Dezember. (W. L. B.) Amtlich wird gemeldet: Am Sonntag nachts 3 1/2 Uhr fuhr bei heftigem Sturm der von Frankfurt mit zwei Maschinen abgelassene Güterzug 4169 auf Bahnhof Hochfilabau gegen eine stehende Lokomotive. Ein Lokomotivführer ist leicht verletzt, zwei Lokomotiven sind stark beschädigt. Der Verleht wurde nicht unterbrochen.

Kattowitz, 12. Dezember. (W. L. B.) Die „Kattowitzer Zeitung“ meldet: Auf der Gzeladz-Grube bei Sosnowice an der russisch-preussischen Grenze sind heute durch austretenden Dampf sechs Bergleute getödtet und vier schwer verbrüht worden. Das Unglück geschah unter Tage.

Wien, 12. Dezember. (W. L. B.) Vertagung des Abgeordnetenhauses. Wie die „Neue freie Presse“ meldet, wird das Abgeordnetenhaus am Donnerstag bis nach dem griechischen Neujahr vertagt. Vor dem Schluß des Jahres wird die Regierung das Budget und das Ausgleichsprovisorium auf Grund des § 14 in Kraft setzen.

Budapest, 11. Dezember. (W. L. B.) Wegen eines die Vorgänge in der gestrigen Abgeordnetenhausung behandelnden Artikels hat der Abgeordnete Kubil den verantwortlichen Redakteur des offiziellen „Magyar Ujsag“, Edmund Gagarh, zum Duell fordern lassen.

Budapest, 12. Dezember. (W. L. B.) (Banffy in Audienz.) Von unterrichteter Seite wird konstatiert, daß die Audienz des Barons Banffy beim Kaiser eine Verbündung oder Entscheidung in der Krise nicht herbeigeführt hat. Thatsache ist, daß Banffy noch das vollständige Vertrauen des Kaisers besitzt, und daß jetzt alles darauf ankommt, eine auch der Opposition genehme Persönlichkeit für das Präsidium des Abgeordnetenhauses zu finden.

Paris, 12. Dezember. (W. L. B.) (Rundgebung gegen Picquart.) Den Plan, eine Kundgebung gegen Picquart zu veranstalten, haben die Nationalisten heute Mittag ausgeführt. Etwa 160 Personen zogen um 1/2 Uhr unter Anführung der Deputirten Millesche und De Rameil zum Cherche-Midi-Gefängniß. Auf dem Wege dorthin begegneten sie einem Kavallerie-offizier, den sie umringten. Hochrufe auf die Arme wurden ausgebracht. Millesche und Oberst Ranteil, auch ein Anführer der Demonstranten, hielten Reden. Der letztere sagte, man verleihe das Licht und deshalb habe man den Prozeß Picquart vertagt; man müsse aber verlangen, daß Licht in die Sache gebracht werde. Ranteil zogen die Manifestanten zur Kammer, wo Millesche wiederum eine Ansprache hielt. Alsdann zerstreute sich die Menge.

Paris, 12. Dezember. (W. L. B.) Der Deputirte Paschal Groussset (Sozialist) interpellierte über durch den Generalstab in der Wäre Drehfus begangene Indisaktionen und verliest mehrere Zeitungsartikel, von denen er angiebt, daß sie vom Generalstab herrühren. (Heftiger Tumult, mehrere Deputirte erheben einen lebhaften Wortwechsel, auch einige Faustschläge fallen.) Paschal Groussset fährt inmitten des Lärmens fort und fügt hinzu, der „Intransigeant“ veröffentlichte einen Artikel, welcher von dem Briefe des deutschen Kaisers und von einer Unterredung des Grafen Münster und Casimir Perier sprach. (Lärm.) Graf de Mun verlangt, die Kammer sollte befragt werden, ob diese Diskussion fortgesetzt werden solle. (Beifall.) Ministerpräsident Dupuy sagt, der Redner ist frei bei seiner Diskussion, aber als Chef der Regierung protestire er mit Energie gegen eine Sprache, deren Tragweite der Redner nicht bemessen habe. (Lebh. Beifall.) Dérroulede fährt: „Herab von der Tribüne.“ (Beidoppelter Tumult.) Kriegsminister Freycinet sagt, weim er hätte voraussetzen können, was dies für eine Interpellation wäre, so würde er deren Vertagung um einen Monat verlangt haben. Paschal Groussset fährt fort: Der Mittelpunkt des Widerstandes gegen die Revision ist nicht mehr im Kriegsministerium, sondern irgend wo anders. Als der Redner den Versuch macht, den deutschen Kaiser in die Debatte zu ziehen, erheben sich lebhafteste Protestrufe. Der Präsident Deschanel erucht den Redner, auswärtige Souveräne ebenso wenig in die Debatte zu ziehen, als dies beim Präsidenten der Republik gelte. Er werde sich sonst genöthigt sehen, die Kammer zu befragen, ob der Redner fortfahren könne. Paschal Groussset erinnert an die kaiserliche Note der Agence Havas, welche mittheilte, daß der Minister des Auswärtigen Delcassé genöthigt gewesen wäre, einen Schritt bei dem deutschen Vorkämpfer zu thun. (Heftige Unterbrechungen.) Le Myre de Villers sagt, was wollen Sie denn bei solchem Vorgehen ist keine auswärtige Politik möglich. Groussset erwidert, er habe das Recht, auf der Tribüne eine Angelegenheit des Landes zu behandeln und eine Note des Ministers des Auswärtigen zu zitieren. Präsident Deschanel erucht den Redner, zur Sache zurückzukommen. Der Redner fragt, ob die Regierung gewillt sei, zuzulassen, daß das Zentrum des Widerstandes gegen die Gesetze seine Stelle wechsle und von dem Kriegsministerium auf den Stab des Gouvernements von Paris übergehe, ob sie länger die falsche Haltung bilden werde und ob sie im Sinne habe, im Interesse der Republik und im Interesse der Jesuiten die Regierung zu führen. (Beifall auf der äußersten Linken, heftige Unterbrechungen auf den anderen Bänken.) Hierauf ergreift Kriegsminister Freycinet das Wort und erklärt, er begreife weder den Zweck noch den Nutzen der Interpellation. Man ziehe dem Kriegsministerium Verantwortunglichkeiten zu, welche er ablehne. Wenn Indisaktionen vorhanden seien, so werde er sie abzustellen wissen, aber er protestire gegen die Verallgemeinerungen, welche die gesamte Armee angehe. (Beifall.) Die Erklärungen seien ungerath und unflug; unflug, weil das Heer, zu seiner Pflicht ergehen und zu den Dingen, die man ihm vorwerfe, nicht im Stande sei, unflug, weil sie die Gefahr mit sich bringen, einen Stein der Verfehlung in die militärischen Einrichtungen Frankreichs zu tragen. (Beifall.) Die Vaterlandsliebe der Kammer werde es vermeiden, das Heer in eine Debatte hineinzuziehen. Die einfache Tagesordnung wird hierauf von der Kammer mit 463 gegen 78 Stimmen angenommen. Sodann wird, nachdem als Verhandlungstag für das Handelsabkommen mit Italien der nächste Montag festgesetzt wurde, die Sitzung geschlossen.

London, 12. Dezember. (W. L. B.) Nach einer Meldung des „Reuter'schen Bureau“ aus Kalkutta nimmt die Pest in der Stadt Bombay wieder zu, läßt aber in der Präsidenschaft nach. In Madras, Mysore und Hyderabad erhält sich die Seuche auf gleicher Höhe. In den Zentralprovinzen sind gewisse Pestfälle vorgekommen.

Barcelona, 12. Dezember. (W. L. B.) Durch Einsturz eines Kanalbaues kamen hier 16 Personen zu Tode.

Amsterdam, 12. Dezember. (W. L. B.) Das „Handelsblad“ theilt mit, Etrechagh, der sich seit dem 12. November in einem Amsterdamer Hotel unter falschem Namen aufhalte, werde in den nächsten Tagen von hier abreisen, wahrscheinlich nach Amerika.

Petersburg, 12. Dezember. (W. L. B.) Die Friedenskonferenz ist wegen der ungelärten politischen Lage bis zum Mai n. J. verschoben worden. — Bis dahin hofft man, wie es scheint, die neuen Militär- und Marinevorlagen in den verschiedenen Staaten unter Dach und Fach gebracht zu haben.

Konstantinopel, 12. Dezember. (W. L. B.) Die Hungersnoth in Armen hat aufgehört. Der Rest der aufgebrauchten Geldsummen wird für Neubauten von Militärspitalen verwendet werden. Die Rebellen in Armen griffen drei Ortshäfen an, wurden jedoch zurückgeschlagen. — Da Areta unter der Souveränität der Türkei verbleibt, wurde den türkischen Zollkammern verboten, kreisliche Warentransporten aus fremde zu behandeln.

Reichstag.

3. Sitzung, Montag, 12. Dezember 1898, 1 Uhr. Am Tische des Bundesrathes: Fürst Hohenlohe, Graf v. Saldern, Freiherr v. Ziemann, v. Goltz, v. Podolski, Dr. Schulz, Dr. v. Sack.

Das Haus ist mäßig besetzt. Die Wahl der Schriftführer hat folgendes Ergebnis gehabt: Gewählt sind die acht Abgeordneten Braun (Z.), Krebs (Z.), v. Kormann (L.), Pauli (Rp.), Dr. Hermes (fr. Vp.), Dr. Gasse (natl.), Dr. Paasche (natl.) und Graf v. Willeck (Vole); der letztere erhielt 188 Stimmen, der Abg. Schippel (Soz.) ist mit 172 Stimmen unterlegen.

Die Abtheilungen haben sich konstituiert. Auf der Tagesordnung steht die erste Lesung des Etats.

Schatzsekretär Dr. v. Ziemann: Die Ergebnisse des Etatsjahres 1897/98 kann ich ganz kurz berichten, da sie Ihnen ja gedruckt vorliegen; die Schätzung, die ich vor einem Jahre hier vorgelegt, hat sich im großen und ganzen als zutreffend erwiesen. Hinsingekommen sind die Ausgaben für Staatsbau und die für die Errichtung einer Präsidialwohnung für den Reichstags-Präsidenten. Das Jahr 1897 hat in bezug auf die Einnahmen unsere Erwartungen nicht nur erfüllt, sondern sogar überschritten und 37 1/2 Millionen über den Etat hinaus eingenommen.

Wenn ich nun zu dem kommenden Etatsjahre übergehe, so liegt mir vor allem daran, Ihnen nachzuweisen, daß wir uns nicht bereits auf dem absteigenden Abse befinden, daß wir nicht, wie man vor einem Jahre hier befürchtete, den Gipfel unserer Entwicklung bereits überschritten haben.

Wir haben in dem folgenden Jahre an Einnahmen ein Mehr von 61 Millionen zu erwarten. Infolge dessen können auch höhere Ueberweisungen gemacht werden. Wir können damit rechnen, daß diese Ueberweisungen sich bis zu 50 Millionen steigern werden. Auch die sonstigen Steuern werden aller Voraussicht nach ein Plus ergeben; so wird die Zuckersteuer allein ein Mehr von 9 Millionen liefern. In der Frage der Ausfuhrprämien ist leider keine Verständigung unter den beteiligten Mächten erzielt worden. Die Brüsseler Konferenz hat über die Abschaffung der Zuckerprämien zu keinem Resultate geführt. Es schweben in der That noch weitere Unterhandlungen und seitens der kaiserlichen Regierung wird keine Gelegenheit unbenutzt vorüber gelassen, um an diesen Verhandlungen sich wieder zu beteiligen.

Insgesamt kann man auf 24 Millionen Mehreinnahmen rechnen, denen verschwindend geringe Mehrausgaben gegenüberstehen; der Betrieb der Flotte verlangt mehr Aufwendungen, die Alters- und Invalidenrente ist im Steigen u. s. w. So werden wir mit Sicherheit auf eine Mehreinnahme von 18 Millionen rechnen können.

Der heutige Etat stellt ohne Zweifel erhöhte Anforderungen, ist nun die allgemeine politische Lage eine solche, daß wir diesen Anforderungen gerecht werden können? Ich glaube diese Frage bejahend beantworten zu können. Die Kriterien der wirtschaftlichen Lage sind in erster Linie die Verkehrsverhältnisse, und diese zeigen ein Bild des Steigens. Bei der Post steigen die Einnahmen um rund 6 Millionen, bei den Eisenbahnen ist der Verkehr ein außerordentlich starker. Es sind Beförderungen geknüpft worden an den hohen Diskontsatz der Reichsbank; derselbe ist von 6 pCt. auf 6 pCt. gesunken. Man muß aber bedenken, daß dieser hohe Diskontsatz nur eine Folge der erhöhten Anforderungen ist, die Industrie und Landwirtschaft stellen, also in erster Linie gerade ein Symptom des wirtschaftlichen Aufstieges darstellt.

Die Gesamteinnahmen dieses Etats sind auf 1554 Millionen eingeschätzt worden, hiervon ziehe ich nun ab die Einnahmen von den Matricularbeiträgen, die Ueberträge aus früheren Jahren und solche, die einen Angriff des Kapitals darstellen, wie Veräußerung von Grundstücken u. s. w. Dann verbleiben immer noch 904 Millionen, die man als wirtschaftliche Einnahmen des Reiches bezeichnen kann. Im vorigen Jahre betrugen sie 850 Millionen, wir sehen also ein Ansteigen von 54 Millionen. Wir haben also an wirtschaftlichen Einnahmen des Reiches eine Vergrößerung von 6 pCt., die Bevölkerung hat sich aber nur um 1 pCt. vermehrt. Man kann also durchaus von einer überaus günstigen Entwicklung der wirtschaftlichen Lage sprechen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß wir bei allen Veranschlagungen mit der größten Vorsicht zu Werke gegangen sind; so haben wir die Einnahmen aus den landwirtschaftlichen Böden nur auf 20 Millionen veranschlagt. Sie wissen, daß unsere Handelsverträge mit verschiedenen Nachbarstaaten demnächst ablaufen, und daß Ende des folgenden Jahres ein neuer Zolltarif aufgestellt werden muß. Wemgleich diese Frage jetzt noch nicht dringend ist, so ist es doch schon geboten, Vorkehrungen zu treffen. Diese Vorkehrungen müssen getroffen werden, ehe neue Verhandlungen überhaupt mit den Nachbarstaaten geführt werden, und der erste Schritt der Vorbereitungen ist bereits geschehen. Im Reichsschatzamt ist das Gerippe eines neuen Zolltarifs ausgearbeitet. Derselbe bemüht sich vor allem, die vielen Unzulänglichkeiten, die durch die veralteten Bestimmungen des bisherigen geschaffen sind, zu beseitigen.

Durch die auf Wunsch des Reichstags für das laufende Jahr getroffene Einrichtung scheint die große Mehrheit der Zolltarifa aus der Welt geschaffen zu sein, im Reichsschatzamt ist jedenfalls noch keine Beschwerde eingegangen und auch die Befürchtung, daß es zu Verschleppungen Anlaß geben würde, ist nicht eingetroffen. Die Einnahmen der Post sind um 7 Millionen höher veranschlagt worden. Es wäre vielleicht angemessener gewesen, die Posteinnahmen noch höher anzusetzen, aber es widerrieth sich deshalb, weil verschiedene Erleichterungen des Posttarifs in Aussicht genommen und eine Erhöhung der Gehälter der Postunterbeamten vorgesehen ist. Auch bei der Reichseisenbahn und Reichsbank konnten höhere Erträge veranschlagt werden.

Was die Ausgaben anlangt, so stehen im Vordergrund die Gehaltserhöhungen für zahlreiche Kategorien von Unterbeamten, und zwar nicht bloß bei der Post, sondern auch bei anderen Verwaltungen; so bei der Reichs-Eisenbahn. Was die Schaffnerklasse bei der Post anlangt, so ist das Mindestgehalt, den Wünschen des Reichstages entsprechend, von 800 auf 900 M. erhöht worden. An dieser Erhöhung nehmen 14 000 Beamte theil. Gleichzeitig haben wir es aber für unsere Pflicht gehalten, andere Ungleichheiten, wie sie sich bei anderen Beamtenkategorien ergeben haben, zu beseitigen. Eine neue Klasse, die der „gehobenen“ Unterbeamten, ist, was das Gehalt betrifft, eingerichtet worden. Es werden darunter diejenigen Beamten verstanden, die mit dem Geld- und Eisenbahnverkehre zu thun haben und auf deren Schultern deshalb eine große Verantwortung ruht, wodurch sich die bessere Bezahlung rechtfertigt. Im Etat des kaiserlichen Amtes findet sich eine Verbesserung für die Erforschung der Malaria, bei deren Untersuchung deutsche Gelehrte in erster Linie sich Verdienste erworben haben. Beim auswärtigen Amt sind ferner 150 000 M. mehr eingesetzt zur Unterstützung deutscher Schulen im Auslande. Den Kernpunkt der Mehrforderungen enthält aber der Militäretat, diese Mehrforderungen ergeben sich aus der Militärvorlage. Es handelt sich aber diesmal nicht um eine geforderte Uebernahme der ganzen Forderungen aus dem vorliegenden Etat, sondern die Summe soll auf fünf Jahre verteilt werden. Der diesjährige Etat enthält also nur einen Theil der Mehrausgaben. Die für Militärausgaben aufzunehmende Kuleihe befreit sich auf 89 Millionen.

Nebst dem behandelt noch verschiedene Einzelheiten des Etats, seine Ausführungen, besonders seine Zahlenangaben, bleiben aber auf der Tribüne vollkommen unverständlich. Medner schließt: Die finanzielle Lage des Reiches ist im großen und ganzen glänzend. Wir können Ihnen auch in diesem Jahre den Vorschlag zu

weiterer Schuldentilgung machen, nach dem in der letzten Session angenommenen Schuldentilgungsgesetz. Ich bitte Sie im Namen der verbündeten Regierungen, den vorliegenden Etat einer wohlwollenden Beratung zu unterziehen.

Abg. Frick (Z.): Der Reichs-Schatzsekretär hat hervorgehoben, daß unsere wirtschaftliche Lage im allgemeinen sich außerordentlich günstig gestaltet hat. Im allgemeinen kann ich ihm hierin nur beistimmen. Die Textilindustrie befindet sich zwar in einer ziemlich schlechten Verfassung, alle anderen Industrien, vor allem die chemische und die elektrotechnische, sind in einer so glänzenden Lage wie schon lange nicht. Wir können also von einer vortheilhaften gewerblichen Lage sprechen. Nur in Einzelfällen möchte ich dem Herrn Schatzsekretär widersprechen. Er sprach ferner davon, in welcher „günstigen“ Situation wir uns jetzt befinden würden, wenn das Reichsschulden-Tilgungsgesetz nicht den § 2 hätte, sondern in der ursprünglichen Fassung verabschiedet worden wäre. Ich muß seine Schlussfolgerungen in diesem Punkt als richtig anerkennen, aber betonen, daß das föderalistische Prinzip durchaus diesen § 2 erfordert, und wir auch im künftigen Schuldentilgungsgesetz ohne diesen nicht auskommen werden.

Die erteilte Seite dieses Etats besteht darin, daß endlich die Resolutionen des Reichstags, betreffend die Verbesserung der Gehälter der Post-Unterbeamten, der Landbriefträger verabschiedet sind.

Was diesen Etat so außerordentlich günstig gestaltet, das ist die Thatfache, daß die Einnahme des Reiches so wesentlich höher hat angelegt werden können. Die Einnahmen aus den Reichs-Eisenbahnen bilden diesmal die höchsten Einnahmen, die wir jemals erzielt haben, und insgesamt kann man feststellen, daß 1/3 der gesamten Staatsschulden durch die eigenen Einnahmen gedeckt werden können.

Trotz allem bietet der Etat doch nicht ein nach jeder Richtung günstiges Bild. Wir haben zunächst die keine Spannung von 13 1/2 Millionen Mark zwischen den Matricularbeiträgen und den Ueberweisungen. Das ergibt die hohe Spannung von 27 Millionen Mark. Die erhöhte Inanspruchnahme des Kredits scheint für den Moment unbedenklich, da wir jetzt sehr wohl in der Lage sind, die Zinsen zu zahlen. Man muß aber stets auf einen Rückschlag in den gewerblichen Verhältnissen gefaßt sein, und aus diesem Grunde ist es notwendig, mit der größten Vorsicht hierin vorzugehen.

Was die Forderungen für Kunst- und Wissenschaft anlangt, so möchte ich den Schatzsekretär bitten, gegenüber solchen Anträgen eine erhöhte Widerstandskraft zu entwickeln. Das fällt ja hauptsächlich in den Bereich der einzelnen Bundesstaaten.

Der Hauptmehrposten des Etats ist der für das Reichsheer. Der Pensionsfonds erfordert eine Gesamtausgabe von 60 Millionen. Das sind 12 pCt. der gesamten ordentlichen Ausgaben für das Heer. Das ist noch eine gewaltig hohe Summe. Freilich darf man die Militärpensionen nicht mit den Zivilpensionen vergleichen. Das Heer muß stets schlagfertig und in völliger Frische erhalten werden, daher ist eine frühere Pensionierung da außerordentlich notwendig. Trotzdem mußte da ein bestimmtes Verhältnis zwischen dem Pensionsfonds und den übrigen Ausgaben festgesetzt werden.

Ueber den Militäretat will ich mich nicht verbreiten, da ich sonst auf die Militärvorlage eingehen müßte, aber die die wir heute nicht zu sprechen haben, und wenn ich auch wollte, ich könnte gar nicht darüber sprechen, abgesehen davon, daß mein Herz keine Räuberhöhle mache; denn die Motive der Vorlage sind so dürftig, daß wir wirklich garnicht beurtheilen können, inwieweit die einzelnen Posten notwendig sind. Wir haben also allen Anlaß, in der Beurtheilung dieser Vorlage sehr vorsichtig zu Werke zu gehen.

Was den Etat für die Marineverwaltung anlangt, so laß ich an demselben im allgemeinen keine Ausstellungen machen, doch möchte ich ein Wort über den Kolonialetat sagen. Die Kolonialverwaltung erfordert diesmal einschließlich Kiautschou 25 Millionen Mark, also ein Plus von über 10 Millionen. Ich will den Posten für Kiautschou durchaus nicht ansprechen, ich glaube, hier haben wir einen ganz vortrefflichen Zeitpunkt für unsere ostasiatischen Interessen gewonnen und die Summe, die wir auf Kiautschou verwenden, wird sehr bald wieder herausgewirtschaftet sein. Anders aber sieht es um unsere afrikanischen Besitzungen, diesen Posten muß sich die Budgetkommission sehr genau ansehen, er kann bedeutend ermäßigt werden, eventuell ist er ganz überflüssig; und zwar verlange ich eine genaue Prüfung gerade im Interesse der Kolonialpolitik, die durch die immer währenden Renausgaben, denen kein realer Gewinn gegenübersteht, leicht überhaupt in Mißkredit gebracht werden kann.

Das Verhältnis der Reichsschulden ist bei uns ein derartiges, wie es wohl in keinem europäischen Staate besteht, nicht einmal in Preußen.

Wenn aber im allgemeinen sich im deutschen Volke ein gewisser Pessimismus kundgibt, oder, wie man jetzt in Süddeutschland sagt, eine Reichsverdrossenheit, so beruht diese durchaus nicht auf der finanziellen Lage, sondern auf unserer ganzen innern Politik. (Hört, hört!) Wiederholt sind Wünsche des Reichstags unberücksichtigt geblieben. Im vorigen Jahre ist hier ein Gesetz verabschiedet worden, daß das Verbindungsverbot von politischen Vereinen aufgehoben werden sollte. Es ist vom Bundesrath abgelehnt worden und somit ist das Verbot, das uns der Reichstangler hier gegeben, immer noch nicht eingelöst. (Hört, hört!) Obgleich das Sozialistengesetz längst aufgehoben ist, so wird doch dieses viel grausamere Gesetz immer noch nicht aufgehoben. (Hört, hört!) Ebenso wenig erstreckt sich es mit unserer Sozialpolitik, die ist sehr arg ins Stoden geraten und unsere Fraktion wird es sich in dieser Session angelegen sein lassen, durch eigene Anträge hier anregend zu wirken. (Bravo!)

Blüthnerweise ist der Streit zwischen Preußen und Bayern durch die Initiative der beiden Herrscher beseitigt worden, und ich hoffe, daß auch der lippsche Streitfall im Sinne des föderativen Charakters und der Selbstständigkeit der Einzelstaaten erledigt werden wird. (Bravo im Zentrum.)

Was im Innern nun auch eine gewisse Mißstimmung herrschen, die auswärtige Politik erfüllt uns mit hoher Befriedigung. Nach dem Heimgang Bismarck's haben die deutschen Staatsmänner es verstanden, die Stellung Deutschlands nach außen zu wahren. Das gilt auch für das laufende Jahr im vollen Umfang. Bei dem Kampf zwischen Amerika und Spanien hat Deutschland strikte Neutralität beobachtet, wenn auch unsere Sympathien vorwiegend auf Seiten des Schwächeren und zu kühnert Provokationen gefunden haben (Bravo rechts und im Zentrum. Oho, links). Ein glücklicher Instinkt hat uns im vorigen Jahre veranlaßt, unsere Truppen aus Kreta zurückzuführen. Die Orientreise des Kaiserspaars hat erkennen lassen, daß auch im fernsten Osten das Ansehen des deutschen Reiches gewonnen hat (Bravo im Zentrum). Die Schenkung der Dormition erfüllt die deutschen Katholiken mit tiefstem Dank gegen den deutschen Kaiser (Bravo im Zentrum). Die deutschen Katholiken im Osten wollen sich dem deutschen Sang an Protektorat nichts wissen, sie vertrauen sich dem deutschen Sang an. (Bravo im Zentrum.) Der erhabene Träger der Krone hat sich feierlich und unumwunden zu den Grundgesetzen des Christenthums längst bekannt. (Bravo.)

Ich hoffe, daß durch gegenseitige Konfessionen der Etat im friedlichen Einvernehmen mit der Regierung verabschiedet werden wird, und beantrage seine Ueberweisung an die Budgetkommission. Abg. Richter (fr. Vp.): Bei uns muß die Etatsdebatte die in anderen parlamentarisch regierten Ländern übliche Redebebatte ersetzen. Was an politischen Vorkommen im Vordergrund des Interesses steht, ist hier zu berühren. In der Thronrede hat die Palästinareise einen erheblichen Raum eingenommen. Ueber

die Reise würde ich sonst ebensowenig etwas äußern, wie über die Nordlandreise des Monarchen oder über die Bergnigungsreise irgend eines reichen Privatmannes. (Sehr gut! links.) Aber gegen einen gewissen Byzantinismus möchte ich Verwahrung einlegen, der die Heimreise des Kaisers am liebsten hätte feiern mögen wie die Rückkehr von einem glücklichen Krieg. (Sehr richtig! links.) Wie arm an Thaten müßte eine Regierung sein, wenn sie diese Rückkehr als ein so hervorragendes Ereigniß betrachten wollte! Die Thronrede behauptet, daß die Reise nach dem Orient Handel und Absatz dorthin befördert hätte. Ich sage, diese angeblichen Vorteile werden mehr als aufgehoben durch die Nachtheile, die uns die neue Ausweisungspolitik Dänemark gegenüber bringt. (Bravo! links, Widerspruch rechts.) Die Thronrede spricht von der Freundschaft Deutschlands zum osmanischen Reich. Wir wollen den Bestand der Türkei wahren, weil ihre Fortbildung einen europäischen Krieg entfehlen würde, aber über diese mächtigere Erwägung hinaus sind die Deutschen wahrhaftig nicht begeistert für die Türkei. Ganz abgesehen von den Grenzländern gegen die christlichen Armenier. Die Thronrede erwähnt noch die kirchliche Seite der Fahrt. Ueber die Wirkung auf die Katholiken will ich mich nicht weiter äußern, was aber die evangelische Seite betrifft, so sind da die Empfindungen etwas gemischter Natur. (Oho, rechts.) Die Thronrede spricht vom Gottesglauben und nimmt Anlaß zu einem Bekenntnis zu den Grundwahrheiten des Christenthums. Ich glaube, daß die gewanzerte Faust das Christenthum auch nicht anders zu fördern vermag als die gesammte Kulturentwicklung. Es taucht die Frage auf, ob nicht die Abwesenheit des Monarchen im Ausland die Einsetzung einer Stellvertretung oder einer Regentenschaft während dessen notwendig gemacht hätte. Nach dem gewöhnlichen Gebrauch hat der Kaiser eine Unsumme von Unterthänen zu erledigen. Alles strotzt; wir haben den Nachtheil ja an eigenen Leibe erfahren. (Sehr richtig!) Noch nie ist ein Reichstag so spät einberufen worden wie dieser. Gerade bei der Ueberfülle der Ausgaben, die unserer Herrscher hätten eher zusammenkommen müssen, wenn wir nicht bis weit in den Sommer hinein tagen sollen. Wir haben uns weiter zu betragen über die geringe Rücksicht, die bei der Zukunftslegung der Abgeordneten vom Termin der Eröffnung gewaltet hat. Niemals ist die Zeit zwischen Einberufung und Zusammentritt so kurz gewesen. (Sehr richtig! links.) Was im übrigen die auswärtige Politik anlangt, so habe ich gegen ihre letzten Thaten nichts einzuwenden. Daß wir stille die Feste aus der Hand gelegt haben, gefällt mir besser, als daß man feierzeit die erste Seite Griechenland gegenüber gespielt hat.

Jur auswärtigen Politik gehören die Ausweisungen. Wenn die Ausweisungen nur Dattler, Landstreicher und verarmte Personen getroffen hätten, so gehörten sie nur vor den Landtag, aber offenbar sind die Ausweisungen aus ganz allgemeinen Gründen erfolgt und sollen deshalb unter die Verantwortung des Reichstanzlers und des Staatssekretärs v. Bülow. Was die Ausweisungen österreichischer Unterthanen betrifft, so bin ich nicht klar, ob es sich dabei nur um die regelmäßigen Jahresausweisungen polnischer Arbeiter, die immer gegen Ende November erfolgen, gehandelt hat, oder ob allgemeine Gründe vorlagen. Ich bezweifle das letztere und hätte die Ausweisungen gar nicht erwähnt, wenn nicht Graf Thun sich im österreichischen Reichsrath in so mißfälliger Weise darüber geäußert und Widersprechungsmaßregeln in Aussicht gestellt hätte. Die Ausweisungen erregenden Äußerungen des Ministers dieser Dreibundsmacht geben vielleicht dem Herrn Staatssekretär Anlaß zu einer Klarstellung. Anders liegt es mit den Ausweisungen aus Nord-Schleswig. Der Oberpräsident Herr v. Köller hat in einem Gespräch mit dem Redakteur des „Politik“ die Gründe hierfür angegeben. Danach beruhen diese Ausweisungen, die seit dem 1. Oktober sicher 250 Personen getroffen haben (hört! hört! links), nicht auf individuellen Gründen, sondern werden dargestellt als Maßregeln im nationalen Interesse. (Sehr richtig! rechts.) So werden sie dargestellt! Wenn es sich um dänische Kapitalisten handelt, die in Deutschland für die Verfertigung Nord-Schleswigs vom Reiche agitiert hätten, so läge die Sache anders. Aber bei den Ausgewiesenen ist das nachgewiesen worden. Warum weiß man sie also aus? Weil in Jütland Versammlungen sich für die Verfertigung Nord-Schleswigs erklärt haben und weil Familien aus Nord-Schleswig ihre nicht mehr schulpflichtigen Kinder jenseits der Grenze schickten, um dort dänisch zu lernen. Am meisten muß eine Art der Ausweisungen zuträglich sein, die Ausweisung politisch ganz indifferenter Leute, Anechte und Wägen, die nicht wegen persönlicher Vergehen ausgewiesen werden, sondern weil sie bei deutschen Staatsangehörigen, die dänisch gesinnt sind, arbeiten, sie müssen den Bräutigamen abgeben für Leute, gegen die man sonst nicht vorgehen kann. In letzter Zeit geht man dazu über, eine beträchtliche Anzahl von Leuten auszuweisen, wenn deutsche Staatsbürger mit ihren Kindern aus Dänemark von den Schulen zurückrufen. Das ist das Gehilfsystem, das sonst nur im Kriege üblich ist. (Sehr richtig! links.) Herr von Köller hat in der Unterredung erklärt, daß er die Ausweisung als den eigentlichen Beginn seiner Präsidentenschaft, als einen Probeversuch ansehe und daß er Frieden geben wolle, wenn Dänemark Frieden gebe. Bisher habe ich nicht gewußt, daß ein preussischer Oberpräsident in den Jahren seiner Toga Krieg und Frieden bringe. (Große Heiterkeit.) Herr v. Köller hat uns durch seine Beredtheit hier manche vergnügte Stunde bereitet, der Regierung aber solche Verlegenheit, daß der Reichstanzler seine Verabschiedung beantragte. Bei uns besteht ja der Gebrauch, daß abgeleitete Minister noch immer als Oberpräsidenten verwendet werden (Heiterkeit), besonders wenn sie aus Jütland stammen. (Große Heiterkeit.) Um aber eine solche Ausweisungspolitik zu verfolgen, dazu braucht man keine Oberpräsidenten, dazu genügt ein Schatzmann. (Heiterkeit.) Herr v. d. Rade, aber im weiteren Sinne auch Fürst Hohenlohe und Herr v. Bülow können sich der Verantwortlichkeit für diese Handlungen nicht entziehen, durch die Ausweisungen wird das gerade Gegentheil von dem erreicht, was man erreichen will. Wenn man eine Panie darauf setzen wollte, wie die Politik der Dänen zu beleben und zu stärken ist, dann müßte diese Art der Ausweisungen die Prämie erhalten. (Sehr richtig! links.) Gerade kleinen Staaten gegenüber sollten wir an dem Sage festhalten: was du nicht willst, daß man dir thut u. s. w. Eine solche Politik ist tödtlich. Schon jetzt hören die Kaufleute den Schaben. Der Absatz deutscher Waaren nach Dänemark erreicht kaum den Betrag von 100 Millionen. Wenn die Schädigungen nicht noch größer sind, so liegt das nur an der Ueberzeugung der Dänen, daß ein großer Theil der deutschen Bevölkerung diese Ausweisungspolitik nicht billigt. (Sehr richtig! links.) Sichern Sie diese Politik so rasch als möglich, sie ist nicht würdig des großen Deutschen Reiches (Oho!) und große Lurche rechts, lebhaftes Bravo! links), sie schämt sich nicht.

Was unser Verhältnis zu England betrifft, so wird ja von beiden Seiten erklärt, daß die Beziehungen sich freundschaftlich gestaltet haben, die Nachwirkungen des unglücklichen Telegramms an den Präsidenten Kräger (sichern also überwinden zu sein (Oho! rechts) und ich hoffe, daß deshalb die Verhandlungen über den neuen Handelsvertrag mit England in ein glücklicheres Bahnenwasser gelangt sind. Durch die Presse ging die Nachricht, daß Deutschland mit England wegen der Delagoabai einen Vertrag abgeschlossen hätte, ich frage den Herrn Staatssekretär, besteht ein solcher Vertrag und was frucht seiner Veröffentlichung im Wege? Das Verhalten der deutschen Regierung im Streite zwischen Amerika und Spanien war durchaus forrett. Ich bin aber nicht der Ansicht des Kollegen Frick, daß unsere Sympathien allgemein auf Seiten der Spanier gestanden hätten. (Sehr richtig! links.) Mac Kinley hat in seiner Botschaft die Hoffnung auf den Abschluß eines Handelsvertrages mit Deutschland ausgesprochen und die Hoffnung hinzugefügt, daß die Einfuhr getrodener Früchte und

gewisser Schweineprodukte von Deutschland gestattet werden dürfte. Ich würde mich freuen, wenn diese Erkenntnis bei der deutschen Regierung durchbringen sollte und wir vor allem eine Erleichterung der Schweine-Einfuhr erlangten. Auch ich meine, wenn eine begründete Seuchengefahr vorhanden ist, dann muß das Interesse der Konsumenten zeitweilig zurücktreten. Verhütungsmassregeln dürfen aber nicht dem Zweck dienen die Einfuhr mehr zu erschweren, als die Zollfrage es ohnehin schon thut. Die Sperre wird damit beschönigt, daß Deutschland im Stande sei, den Bedarf an Schweinefleisch selbst zu befriedigen. Das ist nicht richtig. Die Bevölkerung ist um 68 pCt. die Produktion von Schweinen nur um 28 pCt. gestiegen. Der Fleischkonsum ist zudem keine feststehende Größe. Weite Schichten der Bevölkerung essen viel zu wenig Fleisch. Jede Erleichterung des Fleischkonsums ist im Interesse der Arbeits- und Wehrfähigkeit des Volkes zu begründen. Statt dessen wird die Einfuhr erschwert.

Als Hr. v. Thielmann vor einem Jahre hier freisch frei fröhlich antrat, da sprach er schon davon, daß eine Aussicht auf eine allgemeine Abschaffung der Zuderprämien vorhanden sei; und jetzt sind wir weiter als je davon entfernt. Herr v. Thielmann hat selbst zugegeben, daß das Zudersteuergesetz durchaus verfehlt sei. Und trotzdem werden 33 Millionen Zuschußprämien bezahlt, damit die Ausländer unsern Zuder billiger essen können als wir. Würden wir die im Inland verwendeten, so könnten wir die Verbrauchsabgaben vermindern und einen erhöhten Zuderkonsum bewirken. Niemals war die Gelegenheit so günstig wie jetzt, durch Hebung der Verbrauchssteuern für erhöhten Inlandskonsum zu sorgen.

Jetzt freilich kommt die Militärvorlage dazwischen und macht einen dicken Strich durch alle sonst so leicht durchführbaren Reformen. (Sehr richtig.) Diese Militärvorlage muß uns den letzten Rest des Vertrauens zur Regierung nehmen, wenn wir diesen noch hätten. (Weiterkeit.) Vor einem Jahre hat hier der Herr Kriegsminister Erklärungen abgegeben, die recht beruhigend klangen; freilich geschah dies vor Annahme des Flottengesetzes. (Sehr richtig.) Und wie will man diese plötzlichen Wehrvorstellungen eigentlich jetzt in der Budgetkommission begründen? Etwa durch die auswärtige Lage? Will man den spanisch-amerikanischen Krieg da hinein ziehen? Aber der spanisch-amerikanische Krieg beweist für uns garnichts, er könnte höchstens von den Sozialdemokraten ausgebeutet werden zum Beweis der Ueberlegenheit des Milizsystems über das stehende Heer. (Weiterkeit und Weisheit.) Und solche enormen Aufwendungen macht man angesichts des Friedensmanifestes des Zaren. Ich muß sagen, daß die Motive der Militärvorlage einigermaßen im Widerspruch stehen zu den friedlichen Worten, mit denen die Thronrede der Friedenskonferenz gedeutet. Man pflegt doch nicht denjenigen seinen eigenen Freund zu nennen, auf den man in der nächsten Zeit einen Ueberfall plant. (Weiterkeit.) Man bemüht sich auf der einen Seite, polnische und italienische Arbeiter über die Grenze zu ziehen, um dem ländlichen Arbeitermangel zu steuern. Und auf der anderen Seite entzieht man durch eine solche Militärvorlage tausende von deutschen Arbeitern der produktiven Arbeit. (Sehr richtig.)

Was den Etat insgesamt anlangt, so hat der Schatzsekretär so schön von der Schuldentilgung gesprochen. Ja, das ist nun sein eigener Sprachschatz. Er nennt es immer Schuldentilgungen, wenn man nicht ganz so viel Schulden aufnimmt, als man aufnehmen wollte. (Große Heiterkeit.) Seit dem Tode des alten Kaisers Wilhelm ist unsere Schuldenlast auf das Dreifache gestiegen. Das liegt nicht zum wenigsten an der beständige steigenden Sucht zu prunkvoller Repräsentation (Hört! Hört!), die auf alle Ressorts unheilvoll einwirkt. (Sehr richtig.) Jetzt haben wir wieder eine neue Anleihe von 90 Millionen aufzunehmen. Um diese als harmlos hinzustellen, beruft sich der Herr Schatzsekretär auf die steigenden Einnahmen. Ja, darauf hat er sich schon bei der Flottenvorlage berufen. Man kann doch nicht zwei Ausgaben mit derselben Einnahme begründen. (Sehr richtig.) Herr Frihn hat schon mit Recht hervorgehoben, daß diese günstige Lage doch eine etwas sehr schwankende sei, die die Aufnahme einer dauernden Schuld keineswegs unbedingt erscheinen lasse. Wir haben es ja schon erlebt, daß wir nur eine Mehreinnahme von 2 Millionen hatten. Was fangen wir an, wenn sich das wiederholt?

Bedeutende Aufwendungen verlangt wiederum der Kolonial-Etat, allein 8 1/2 Millionen erfordert Kiautschou. So theuer habe ich mir die Flottenrüstung doch nicht vorgestellt! Kiautschou hat wirtschaftlich nur einen Wert, wenn in der Provinz Santung Eisenbahnen gebaut und Bergwerke eröffnet werden. Aber das liegt noch in nebelhafter Ferne, während die Ausgaben für Kiautschou sehr real sind. Jedenfalls ist aber Kiautschou mehr werth, als die afrikanischen Sandlöhner. (Sehr richtig! links.) Mit kleinen Forderungen hing es an, jetzt müssen wir für unsere afrikanischen Kolonien Millionen und Abermillionen ausgeben. Auch Neuguinea kommt jetzt auf den Reichetat, nachdem die Neuguineakompagnie ihre Millionen verpotant hat. (Weiterkeit.) Nach einer Zeitungsnachricht soll Deutschland die Absicht haben, die Karolinen anzukaufen. Ich danke dem Papste noch heute, daß er uns seiner Zeit vor den Karolinen bewahrt hat. (Große Heiterkeit.) In der Kolonialverwaltung haben wir jetzt wieder einen neuen Herrn (Weiterkeit.) Von dem neuen Herrn weiß ich nur, daß sie immer mehr kosten, als die alten. Sie schreiben ihren Namen zunächst durch die Wehrausgabe von Millionen ein. Auch Herr v. Bogha scheint auf diesem Wege zu sein, unser früherer lebenswürdiger Kollege! (Weiterkeit.) Es ist merkwürdig, wie viel stille Talente in der konservativen Partei schlummern. (Große Heiterkeit.) Als Herr v. Podbielski sein Amt antrat, da schiffte er mit tausend Massen auf den Ozean der Post. Jetzt aber scheint er die Bahnen seines Vorgängers zu wandeln. Ich erinnere mir an dessen Stellung gegenüber dem Postaffizienten-Verband. Anfangs erklärte er, er habe garnichts dagegen, daß die Postunterbeamten sich zusammenschließen zur Vertretung ihrer Berufsinteressen. Und nun plötzlich dieses schroffe Vorgehen gegenüber dem Verbande. Dabei glaube ich nicht einmal, daß Herr v. Podbielski auf diese Weise etwas erreicht. Man kann Beamte nicht dazwischen in ihrer Privatlebensbeschränkung, es sei denn, man geht dazu über, sämtliche Postbeamten wie Husaren zu kasernieren. In der Frage der Unterdrückung der Privatposten glaubt man uns entgegengekommen zu sein. Aber für uns handelte es sich gar nicht um die Entschädigung der jeweiligen Inhaber der Privatposten, sondern wir wollten die Konkurrenz der Privatposten aufrechterhalten wissen im Interesse des Publikums.

Fräglich erscheint es mir, ob wir durch die Uebernahme des Chederverkehrs durch die Post nicht in die vom Reichstag im Interesse der Gemeindefinanz abgelehnten Postparlaffen geraten. Das muß näher untersucht werden.

Der Kreis der Vorlagen ist sehr groß und noch neue sollen hinzukommen. Aber eine vernünftige wir, sie, die die Einführung des Verprechens des Reichskanzlers auf Aufhebung des Verbindungsvertrages für Bernein darstellt. Warum liegt uns eine solche Vorlage nicht vor, wie sie jetzt von den Rational-liberalen beantragt ist? Im Handbuche, in zweimal vierundzwanzig Stunden wäre die Vorlage erledigt und angenommen. (Sehr richtig! links.)

Die Thronrede kündigt den Entwurf eines Gesetzes zum Schutze der Arbeitswilligen an. Sehr auffällig erscheint, daß diese Vorlage angekündigt wird, obwohl sie dem Bundesrathe noch gar nicht vorgelegt hat. Man kann doch nicht von der sicheren Annahme eines Gesetzes sprechen, von dem man noch gar nicht weiß, wie es aus dem Bundesrathe hervorgehen wird. Man hätte da vorsichtiger sein sollen, zumal der Gesetzentwurf schon in seiner Vorgeschichte recht merkwürdige Debatten hervorgerufen hat. Der Schutz des gewerblichen Arbeitsverhältnisses ist eine rein thatsächliche Frage, die man gar nicht derart aufbauen sollte, wie es bisher geschehen ist. Wenn man glaubt, hier ohne ein neues Gesetz nicht auskommen zu können,

so müßte man zunächst nachweisen, daß die bestehenden Strafbestimmungen hier nicht ausreichen. Dieser Beweis ist aber bisher in keiner Weise geführt worden. (Sehr richtig!)

Nun ein paar Worte zur lippischen Angelegenheit. Im Interesse des monarchischen Prinzips hätte man erwarten sollen, daß nach dem bekannten Schiedspruch des Schiedsgerichts unter Vorsitz des Königs von Sachsen die Demuthigung über die Thronfolge, die von außen hineingetragen wird, aufhören würde. Das ist leider nicht geschehen. Die Königen haben den Bundesrat angezogen, der absolut nicht zuständig ist. Anstatt ohne Rücksicht auf Schwierigkeiten (Weiterkeit) seine Unzuständigkeit sofort auszusprechen, läßt man die Sache monatelang in der Schwebe. Jetzt ist von einer reichsgesetzlichen Regelung der Thronfolgefrage die Rede. Das wäre ein unbedingter Eingriff in die Verfassung der Einzelstaaten; es wäre die Anerkennung, daß Fürstenrecht vor Landesrecht geht. Länder sind aber keine Fideikommissgüter und Völker keine Viehheerden, die nach Belieben verhandelt werden können. (Lebhafter Weisheit links.) Wenn der selige Anjage noch lebte, so sähe er sich vielleicht veranlaßt, seinem Buche über den Umgang mit Menschen ein neues Kapitel über den „Umgang mit Regenten“ zuzufügen. (Stürmische Heiterkeit links.)

Der Abg. Frihn erwähnte die Reichsverdroffenheit; ein Hauptgrund, den er nicht nannte, ist hierfür die Art, wie bei uns die Ministerverantwortlichkeit gehandhabt wird. Es erfolgen Kundgebungen des Monarchen, die durch keinen Minister gebilligt werden. Beispielsweise sehr viele Telegramme. (Große Heiterkeit.) Ich weiß nicht, weshalb man einen Unterschied macht zwischen Mittheilungen, die durch die Post, und solchen, die telegraphisch erfolgen. In einem Schreiben des Markgrafen Albrecht an den Grafen Ruzimir vom Jahre 1902 wird bereits die Ministerverantwortlichkeit als ein notwendiges Mittel bezeichnet, um die Empfindungen der Monarchen zu „monogieren“. Auch ich kann nur wünschen, daß „die Liebe und Affektion weniger monogiert“ werde als bisher, und daß liegt nicht bloß im Interesse der Öffentlichkeit, sondern auch im Interesse der Monarchen selbst.

In den Wismar-Memoiren heißt es, der Monarch, und sei es der beste und edelste, bedarf, soll er nicht gemeinlich werden, der Kritik. . . selbst die einsichtigsten und wohlwollendsten Fürsten unterliegen nur zu leicht der Ueberhebung der eigenen Einsicht. Unterdrückt man die legitime öffentliche Kritik, so entwickelt sich um so mehr die verdeckte Kritik. Die Zunahme der Majestätsbeleidigungs-Prozesse findet vielleicht auch hier ihre theilweise Erklärung. Ich appellire an den Reichskanzler, daß er seinen vollen Einfluß einsetzt, um der Ministerverantwortlichkeit diejenige Bedeutung zu geben, die er beanspruchen kann, wenn nicht unabwehrbare Zustände eintreten sollen. (Lebhafter Weisheit links. Große Unruhe rechts.)

Staatssekretär Graf Posadowski: Die kritischen Auslassungen, die wir hier vernommen haben, würden mir unerträglich sein, wenn ich nicht eine rein psychologische Erklärung für sie wählte. Unsere wirtschaftliche Lage liegt so günstig wie vielleicht nie zuvor. Industrie und Landwirtschaft sind in fortwährendem Wachsthum begriffen, unsere Arbeitslöhne steigen rapide, in der Sozialgesetzgebung sind wir allen Staaten voran. Selbst ein Staat, der uns stets als Muster vorgehalten wird in politischer, sozialer und humanitärer Beziehung, hat es nicht so weit gebracht wie wir, er hat die Frage der Invaliditätsversicherung still bei Seite gelegt. Bei uns sind freilich die Institutionen vorhanden, wie in keinem anderen Staat der Welt. (Große Heiterkeit.) Wir besitzen Rechtsgarantien, wie sie größer garnicht gedacht werden können. (Andauernde Heiterkeit.) Und trotzdem wird eine solche Kritik an uns geübt, die wir soeben gehört. Ich kann mir das nur daraus erklären, daß Leute, die objektiv keinen Grund zur Unzufriedenheit haben, dennoch subjektiv unzufrieden empfunden müssen, um ihr eigenes Wohlbehagen zu erhöhen.

Ich verleihe es nicht, wie man von Reichsverdroffenheit reden kann. Ich kann Ihnen die Versicherung abgeben, in den Kreisen der verbündeten Regierungen existirt keine Reichsverdroffenheit. (Große Heiterkeit.) Als Grund der allgemeinen Mißstimmung hat man auf unsere innere Politik hingewiesen; aber diese wird doch nicht nur von dem Reichskanzler gemacht, wir sind gebunden an die Zustimmung sämmtlicher verbündeter Regierungen. Man spricht ferner von einem Stillstand in der Sozialpolitik. Davon kann aber gar keine Rede sein.

Man kann freilich nicht erwarten, daß wir da immer in demselben jämmerlichen Tempo vorgehen, wie in den ersten Jahren, da das große Gebäude der Sozialpolitik geschaffen wurde. Jetzt gilt, das große Gebäude wohnlich, hell, geräumig und lustig auszugestalten. Sie wissen aus der Thronrede, daß Ihnen das neue Invaliden-Versicherungsgesetz zugehen wird; es sind Ihnen ferner Vorschriften zur Ausdehnung der Schutzbestimmung auf die Angestellten im Handelsgewerbe angekündigt worden. Aus den Zeitungen erfahren Sie, daß beständig neue Verordnungen erlassen werden. Wie kann man da von einem Stillstand der Sozialpolitik sprechen? Ein Kulturstaat kann die soziale Gesetzgebung gar nicht zum Stillstand kommen lassen, weil er dann in seiner geistigen Entwicklung zurückgeworfen werden würde.

Der Redner hat von der Ministerverantwortlichkeit gesprochen. Zunächst bleibt es diese im deutschen Reiche gar nicht, sondern nur eine Verantwortlichkeit des Herrn Reichskanzlers. Und Sie dürfen davon überzeugt sein, daß, wenn in diesem Punkte unabwehrbare Zustände eingetreten wären, der Herr Reichskanzler längst seine Konsequenzen aus ihnen gezogen haben würde.

Der Herr Abg. Richter hat auch von der längeren Abwesenheit des Kaisers gesprochen. Die Reise nach dem Orient diene hohen wichtigen politischen Zielen und hat auch große bedeutende Erfolge erzielt. Von einer Stellvertretung, einer Regentenschaft während der Abwesenheit des Kaisers konnte nach der Reichsverfassung nicht die Rede sein. Der Herr Abg. Richter kann auch nicht nachweisen, daß durch diese Abwesenheit irgend welche Störung in den Regierungsgeschäften eingetreten ist. Se. Majestät stand in fortwährend Verbindung mit den leitenden Persönlichkeiten; er hat auch alle wichtigen Angelegenheiten erledigt, und selbst im unwichtigen Geschäfte hat Seine Majestät während der Strapazen der Reise sich zu kümmern die Zeit gefunden. Die späte Einberufung des Reichstages hängt damit in keiner Weise zusammen. Diese ist vielmehr verursacht durch die Häufung der Geschäfte, vor deren Erledigung die Einberufung dem Kaiser nicht vorgeschlagen werden konnte. Der Etat wird immer umfangreicher, daher immer schwieriger, so daß seine Herbeiführung kaum in der Zeit zwischen dem Auseinandergehen und der Wiedereinberufung des Reichstages bewerkstelligt werden kann, zumal dazwischen auch die Urlaubspausen der Beamten fallen. Die späte Einberufung des Reichstages hat daher lediglich ihre Ursache in sachlichen Gründen der Vorbereitung des Etats und anderer wichtiger Vorlagen.

Dies ist auch die Frage der Ausweisungen berührt worden; es ist nun zweifelhaft, ob das hohe Haus überhaupt etwas damit zu thun hat. Die Ausweisungsbefugnisse stehen ja in der Souveränität jedes Bundesstaates und selbst wenn der Reichskanzler die Ausweisungen verhindern wollte, er könnte es garnicht. Was die Verhältnisse in Amerika anlangt, so habe ich, um ein Bild zu gewinnen, einen Sachverständigen dorthin geschickt, aus dessen Bericht Sie eingehender informiert werden werden.

In der Frage der amerikanischen Fleischeinfuhr wird allen Zweifeln durch einen Gesetzentwurf begegnet werden, welcher die Bedingungen, unter welchen Fleisch eingeführt werden kann, reichsgesetzlich allgemein regelt und damit jede Möglichkeit irgend eines Konflikts mit Amerika beseitigt, die irgend welche Repressalien stellt.

Ich komme nun zu dem Gesetzentwurf zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses. Der Herr Redner

hat es auffällig gefunden, daß ein solcher Gesetzentwurf angekündigt wird, ehe sich die verbündeten Regierungen über ihn schlüssig geworden sind. Ueber die Nothwendigkeit eines solchen Gesetzes sind bereits Verhandlungen mit den verbündeten Regierungen längst gepflogen, und die Regierungen sind vollkommen einig darin, daß Schutzbestimmungen gegen die Gewaltmaßnahmen gegenüber Arbeitswilligen getroffen werden müssen. Gegenüber den böswilligen Verdrehungen in der Presse bemerke ich: Es handelt sich nicht um eine Beschränkung der Koalitionsfreiheit, die soll und muß den Arbeitern erhalten bleiben, es handelt sich lediglich um den persönlichen Schutz jedes Individuums. (Weisheit rechts. Große Unruhe links.) Wir wollen nicht dulden, daß die Sozialdemokratie staatliche Zwangsbefugnisse in deutschen Reich erhält. (Große Weisheit rechts, Unruhe links.) Bei uns können Zwangsbefugnisse nur von der Regierung ausgeübt werden. (Stürmische Weisheit rechts.)

Herr Richter hat es auch für gut befunden, die lippische Frage in die Besprechung hineinzuziehen. Durch die Reichsverfassung ist dem Bundesrathe die Zuständigkeit übertragen, zu entscheiden, ob ein Streit zwischen zwei Bundesstaaten vorliege, und wie er zu schlichten sei. Damit ist den Bundesstaaten eine Art richterlicher Funktion übertragen, und wenn sie eine Entscheidung noch nicht gefällt haben, so ist das keine beabsichtigte Verschleppung, sondern eine Verzögerung, wie sie auch in bürgerlichen Streitfällen vorkommt. Eine Anzahl von Streitigkeiten ist uns erst im Laufe der letzten Zeit zugegangen und muß sorgfältig geprüft werden. Die Verzögerung ist nicht taktischer, sondern progressueller Natur. Aber eins will ich noch betonen: Der Bundesrat ist der Ansicht, daß er in dieser Frage allein zuständig sei. Ich will nicht hoffen, daß aus der Mitte dieses hohen Hauses der Versuch gemacht werden wird, in dieser Frage eine PreSSION auf den Bundesrathe auszuüben. (Große Weisheit rechts.)

Staatssekretär v. Bilow: Da ich aus dem Morgenlande komme, so will ich mich zunächst der orientalischen Frage zuwenden; sie befindet sich im großen und ganzen in einem friedlichen Stadium. Sie ist freilich noch nicht völlig gelöst, aber wir müssen doch auch unseren Kindern und Kindeskindern einige Probleme überlassen. (Große Heiterkeit.) Der Schwerpunkt liegt in dem Expansionsbedürfnis der einzelnen Balkanstaaten. Da sofort Wandel zu schaffen, käme gleich hinter der Quadratur des Kreises, Deutschland hat keine direkten Interessen im Orient und trägt daher bei seiner anerkannten Friedensliebe in sich die Garantien zur Aufrechterhaltung des Friedens im Orient. Wir haben in Konstantinopel stets Enthaltsamkeit in dem Einflusse unseres Einflusses bewahrt; und gerade darin liegt unsere Stärke; ein Einfluß auf andere Staaten kann überhaupt nur wirksam sein, wenn er mit der größten Vorsicht gehandhabt wird. Den Balkanvölkern stehen wir freundlich und ohne parti pris gegenüber. Mit Befriedigung möchte ich konstatieren, daß sich Rumänien zu einem einflussreichen Faktor im Orient entwickelt hat. Was Areta betrifft, so gilt der alte Satz, daß viele Köpfe den Drei nicht immer besserstellen. Die Orientreise des Kaisers hat ja nichts mit abenteuerlichen Plänen zu thun gehabt. Der durchaus berechtigte Wunsch der Protestanten, eine Kirche in Jerusalem zu besitzen, ist alter Natur. Der Wunsch des Kaisers, bei ihrer Einweihung zugegen zu sein, war ein Akt der Pietät gegen seinen Vorgänger und ein Akt religiöser Empfindens. Von unserer Seite ist alles vernieden worden, was das mohamedanische Empfinden hätte verletzen können. Wir bekämpfen weder im Orient noch sonstwo die französischen Interessen, erlernen aber ein französisches Protektorat über deutsche Staatsangehörige nicht an. (Bravo! im Centrum.) Es liegt uns natürlich ebenso fern, ein Protektorat über Angehörige anderer Nationen zu beantragen.

Die Ausweisungen gehören eigentlich vor das Forum des preussischen Landtages. Darüber aber kann ich sie beruhigen, unsere Beziehungen zu den Nachbarländern sind durch diese Ausweisungen nicht berührt. Die Ausweisungen sind ein Ausdruck unserer Souveränität, die wir uns von keiner Seite antasten lassen (Bravo! rechts.) Ueber einzelne Maßnahmen gegen Oesterreich sprechen unter den Diplomaten der beiden Länder freundschaftliche Besprechungen, die dem Charakter der Intimität entsprechen, die unsere Beziehungen zu Oesterreich charakterisirt. Mehr möchte ich nicht sagen, da ich glaube, daß ein Minister besser thut, kleine Differenzen zwischen zwei befreundeten Staaten öffentlich nur in verhöflichem Sinne nach reiflicher Ueberlegung und genauer Abmessung der Tragweite seiner Worte zu erörtern. (Lebhafter Bravo! rechts.)

Die Besorgnis, daß der Dreibund erschüttert ist, ist ganz unbegründet. Der Dreibund steht auf fester Basis, es ist das geschichtliche Ergebnis des Lebens dreier großer Staaten, er beruht auf klaren und einfachen Interessen. Da dem Dreibund jeder aggressive Charakter fehlt und er nur der Aufrechterhaltung des status quo dient, kommt er letzten Endes allen Völkern und der großen Sache des europäischen Friedens zu gute. (Bravo!) Doch will ich die Bemerkung nicht unterdrücken, daß es am besten ist, über solche Verhältnisse nicht zu viel zu sprechen; es geht mit den Allenzen wie mit den Dainen, die besten sind schließlich doch die, von denen nicht gesprochen wird. (Weiterkeit und Weisheit.)

Was unser Verhältnis zu England betrifft, so kann ich nur erklären, es giebt allerlei Fragen, wo wir mit England zusammengehen können ohne Schwächung unserer werthvollen Beziehungen. Es sah eben mit England Verhandlungen, aber die ich mich nicht weiter auslassen kann. Unsere strenge Neutralität im spanisch-amerikanischen Kriege wird allgemein anerkannt. Wir müßten den Dingen ihren Lauf lassen, nachdem die Besuche, dem Kriege vorzuziehen, gescheitert waren. Wir fragen nicht, wer hat recht und wer hat unrecht, mit dem Privatrecht hat die Politik nichts zu thun. Unser Verhalten hat so das Vertrauen auf die Rebligkeit und Stetigkeit unserer Politik gestärkt. Die innumergellen Verhandlungen mit Amerika, die durch den Krieg ins Stocken geraten waren, sind wieder aufgenommen worden. Auf beiden Seiten besteht der gute Wille, die freundschaftlichen Beziehungen auch auf kommerziellen Gebiete festzuhalten. Hoffen wir, daß sie zu günstigen Resultaten kommen! Ueberall suchen wir den Weltfrieden zu erhalten und auch in Zukunft wird das deutsche Volk unter Führung seines Kaisers bei voller Wahrung seiner Interessen und unserer Zukunft, die auf unserer Macht beruht — eine Macht, die das Schwert ist — niemals fehlen, wo es sich um universelle Ziele, um den Schutz des Weltfriedens handelt. (Bravo! rechts.)

Darauf wird die Weiterberatung bis Dienstag 1 Uhr verlagt. Schluß 3/4 Uhr.

Der Heilbronner Wahl-Krawall vor dem Schwurgericht.

Ueber die Verhandlungen vom Sonnabend erhalten wir folgende Mittheilungen: Die Beweisaufnahme wird fortgesetzt; erster Zeuge ist der so sehr beliebte Oberbürgermeister Hegelmaier, der seinem Sozialistenhag in folgender Zeugnisaussage gründlich Luft macht:

Vorl.: Erzählen Sie, was Sie vom Wahlabend des 24. Juni wissen. — Zeuge: Ich kam nachmittags um 3 Uhr von der letzten Wahlreise zurück und begab mich nach der Polizeiwache, um den Polizei-Inspektor zu veranlassen, für den Abend Vorkehrungen zu treffen. Ich hatte die Aufstellungen vorausgesehen. Abends kam ich aus der „Harmonie“. Der Marktplatz war schon ganz voll, es wurden sofort Schimpfworte gegen mich laut. Ein junger Mann packte mich am Hals; es war nicht weit von der „Harmonie“ — und ich mußte ihn mit meinem Stod einen gehörigen Hieb über das Gesicht geben, daß er mich losließ und in der Menge verschwand. Auf dem Markt herrschte ein Heidenlärm, es waren Aufstellungen der größten Art, wie ich sie in Zeiten der Zeiten nicht erlebt habe. Auf der Polizeiwache fand ich die

Zur Reform des städtischen Armenwesens

hat Stadtrat Münsterberg, der neue Vorsitzende der Armen-
direktion, in der letzten Versammlung der Armenkommissions-Vor-
sitzer auf eine ihn betreffende Anrede des Vorsitzenden dieser Ver-
sammlung erklärt, er habe nicht die Absicht, plötzliche
Reuerungen einzuführen; wo das jetzige System den
modernen Ansprüchen nicht genüge und reformbedürftig sei, müsse
es umgebildet werden, doch seien neue Wege nur
sehr langsam und vorsichtig zu suchen. Bei
den geschäftlichen Verhandlungen der Versammlung hat
Herr Münsterberg dann, in die Debatte eingreifend, einige weitere
bemerkenswerte Äußerungen, die eine eigenartige Ergänzung seines
in den obigen Worten aufgestellten Programms bilden. Ein Armen-
kommissions-Vorsitzer sagte darüber, daß Personen, die am ersten
Tage des Monats das Almosen erheben, schon einige Tage darauf im
Ablauf Aufnahme finden und hinterher bei der Entlassung eine Miet-
unterstützung erhalten. Herr M. versprach Abhilfe und bat um Mitteilung
besonders schlimmer Fälle an die Armenverwaltung. Im Laufe der Debatte
überrückte Münsterberg die Armenverwaltung. Er sprach sich für eine
Ausnahme aus der Regel, daß die Entlassung eine Miet-
unterstützung erhalten. Herr M. versprach Abhilfe und bat um Mitteilung
besonders schlimmer Fälle an die Armenverwaltung. Im Laufe der Debatte
überrückte Münsterberg die Armenverwaltung. Er sprach sich für eine
Ausnahme aus der Regel, daß die Entlassung eine Miet-
unterstützung erhalten. Herr M. versprach Abhilfe und bat um Mitteilung
besonders schlimmer Fälle an die Armenverwaltung.

Polizeiliche Vorführung von Schulkindern.

In der letzten
Versammlung der Schulkommissions-Vorsitzer teilte der Vorsitzende
den Inhalt eines Schreibens des Polizeipräsidenten mit, welcher dar-
über lautete, daß das Polizeipräsidium bereit sei, durch den gewöhnlichen
Besuch bei Vorführung der säumigen Schulinder durch Schulleute
nach wie vor mitzuwirken, vorausgesetzt, daß alle übrigen Mittel sich
als wirkungslos erwiesen haben. Es empfiehlt sich zur Vereinfachung
des Verfahrens, die bezüglichen Besuche direkt an die Polizeireviere
zu richten, da dieselben angewiesen seien, denselben sofort Genüge
zu leisten. Hoffentlich macht die Schulkommission von diesem Mittel
nur im äußersten Notfall Gebrauch.

Stipendien für junge Handwerker etc.

Die im Jahre 1881
gegründete Stipendium der Berliner Gewerbe-Ausstellung im
Jahre 1878" verwendet die Rinsen von 300 000 M. zu Beihilfen an
die der Industrie und dem Gewerbe sich widmende Jugend behufs
Anweisung einer gediegenen geotechnischen und kunstgewerblichen
Ausbildung für ihren Beruf. Gefuche um Gewährung solcher Be-
hilfen sind nur in der Zeit vom 1. Januar bis 1. Februar jeden
Jahres an das Kuratorium der Stiftung der Berliner Gewerbe-
ausstellung im Jahre 1878", Stralauerstr. 3-6, 1. Et. recht,
Zimmer Nr. 4, schriftlich einzureichen unter Beifügung des Lebens-
laufs, eines polizeilichen Führungsattestes, der Schulzeugnisse und
sonstiger Zeugnisse des Lehrherrn bezw. Arbeitgeber des Antrag-
stellers. Die etwa außer der genannten Frist eingehenden Gefuche
können nicht berücksichtigt werden.

Die erste Serie der Berliner Hochschulkurse hat, wenn wir

nicht irren, mit den Vorlesungen am Freitag ihren Abschluß erhalten.
Es war uns nicht möglich, jeden einzelnen Kursus bis zum Schluß
zu besuchen, wir beschränkten uns deshalb auf zwei, von welchen in
dem einen ein volkswirtschaftliches, in dem anderen ein juristisches
Thema zur Behandlung aufgestellt war. Des Vortragszyklus des Herrn
Prof. Schmöller ist bereits Erwähnung geschehen; es sei uns für
heute gestattet, über die Vorträge des Herrn Prof. Kahl noch
einiges zu sagen. Der Herr Professor sprach über die deutsche
Rechtsverfassung und entledigte sich seiner Aufgabe, soweit es
sich darum handelte, in populärer Weise dem Zuhörer ein trodenes
juristisches Thema zum Verständnis zu bringen, mit vielem Geschick.
Das Thema konnte natürlich in den sechs Vorträgen nicht erschöpfend
behandelt werden und so entstand manche empfindliche Lücke.
Diese Mängel mußten leider um so härter hervortreten, als der
Vortragende sich mit Vorliebe geschäftlicher Exkursionen hin-
gab, die in Form und Inhalt mehr den Bedürfnissen eines kon-
servativen Bürgervereins angepaßt waren, als den Ansprüchen, die
man an einen Hochschulkursus richtet. Geradezu peinlich empfanden
es einige Zuhörer, in welcher Weise Herr Professor Kahl seine
persönlichen Eindrücke, die er als Offizier des Jägerbataillons bei
der Belagerung von Paris seinerzeit aufgeschrieben hatte, zum Vor-
trag brachte. Diese Dinge standen nur in sehr losem Zusammen-
hange mit dem eigentlichen Thema. Die etwas schwärmerisch ge-
haltenen Aufzeichnungen eines jungen Offiziers mögen in einer Unter-
haltungs-Literatur für Pensionatsdomen eine Stelle finden, für ernste
Männer sind solche Jünglingsphantasien aber kein Stoff der
Belehrung. Diese temperamentvollen Schilderungen, die sich oft
stark im politischen Fahrwasser bewegten, drachten es mit sich, daß
an den Vortragenden auch manche verhängliche Fragen gelangten,
denen schwer zu entgehen war. So z. B. wollte die „Pippische
Frage" nicht verschwinden, auf die nach der einen Seite hin der Vor-
tragende eine Verantwortung absehte. Wir haben dagegen nichts
einzuwenden, es ist aber notwendig, daß dann vom Redner selbst
eine weise Beschränkung auf politischem Gebiet geübt wird. Wir
sind auch der Meinung, daß die patriotische Freude, die der Herr
Prof. Kahl, wie er sich ausdrückte, mit seinen Vorträgen am deutschen
Vaterlande erwecken wollte, von dem löblichen Grundsatze streng
wissenschaftliche Forschungen vorzutragen, etwas abseits liegt.
Solche kleinen Uebel, die zu erwarten waren, können
natürlich das Gesamturteil über die Hochschulkurse nicht
erschüttern. Ihre Errichtung entsprach einem langst empfundenen
Bedürfnis, und dem Bildungsdrange weiter Schichten der Bevöl-
kerung kam bei dem weiteren Ausbau dieses Instituts nach vielen
Seiten Befriedigung gewährt werden. Und wenn schließlich Herr

Mannschaft viel zu gering, man ersuchte mich, Militär zu requirieren,
da schon Steine nach dem Rathaus gestossen seien. Ich hörte, auch
Kittler habe vor meiner Ankunft eine Rede gehalten, angeblich
um die Leute zu beruhigen, in Wahrheit hatte die
Rede nur aufheugend gewirkt. (.) Um nicht sofort Militär zu
requirieren, setzte ich den Feuermelder in Bewegung. Die Wehr kam
und es gelang ihr allmählich, zwei Hydranten aufzumachen. Jetzt
kam ein Steinhaufen von der „Rose", man glaubte, daß aus Karäidischen
geschossen würde. Plötzlich wurde das Spritzen eingestellt, ich will
mich nicht weiter darüber auslassen, von wem.
Wenn noch ein dritter Hydrant aufgemacht worden wäre,
wäre doch der Marktplatz geräubert worden. So mußte ich jetzt
das Militär holen. Als Ursache für die Kravalle sehe ich einmal
die schwache Besetzung der Polizeiwache an, dann aber mache
ich das sozialdemokratische Wahlkomitee für den
Kravall verantwortlich. Wer weiß, wie die Menge
systematisch aufgehetzt worden ist durch Wahl-
reden, durch Flugblätter, wird mir recht geben. Solche
Dinge müssen ja bei Leuten, denen die richtige Beurteilung fehlt, solche
Folgen zeitigen. Ich stehe nicht an, dieser meiner Ueberzeugung hier an
öffentlicher Gerichtsstelle Ausdruck zu geben. — Verteidiger
Dr. Erlanger: Sind dem Zeugen sonst tatsächliche
Momente bekannt geworden, die ihm die Ueberzeugung beigebracht
haben, daß das sozialdemokratische Wahlkomitee Schuld an dem
Kravall sei, ist ihm nicht bekannt, daß sowohl Kittler wie der Rosen-
weith Schächler Beruhigungsreden gehalten haben? —
Zeuge: Das ist ja immer so: erst hetzt man die Leute
auf, dann, wenn man ihrer nicht mehr Herr ist, sucht man zu
beruhigen. Die erste Rede Kittlers hat, wie mir gemeldet
wurde, direkt aufreizend gewirkt. — Dr. Erlanger: Mühten
Sie sich nicht sagen, daß das Spritzen völlig unzuver-
lässig ist, die Rücksichtenden, die nicht weg können,
werden am empfindlichsten getroffen, die hinten stehenden
werden kaum gestört. Zeuge: Wer bei solchem Kravall vorn steht,
dem geschieht recht, wenn nicht ihm gemacht wird, was ihm
gehört. — Dr. Erlanger: Er kam doch nicht fort. Noch
eine Frage: Sie erzählten von einem Schläge, den Sie bekommen
haben. Ist das der Schlag, den Sie von Ihrem Freunde, dem
Schultheiß von Ahlstedt erhalten haben? (Heiterkeit.) — Zeuge:
Nein! das war ein anderer. — Verh. Dr. Erlanger: Wollten
Sie sich über den Freundeschlag noch etwas näher auslassen,
er scheint mir die Haupttatsache gegen Sie darzustellen. (Heiterkeit.) —
Zeuge: Ja, es war ein Mißverständnis, der Schultheiß hatte
einen Schlag bekommen und ließ nun um sich und traf dabei mich.
Ich bin gewohnt, jeden, der mich haut, wieder-
zubauen, und so bekam der Schultheiß auch von mir einen
Schlag. Die Identität des Schultheiß wurde schon an der Polizei-
wache festgestellt und der Herr Schultheiß hat mich dann um Ver-
zeihung gebeten. — Verh. Dr. Erlanger: Durch das Bureau
Neuer sind alarmierende Nachrichten über erhebliche Verletzungen
beim Kravall verbreitet worden. Wiffen Sie, wer diese Nachrichten
verbreitet hat. — Zeuge: Nein. — Verh. Dr. Erlanger:
Wiffen Sie, daß durch Ihr Erscheinen auf dem Markt der Lärm
nur größer geworden ist? — Zeuge: Ich habe den Lärm
vorher nicht gehört und kann das nicht beurteilen.

Es werden sodann eine Anzahl Feuerwehrlente ver-
nommen, die aber in der Angelegenheit nichts wesentlich neues zu
bekunden wissen.

Dem Verhör Hegelmaier's ist noch hinzuzusetzen: Verteidiger
Dr. Erlanger: Der Herr Ober-Bürgermeister hat vorhin gesagt,
er wolle sich nicht äußern darüber, weshalb das Spritzen plötzlich
eingestellt worden ist. Ist ihm nicht bekannt, daß sein Vor-
gelehter, der Regierungsrat Maier befohlen hat, das Spritzen ein-
zustellen? Zeuge: Gewiß, weiß ich das. Ich bin nur der
Ueberzeugung, daß ich der Menge Herr geworden
wäre, wenn ich noch den dritten Hydranten in
Bewegung gesetzt hätte. — Verh.: Das ist eben
Anfichtsache. Wiffen Sie, daß der Wirth Schächler erheblich verlegt
worden ist? — Zeuge: Ich weiß nur, daß er einen Steinwurf
erhalten hat, der eigentlich mir zugehört gewesen ist.

Die Aussage des Richters der Rathscheller-Wirtschaft bietet
nichts von Belang; ebenso fügen die Aussagen verschiedener Ankläger
des Herrn Hegelmaier dem Bild keine neuen Striche hinzu. Beachtens-
werth ist folgende Aussage: Zeuge Weingärtner Dr. A. u. b. belundet, daß
Rufe ertönt seien gegen Hegelmaier wie „Vrottertheurer", „San-
Bauernbändler" etc. Einen Schußmann, der vor dem Rathaussteller
mit gezogenem Säbel stand, habe man hineinzu drängen versucht.
Sein Schwager habe ihn schon nachmittags erzählt, er habe gehört,
daß abends der Rathscheller demolirt werden solle, wenn
Hegelmaier gewählt würde. Die Steine seien seiner
Ansicht nach aus der „Rose" herausgeworfen worden, er könne es aber
nicht sagen. In solchen Momenten müsse man flüchten, um sich das
Leben zu sichern.

Zeuge Kaufmann Freihardt bezeichnet die Aufseher als
junge und ganz junge Leute. Es hat einen Steinwerfer
aus dem hinteren Hofe der „Rose" herauskommen sehen, ob der
Berfer wieder in die „Rose" zurückgegangen ist, weiß Zeuge nicht.

Am Montag früh 10 Uhr soll die Beweisaufnahme fortgesetzt
werden.

Eine Kreisconferenz für den Wahlkreis Leitow - Beeskow -
Storkow - Charlottenburg

tagte am Sonntag im Lokale von Jubel in Berlin. Besucht war
die Konferenz von 47 Delegirten aus 18 Orten. Außerdem waren
anwesend: Der Abgeordnete des Kreises, der Kreisvertrauensmann
und dessen Stellvertreter, das Central-Wahlkomitee und die Kreis-
kommission, sowie ein Mitglied der Agitationskommission für die
Provinz Brandenburg. Nach der Konstituierung des Bureau's, in das
die Genossen Hoppe, Baier und Vorhauer gewählt wurden, und der
Wahl einer Mandats-Vollzugskommission, berichtete Köster über
die Verhandlungen auf der Brandenburger Provinzial-Konferenz.
Er verwies darauf, daß die Anträge des Kreises bezüglich der Er-
weiterung der Agitationskommission für die Provinz Brandenburg
durch je ein Mitglied des Zellerow und Niederbarnimer Kreises, sowie
die Einberufung einer Gemeindevertreter-Konferenz die Zustimmung
des Brandenburger Parteitages fanden. Die Verhandlungen be-
zeichnen er als sehr befriedigend und wünscht, daß den Wünschen
der Provinzialkonferenz entsprechend bei der Agitation auch in diesem
Kreise die polnische Arbeiterbevölkerung beschäftigt werde. Hierauf gab
Jubel den Bericht über den Stuttgarter Parteitag. Er erinnerte
an die Diskussion über die Taktik der Partei und gab der Meinung
Ausdruck, daß die Ansichten Heine's und Bernstein's, wie
dies auch auf dem Stuttgarter Parteitag zweifellos zum Ausdruck
kam, keineswegs die maßgebenden in der Partei seien. Die
Kompensationspolitik, die angeblich zur Dampfsubvention von
Engels in Vorschlag gebracht wurde, unterschiede sich sehr wesentlich
von der, die Heine befürwortet habe. Die Demokratisierung des
Bürgerthums schreite durchaus nicht vorwärts, wie von einem Theil der
Parteiliegenoffen angenommen werde, sondern, wie die verschiedensten
Vorstellungen der letzten Zeit zur Genüge lehren, ist das Bürger-
thum reaktionärer geworden. Eine demokratische Regierung könne
also nur aus der Arbeiterklasse hervorgehen, bei der dann aber die
in Aussicht gestellte Kompensationspolitik überflüssig sei. Jeder
anderen Regierung Kanonen für Volkrechte zu bewilligen, sei sehr
gefährlich, da sie nicht die Gewähr biete, daß nicht die bewilligten
Kanonen dazu benutzt werden, um die Ausföhrung der gewährten
Volkrechte zu verhindern. Nachdem der Redner sich zur Jöspolitik
äußerte, wobei er anführte, daß die Sozialdemokratie bei
dem Abschluß der Handelsverträge mit Entschiedenheit für die
Herabsetzung der Zölle, insbesondere der auf Lebensmittel, ein-
treten werde, wendete er sich der Frage der Landtagswahlen zu und
meinte, daß durch den Ausfall der Wahlen zum preussischen Landtage
auch die energiegeldesten Anhänger der Wahlbeteiligung die Lust für
eine weitere Beteiligung verloren hätten. Auch durch die jüngsten
Vorstellungen in Reichstagsgelegenheit der Bureauwahlen sei die
Begeisterung bei denjenigen, die noch an eine bürgerliche Demokratie
glaubten, der man bei den Landtagswahlen die Unterstützung zu theil

werden lassen müsse, geschwunden. Denn lediglich durch das Ver-
halten der Freimüthigen, von denen zweifellos einheitlich die weichen
Stimmzettel abgegeben seien, wurde sowohl die Wahl Singer's als
auch Schippel's zu Fall gebracht. Der Redner verwies sodann darauf,
daß von dem Parteitag der Agitation zahlreiche Anträge überwiegen wurden
und die Agitation bereits auch mehrere Anträge an den Reichstag eingereicht
hat. Am Schlusse seiner Ausführung sprach der Redner den Wunsch
aus, daß die auf dem Stuttgarter Parteitag behandelten Fragen
recht eingehend in den Wahl- und Arbeiter-Bildungsvereinen erörtert
werden mögen. Eine Diskussion wurde über diesen Bericht von den
Delegirten der Konferenz nicht beliebt. Die Abrechnung des Central-
Wahlkomitees von der letzten Reichstagswahl, die den Delegirten
gedruckt vorlag, wies eine Gesamteinnahme von 12 833,46 M. und
eine Gesamtausgabe von 12 417,46 M. auf. Der Kreis-Ver-
trauensmann Eberhardt, der bekannt gab, daß ihm in der Zeit
des Wahlkampfes eine große Anzahl anonymer Zuschriften zu-
gegangen sind, die eine recht niedrige und schmutzige Kampfweise
der Gegner offenbaren, kritisirte das gekehrte Vorgehen
einiger Wahlvorsteher, die unsere Genossen aus dem Wahl-
lokale vertrieben, und sonstige Vorkommnisse. Gleichzeitig ersuchte er,
in den einzelnen Orten dafür zu wirken, daß in Zukunft genügend
Kräfte zur Bewältigung der Wahlarbeiten vorhanden sind. Bei der
letzten Wahl hat das Komitee noch im letzten Augenblicke ca. 180 Mann
zur Verfügung gestellt, aber mit einigen davon recht schlechte Er-
fahrungen gemacht, was für später vermieden werden müsse. Das
Central-Wahlkomitee wurde sodann auf Antrag des Revisoren
Peters entlassen. Nach einem kurzen Bericht über die Thätigkeit
der Prehkommission, den Jungandreas, Nizdorf und Görke,
Charlottenburg erstatteten, entspann sich eine lebhaft Diskussion.
Dähnel-Brig führt Beschwerde, daß die eingesandten Ver-
sammlungsberichte von den Vereinen sowie von den öffentlichen
Versammlungen aus den Vororten von der Redaktion des „Vor-
wärts" sehr gekürzt werden und meistens sehr spät oder
auch gar nicht gebracht werden. Eine von Brig ein-
gegebene Notiz für den lokalen Theil wurde ebenfalls nicht
aufgenommen. Er bestritt einen Antrag, nach welchem der
„Vorwärts" den Verhältnissen in den Vororten mehr Rechnung
tragen solle. Schneider-Adlershof ist gleichfalls der Meinung,
daß die Interessen der Vororte vom „Vorwärts" zu wenig gewürdigt
werden. Hoppe-Nizdorf hält eine größere Berücksichtigung der
Vororte im „Vorwärts" ebenfalls für nothwendig. Jubel hofft,
daß schließlich doch wieder die Interessen der Vororte durch ein
eigenes Organ vertreten werden, weil der „Vorwärts" für die
Vororte durchaus nicht genügt. Der Redner bestritt in längeren
Ausführungen, daß dem „Vorwärts" wenigstens einmal in der
Woche eine besondere Beilage für die Vororte beigegeben
wird. In dieser Beilage sollen gute Auszüge über die Verhand-
lungen der Gemeindevertretungen enthalten sein und über alle
örtlichen Angelegenheiten berichtet werden. Der lokale Theil für
Berlin könnte durch Begreifung unwichtiger Dinge beschränkt
und dafür die Vororte berücksichtigt werden. Görke bemängelt, daß die
hier von verschiedenen Seiten vorgebrachten Beschwerden über den
„Vorwärts" nicht der Prehkommission unterbreitet worden sind und
weist im weiteren wiederholt auf die technischen und finanziellen
Schwierigkeiten hin, die den Wünschen der Genossen
aus den Vororten entgegenstehen. Scharnberg, der sich für
den Antrag von Jubel ausspricht, giebt der Meinung Ausdruck, daß
die bemängelte Berichterstattung auf die schlechte Abfassung der Be-
richte seitens der vielfach ungebildeten Schriftführer von den betreffen-
den Versammlungen zurückzuführen sei. Baier verweist darauf,
daß dadurch, daß der „Vorwärts" die örtlichen Angelegenheiten zu
wenig behandelt, auch die Agitation sehr erschwert wird. Zu diesem
Punkte äußern sich noch Köster, Klein-Nizdorf und mehrere
andere Redner, die alle der Meinung sind, daß der „Vorwärts" den
Vororten mehr Rechnung tragen müsse. Der Antrag der Brig
Genossen, daß die Prehkommission dafür eintreten solle, daß der
„Vorwärts" die Interessen der Vororte mehr als bisher berücksichtigt
und der Antrag von Jubel, daß dem „Vorwärts" mindestens einmal
wöchentlich eine Beilage für die Vororte beigegeben wird, gelangten
hierauf einstimmig zur Annahme. In die Prehkommission wurden,
nachdem Görke und Jungandreas eine Wiederwahl abgelehnt hatten,
Otto Klein, Nizdorf, Kaiser Friedrichstr. 236 und S. Köster,
Schöneberg, Koburgstr. 5, delegirt. Als Mitglied der Agitations-
kommission für die Provinz Brandenburg wurde Schnell,
Charlottenburg, Nismarktstr. 44, Quergeb. III, gewählt. Der von dem
Vertreter der Brandenburger Agitationskommission Genossen
S. u. f. eingehend begründete Antrag: der Kommission pro
Jahr 500 M. zu überweisen, wurde von der Konferenz abgelehnt,
und nachdem Jubel, Eberhardt und Passich auf die
Schwierigkeit bei der Agitation im Kreise hingewiesen,
die außerordentlichen Kosten veranlassen, welche von dem Kreis
selbstständig aufgebracht werden, wurde der Kommission
ein jährlicher Beitrag von 150 M. bewilligt. Als Mitglied der
Vollauskommission wurde hierauf Wilh. Kraft, Nizdorf, Schönweider-
str. 9, Quergeb. 3, 2, gewählt. Unter Kreisangelegenheiten wurde
von Köster der Wunsch geäußert, daß die am 3. Weidnachtsfest zu-
sammen tretende sozialdemokratische Gemeindevertreter-Konferenz ihre
Tagesordnung erweitere. Und zwar soll über die Taktik in den
kommunalen Angelegenheiten berathen und über Mittel und Wege
diskutirt werden, wonach eine bessere Publikation über die Thätigkeit
der Gemeindevertreter im Interesse der Wähler, ermöglicht wird.
Meinung wünscht ferner, daß die Delegirten zur Gemeindevertreter-
Konferenz erkundt werden sollen, die in den einzelnen Orten bei den
Gemeindevertreter-Wahlen herausgegebenen Flugblätter der Konferenz
zu unterbreiten. — Nachdem Jubel mitgetheilt hatte, daß die
Beratung der der vorigen Konferenz beschlossenen Vorläufe
noch nicht erfolgen konnte, weil trotz aller Bemühungen das Material
über das genaue Stimmverhältniß im Kreise von den Jahren
1887 und 1890 noch aussteht, wurde beschloffen, noch bis Neujahr
zu warten und der gewählten Kommission aufgegeben, die Vorläufe
dann aber unter allen Umständen fertig zu stellen. — Ein Antrag
der Charlottenburger Genossen, die Kosten der Delegationen zu allen
Kreisangelegenheiten nicht mehr den einzelnen Orten zu überlassen,
sondern vom Kreise zu decken, wurde nach kurzer Begründung durch
Sellin einstimmig angenommen. Als Zeugniser wurden zwei
Mark festgesetzt und ferner soll den Delegirten das Fahrge-
d er sei werden. In längeren Ausführungen bestritt sodann
Jubel die Verbreitung der von der „Brandenburger Zeitung" ge-
planten Wochenansage im Kreise. Er erinnerte daran, daß sich die
„Wahl-Zeitung", gelegentlich der letzten Reichstagswahl sehr gut be-
währt habe, daß insbesondere das Wochenblatt „Der arme Teufel"
sehr gut gewirkt und sich in kurzer Zeit einen sehr großen Leserkreis
verschafft habe. Ein solches Wochenblatt, das allerdings nicht mehr
als 5 Pf. pro Nummer kosten dürfe, die örtlichen Angelegenheiten
im Sinne der Sozialdemokratie behandle und in jeder Weise
populär geschrieben sei, würde zweifellos, wenn die Kosten dafür
thätig sind, bald Eingang bei der ländlichen Bevölkerung finden.
Dadurch werde ein geistiges Uebelgüth für den ganzen Kreis
geschaffen, die Bevölkerung auf dem flachen Lande mit den Ideen
des Sozialismus eher vertraut werden und die Agitation wesentlich
erleichtert und sich auch billiger gestalten. Nachdem sich mehrere
Diedner in ähnlicher Weise geäußert hatten, stimmte die Konferenz
den Ausführungen Jubel's, das geplante Wochenblatt auch in diesem
Kreise einzuführen, zu. Nachdem noch bestimmt worden war, daß
Schöneberg, Schmarpendorf und Mariendorf die Wahl der
Revisoren vorzunehmen haben, wurde beschlossen, daß über die
Verhandlungen der Kreisconferenz ein Protokoll zu
führen ist, das in der darauffolgenden Konferenz zur
Verlesung gelangt. Nach Erledigung einiger weiterer Punkte wurde
von neuem darauf hingewiesen, daß die Delegirten nach dem
Organisationsstatut politisch organisiert sein müssen, daß es aber
auch ihre Pflicht ist, der Berufsorganisation, wenn eine solche be-
steht, anzugehören und für dieselbe zu wirken. Hierauf war die
Tagesordnung erledigt und wurde die Konferenz vom Vorsitzenden
Genossen Hoppe, nachdem er noch für eine recht rego Beteiligung
im Interesse der Partei plädirte hatte, mit einem Hoch auf die
internationale Sozialdemokratie, in das die Delegirten begeistert
einstimmten, geschlossen.

Prof. Kohl in seinem Schlusswort sehr entschieden gegen den in einem kleinen Teil der Presse erhobenen Vorwurf, die Lehrer der Hochschule seien von einer Bildungsheuschrecke befallen, Protest erhob, so finden wir diese Abwehr sehr berechtigt. Mit solchen von der reaktionären Presse besetzten Unterstellungen kann man jede Befreiung unserer Schulwesen bekämpfen. Aber gerade auf dem Gebiet der Schule sieht es bei uns sehr trübe aus, und es ist deshalb freudig zu begrüßen, daß die ersten Versuche mit den Hochschulklassen geplant sind und trotz der vielen Anfeindungen zur weiteren Ausführung kommen.

Zur Kennzeichnung des sittlichen Abwands, auf dem ein Teil unserer Gegner steht, mag folgende amüsante Auslassung der „Deutschen Tageszeitung“ dienen: „Der sozialdemokratische Parteitag für Brandenburg hat das Zusammenziehen der sozialdemokratischen Gemeindevorsteher der Provinz beschloffen. Dies wird am dritten Weihnachtstage in einer Kneipe in Berlin erfolgen. Dazu haben die leitenden Genossen einen Programm-Entwurf hergestellt, der manches Interessante bietet. So fordert der Entwurf u. a. Erziehung von Schulkinder zu Verpflegung der Schulkinder. Wir wundern uns wirklich, daß nicht völlige Verpflegung und freie Wohnung für die Kinder gefordert wird, die ja bei dem mangelnden Familienleben den Genossen doch nur eine Last sind. Selbstverständlich werden auch sonst die weitgehendsten Wünsche laut. Die Abneigung gegen jede behördliche Beaufsichtigung zeigt sich bei der Forderung der Erziehung von Asilen und Wärmehallen ohne polizeiliche Kontrolle. Der Erfolg der Durchführung dieser Forderung wäre selbstverständlich die Ansammlung eines Zanbagels in Berlin, die aller Beschreibung spotten würde.“ — Was soll man vom Dingen anderes verlangen als Kindfleisch und vom notleidenden Schnaps-junker anderes als Röhheit?

Das Komitee zur Errichtung eines Denkmals für die Märzgefallenen ersucht uns, folgenden Aufruf zu veröffentlichen: Das Komitee hat beschloffen, zum 18. März d. J. eine Darstellung der Kämpfe um das Denkmal vom Jahre 1848 bis heute in Form einer Broschüre erscheinen zu lassen. Dieselbe soll den Titel führen: Die Kämpfe um ein Denkmal 1848—1898. Ein Beitrag zur Kultur und Sittengeschichte unserer Zeit. Ein Denkmal für die Märzgefallenen. Im Auftrage des Denkmals-Komitees bearbeitet von Heinz Krieger. Wir glauben damit eine uns obliegende Pflicht gegenüber der Defensivität zu erfüllen. Gleichzeitig bitten wir alle diejenigen, welche noch Sammelisten und Beiträge für das Denkmal in Händen haben, beides gefälligst alsbald unserem Schatzmeister Herrn Direktor Moritz, Berlin C., Klosterstraße 79 III, einzufenden, damit wir öffentlich Rechnung legen und einen Beschluß über die Verwendung der noch vorhandenen Mittel herbeiführen können.

Eduard Müllerhadt ist am Sonntag Nachmittag im Alter von 71 Jahren gestorben. Der Verstorbene, von Beruf Zigarrenarbeiter, war namentlich in Arbeiter-Sängerkreisen eine allbekannte Persönlichkeit. Die Beerdigung findet morgen, Mittwoch, nachmittags 8 Uhr, von der Leichenhalle des Elisabeth-Kirchhofes in der Prinzen-Allee statt.

Die Wärmehallen in den Stadtbahnhöfen am Alexanderplatz sind am Montag Morgen um 7 Uhr wieder geöffnet worden. Das trotz der milden Witterung die Eröffnung ein Bedürfnis war, zeigte der Besuch. Um 9 Uhr hatten sich schon rund 500 Gäste eingefunden. Nach einer kleinen Stärkung entfernten sich die meisten bald wieder. Am Mittag herum waren vielleicht noch 100 Personen da.

Nähezu an Erpressung grenzt ein Versuch, den ein Hausbesitzer gemacht hat, um einen Mieter zu veranlassen, durchaus berechnete Ansprüche dem Hausbesitzer gegenüber stellen zu lassen. Ein Arbeiter mietete in Noabit eine Wohnung zum 1. Oktober mit der ausdrücklichen Bedingung, daß ihm auch ein Boden- und ein Kellerraum zur Verfügung gestellt würde. Diese Bedingung ist auch schriftlich in den Mietvertrag aufgenommen. Vertrauensvoll bezahlte der Mieter beim Einzug am 1. Oktober die volle Miete, trotzdem ihm Keller und Boden nicht sofort zugeteilt wurden. Da er trotz mehrfachen nachdrücklichen Mahnens auch bis zum 1. November die ihm vertragmäßig zustehenden Nebenräume nicht erhielt, machte er einen Abzug an der Miete, was zur Verweigerung der Annahme der gekürzten Miete seitens des Verwalters führte. Die Dezembermiete wurde gegen den Willen des Miethers als Novembermiete gebucht. Einen Keller hat er inzwischen angewiesen erhalten; auf sein Verlangen nach einem Bodenraum erhielt er folgende Zuschrift: „Hierdurch weise ich Ihnen mit, daß, wenn Sie nicht bis morgen Abend 7 Uhr die Miete für Dezember 1898 bei Herrn Verwalter . . . voll und ganz bezahlt haben, ich sofort an Herrn Direktor . . . bei . . . beschwerdeführend über Ihre unterlassene Zahlung schreiben werde. Die unangenehmen Folgen für Sie werden Sie wohl kennen.“ Also anstatt den zivilrechtlichen Streit mit seinem Miether von dem Gericht entscheiden zu lassen, klettert der Hausbesitzer seinem Miether eine — noch dazu der Wahrheit nicht entsprechende Demütigung bei seinem Arbeitgeber in Aussicht. Der Name des edlen Hausbesizers in Noabit ist im Bureau des Vereins Berliner Wohnungsmiether, Solmsstr. 30, beim Amtmann Wahrsfeldt zu erfahren.

Der gestrige „silberne“ Sonntag ist verregnet. Das leidlich gute Wetter am Vormittag hatte zwar in den Mittagstunden viele Landleute nach Berlin geführt, der für den Nachmittag erhoffte Nachschub aus der näheren Umgebung blieb aber aus. Das Berliner Publikum hielt sich sowohl in Schau- wie in Kauflust sehr zurück, gekauft wurde in größerem Umfang, eigentlich nur von Leuten z. B. die Weihnachtsgeschenke in die Heimath senden wollten und den gestrigen Sonntag benutzen mußten. Im allgemeinen erreichte das gestrige Geschäft kaum die Höhe des „kupfernen“ Sonntags.

Kirchliches. Ahermals ist in unserer glaubenslosen Wästenei am Sonntag ein neues „Gotteshaus“ eingeweiht worden; diesmal in Charlottenburg. Die Einweihung der neuen „Trinitatskirche“ fand unter dem üblichen militärischen Gepränge in Gegenwart des Kapellmeisters statt. Der Altartisch ist von der Firma S. J. Israel gestiftet worden. — Ein Gerücht, daß die Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche durch bedenkliche Risse gefährdet sei, welche sich an den Fundamenten des Hauptturmes zeigten, war, der Charlottenburger „Neue Zeit“ zufolge, in den letzten Tagen verbreitet, hat sich jetzt aber als grundlos herausgestellt. — Die nicht ganz neue Meldung, daß namentlich die evangelische Kirche im allgemeinen zahlreiche Risse zeigt, ist aus guten Gründen nicht dementirt worden.

Ein neues Liebedrama. Ein Mord- und Selbstmordversuch auf offener Straße ereigte Sonntag Mittag im Südosten der Stadt großes Aufsehen. Es handelt sich wieder um eine Liebesgeschichte. Der 17 Jahre alte Handlungsgehilfe Johannes Witte, der bei seiner Mutter in der Rannysstraße 20 wohnt, lernte in der Langhans die 16 Jahre alte Verkäuferin Rosa Neumann aus der Annenstraße kennen und verliebte sich in sie. Rosa Neumann nahm seine Reizung niemals ernst. Die Liebesgedanken machten den jungen Mann so nachlässig, daß er seine Stellung in einem Schreibmaschinengeschäft in der Leipzigerstraße verlor. Sonntag in der ersten Stunde erwartete er seine Geliebte. Diese kam auch, erklärte ihm aber ungewissenhaft, daß sie ihn nicht möge. Danach ging sie mit ihm nach dem Kaiserplatz. Hier promenierte das Pärchen bis um 12 Uhr an der Emmausstraße auf und ab. Witte erklärte seiner Geliebten, daß er sie und sich auf der Stelle niederschlagen werde, wenn sie seine Liebe auch fernerhin verächtele. Rosa Neumann hielt die Drohung nicht für ernst und wandte sich zum Gehen. In diesem Augenblick zog der junge Mann einen Revolver aus der Tasche und drückte ab. Ein Schuß trachte, aber die Kugel verfehlte ihr Ziel; sie beschädigte das Juchend des Mädchens. Von allen Seiten liefen Leute herbei, aber bevor jemand Witte die Waffe entreißen konnte, setzte er sie sich an die rechte Schläfe, jagte sich eine Kugel in den Kopf und brach schwer verwundet zusammen. Ein Schuhmann brachte ihn nach der Charité. Der Verletzte starb im Laufe des Nachmittags, ohne wieder zur Bewußtsein gekommen zu sein. Das Mädchen konnte, nachdem es sich von dem Schreck erholt hatte, seine Verurteilung vermelden.

Zum Haß Tausch. Zu den Zeitungsmittelungen über den gegenwärtigen Stand des Disziplinarverfahrens gegen Herrn von Tausch schreibt eine hiesige Korrespondenz: Wie wir zuverlässig erfahren, hat das Staatsministerium als Berufungsinanz seine Entscheidung noch nicht getroffen und auch nicht treffen können, weil ihm der Spruch des Disziplinarhofes erst in den letzten Tagen zugegangen ist. Nachdem dies geschehen, wird die Entscheidung des Staatsministeriums nicht mehr lange auf sich warten lassen. In unterrichteten Kreisen will man wissen, daß der Disziplinarhof die ihm unterbreitete Angelegenheit sehr viel ernster auffaßt, als dies von der Disziplinar-Kammer des Polizeipräsidiums geschehen ist, und daß voraussichtlich das Staatsministerium sich ihm anschließen wird. — Soll uns verlangen!

Der Nachlasspfleger der ermordeten Rosina Kaiser hat erst jetzt ermittelt, daß bei der Mordthat auch eine silberne Broche von der Größe eines Fünfmarsstücks geraubt ist. Es ist das eine vom Berliner Hausfrauen-Verein der Kaiser verleihte Auszeichnung „für langjährige treue Dienste“. Auf der einen Seite trägt die Broche auf dem erhabenen Mitteltheile die Buchstaben H. F. V. B. (Hausfrauen-Verein Berlin), deren obere Ränder vergolddet sind. Da nicht ausgeschlossen ist, daß der Raubmörder Wegner die Broche irgendwo versteckt oder veräußert hat, werden alle diejenigen, die über deren Verbleib Auskunft geben können, ersucht, solche dem Polizeipräsidium zu übermitteln.

Die verschwundene Frau von Ledfeld aus der Dessauerstraße hat man im Krankenhaus zu Charlottenburg wiedergefunden. Auf einem Spaziergange war die alte Dame in der Reihstraße vom Schläge getroffen worden.

Unfall. Von der Staatsanwaltschaft ist die Leiche des 35 Jahre alten Buchbinders Petersen beschlagnahmt worden. Petersen war geborener Schwede und wohnte in der Waldemarstraße. Er ging am Mittwoch Abend aus, besuchte mehrere Schankwirtschaften und wurde um 9 1/2 Uhr von einem Kollegen nach Hause gebracht. Hier stürzte er von einem nur fünf Stufen hohen Abgang der ersten Treppe auf den gebieteten Hausfuß hinab und zog sich einen Schädelbruch zu, an dem er im Krankenhaus gestorben ist. Ob seinen Begleiter, den man nicht kennt, eine Schuld trifft, steht noch dahin.

An einer Vergiftung durch Schnapsgegniß ist der 20jährige Student B. aus der Spenerstraße gestorben. B. hatte den Geburtstag eines Studiengenossen feiern helfen. Auf dem Heimwege traf er zwei Kollegen, welche ihn bewogen, noch weiter mit ihnen zu knippen. Die drei leeren dann noch drei Flaschen Cognac. In trunkenem Zustande wurde B. in einer Droge nach seiner Wohnung gebracht. Als er dort anlangte, verfiel er in Bewußtlosigkeit. Bevor noch der Arzt herbeizukommen konnte, war B. der akuten Alkoholvergiftung bereits erlegen. Im Hause wird B., welcher der einzige Sohn eines Lehrers in Cottbus ist, als fleißiger und nächster Mensch geschildert.

Auf dem Grabe seines Sohnes erschossen hat sich Sonntag Nachmittag ein älterer Mann auf dem Friedhofe der St. Gollgatha-Gemeinde an der Barfußstraße in Reinickendorf.

Durch Geistesgegenwart der Beteiligten wurde Sonntag Nachmittag eine aufregende Szene im Deutschen Theater rasch zu Ende geführt. Es war in der Nachmittags-Vorstellung der „Versunkenen Glocke“. Als Fräulein Eise Heims (Rautendelein) sich im vierten Akt in der Nähe des Schmeldeherdes bewegte, fingen ihre lang herabhängenden Haare an der umgestützten Fadel, die auf dem Herde lag, Feuer, und die Flammen züngelten empor. Herr v. Winterstein, der als Blodengießer Heinrich ganz in der Nähe stand, war schnell seinen weiten Mantel um Fräulein Heims, so daß die Flammen sofort erstickt wurden.

Verwunden ist seit acht Tagen der 16 1/2 Jahre alte Tapezierlehrling Richard Wärtig, der Sohn eines Gärtners aus der Zeltowstraße 58. Wärtig war seit 1 1/2 Jahren in einem Geschäft in der Wilhelmstraße in der Lehre. Am Dienstag voriger Woche kam er niedergebunden nach Hause und klagte, daß er im Geschäft Kerger geblutet habe. Nach dem Essen ging er wieder weg, begab sich aber nicht ins Geschäft und ist seitdem verschwunden. Da er keinen Pfennig Geld mitgenommen hat und nur leicht gekleidet war, so fürchteten die Eltern, daß er sich ein Leid angethan habe. Der Vermißte ist hellblond und schlau, trägt ein schwarzes Jacket und Weste, dunkelgraue Hose, schwarzen weichen Filzhut und Stiefel.

Orgelkonzert. Der Dienstags Orgelvortrag in der Prenzlauerstraße am Mittwoch, mittags 12 Uhr, wird durch Fräulein Hedwig Bönisch, Fräulein Gerda Lange, Herrn Violinist Erwald Rieglitz und Herrn Adolf Bolte unterhalten. Herr Diemel spielt zum ersten Male seine Konzertphantasie in Es-dur. Der Eintritt ist frei.

Straßenverengungen. Befehl zur Aufhebung der Rampen der Modern-Brücke werden folgende Straßenbeile vom 13. Dezember ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt: 1. Die Modernstraße von dem Grundstück Nr. 120a bis zum Grundstück Nr. 127 einschließlich der alten Modern-Brücke, jedoch ausschließlich der von der Rothbrücke nach dem Anhalter Güterbahnhof führenden provisorischen Zufahrt in der Modernstraße, 2. das Tempelhofer Ufer vom Grundstück Nr. 23 bis zur Modernstraße. Gleichzeitig wird die unterm 21. v. M. verfügte Sperrung des Tempelhofer Ufers von der Ueberführung der Anhalter Eisenbahn bis zur Modernstraße, sowie des Halle'schen Ufers von der Ueberführung der Anhalter Eisenbahn bis zur Holzgerien Rothbrücke an der Modern-Brücke aufgehoben, während die Sperrung des Halle'schen Ufers vom Grundstück Nr. 29 bis zur Modernstraße einseitig noch bestehen bleibt. Es wird noch besonders darauf hingewiesen, daß für den Fuhrverkehr mit dem Anhalter Güterbahnhof vom 13. Dezember ab nur das Tempelhofer Ufer in der Richtung von der Schöneberger Brücke und das Halle'sche Ufer in der Richtung nach der Schöneberger Brücke offen sind.

Feuerbericht. Mehrfache Alarmierungen hatte die Feuerwehr am Sonntag zu verzeichnen. Während sie noch mit der Ablösung des Feuers in der Riststraße beschäftigt war, lief eine Feuermeldung aus Plantagenstraße 12 ein, wo ein großer Kessel Wasser in Flammen aufging. Gneisenaustraße 8 wurde Verpackungsmaterial eingeeiselt. Zimmerbrände von geringerer Ausdehnung waren Streiterstraße 32, Urbanstraße 20, Blumenstraße 29, und Graneisstraße 5 zu beseitigen. Ein Brand in einem Pferdehals löste Gerichtstraße 48 noch im Entstehen gedämpft werden, so daß die herbeigerufenen Wehr nicht in Thätigkeit trat. Rursfürstenstraße 44 hatte ein Gasarm sich losgelöst und dadurch eine Gasausströmung verursacht. Einer Explosionsgefahr wurde durch Löschmannschaften vorgebeugt, nachdem eine Abperlung des Gases erfolgt war. Erhebliche Arbeit machte der Wehr ein Brand in einem Lumpenkeller Roßbuserstraße 14. Bei starker Verqualmung konnte nur mit Vorzicht zum Feuerherde vorgegangen werden. Ein Hohe mußte längere Zeit Wasser geben, bevor die Gefahr beseitigt war. Wallisadenstraße 2 brannten eine Partie Hobelspäne. Von einem verheerenden Feuer heimgesucht wurde Sonntag die Spielwaarenfabrik von Leopold Casper in der Riststraße 12. Der Brand brach in der Trockenkammer der Fabrik aus. Bevor der erste Löscharbeit erschien, hatte das Feuer, durch starken Wind angefaßt, bereits das ganze Gebäude ergriffen. Von dem Hauptgebäude mit seinem Spielwaarenlager ist nichts übrig geblieben, als die nackten Mauern. Die Arbeiter der Fabrik, 70 an der Zahl, sind jetzt, knapp vor Weihnachten, brotlos geworden.

Aus den Nachbarorten. In unserem Vorort Halensee, der belanntlich zur Gemeinde Wilmsdorf gehört, ist es mit dem Schulwesen recht unzulänglich bestellt. Die Gemeindefakule ist im Hinterhause einer Mietkasserne untergebracht und mußter Lehrern wie Schülern die fühlbarsten Unannehmlichkeiten zu. Enge, schlecht ventilirte Klassenzimmer, Störung des Unterrichts durch Teppichklopfen und laute

Unterhaltungen der Anwohner, ungenügende Treppen und nach innen gehende Thüren, die bei eintretender Feuersgefahr hier getadegu eine Menschenfalle bilden, das sind in Kürze die Mängel, die für die Lehrer wie für die Kinder um so fühlbarer werden, je mehr der aufblühende Vorort an Einwohnerzahl zunimmt. Die Gemeindevertretung hat die Unzulänglichkeit dieses Zustandes längst erkannt und daher die Errichtung eines neuen Schulgebäudes beschloffen. Trotzdem aber dieser Beschluß fast ein Jahr alt ist, hat man immer noch nicht mit dem Bau begonnen. Worin der Grund solcher Verzögerung zu suchen ist, weiß niemand.

Die Eröffnung der Straßenbahn vom Schleifischen Bahnhof nach Treptow ist bereits im Mai nächsten Jahres zu erwarten. Die Gesellschaft für den Bau von Untergrundbahnen, welche die Genehmigung zum Bau dieser Strecke erhalten, hatte alle Vorbereitungen so weit gefördert, daß dem Beginn des Baues der Straßenbahn nichts mehr im Wege steht und dieser demnächst beginnen kann. Die Endstrecke der Linie, welche der Tunnel unter der Spree bildet, wird, wie berichtet, schon im Laufe des Januar befahrbar sein.

Einen schaurigen Fund machten gestern in der Morgenfrühe Arbeiter auf der Chauffee zwischen Grünau und Adlershof. An dem Leitungsmaste der elektrischen Leitung an der Stelle, wo er vom Draht berührt wird, hing die Leiche eines Mannes in Arbeiterkleidung. Die Angelegenheit fand ihre Aufklärung, als man später auf dem Bahnhof Adlershof einen mit allen Zeichen der Verstorbenen umherirrenden Mann verhaftete. Er gestand, einem hiesigen Wlatte zufolge, daß er mit zwei anderen Diebesgenossen den Draht von den Masten habe stehlen wollen. Einer von ihnen sei mit dem elektrischen Strome in Verührung gekommen und sofort getödtet worden. Der Andere habe die Flucht ergriffen. Er selbst sei nach dem Bahnhof gelaufen, um nach Berlin zu fahren. Der Festgenommene wurde nach dem Amtsgericht Copenick geschafft. Dem verunglückten Diebe ist durch den elektrischen Strom der rechte Arm vollständig verbrannt, sowie Gesicht und Unterkörper arg verstimmt. Der Tod muß auf der Stelle eingetreten sein. Die Persönlichkeit des Getödteten konnte bisher noch nicht festgestellt werden.

Verfassungen.

Eine fast besuchte Gastwirths-Verammlung, die vom Verbands der Gast- und Schankwirths einberufen war, tagte gestern, Montag, bei Stechert, Andreasstraße. Der Referent, Rechtsanwalt Dr. G. Schöps, bemängelte eingangs seiner Ausführungen, daß der Berliner Gastwirths-Verein und Weichwirths-Verein dieser Verammlung gegenüber eine ablehnende Stellung einnimmt. Das wäre um so bedauerlicher, als alle Anzeichen darauf schließen lassen, daß gegen den Gastwirthsstand außerst harte Maßregeln bevorstehen. Nicht nur, daß die „Kreuz-Zeitung“ die Gastwirths als das schlimmste Uebel, die Gastwirthschaften als Brutstätten der Revolution bezeichnet und ebenso wie andere konservative Blätter für strengere Maßregeln eintritt, wird auch im Ministerium des Innern eine Beschränkung des Gastwirthsgewerbes geplant. Das geht daraus hervor, daß die jungen Referendare bei ihrem Examen mit der Aufgabe, wie eine Beschränkung der Gastwirthschaften herbeizuführen sei, betraut werden. Der Referent erörerte im weiteren die ungeheuerlichen Bestimmungen, die aus der schlimmsten Reaction stammen und unter denen die Gastwirths zu leiden haben und die der Willkür Thür und Thor öffnen. Er erinnert daran, daß die Gastwirths völlig von der Gunst der Polizeibehörden abhängig sind, daß auch kein Rechtsmittel vorhanden ist, durch welche die Gastwirths die Verlängerung der Polizeistunde erzwingen oder gegen die Entziehung klagen können. Alles ist bezüglich der Polizeistunde in das Ermessen der Polizei gelegt, die die Zuverlässigkeit auch darauf hin zu prüfen scheint, ob der betreffende Gastwirth Mitglied eines konservativen Vereins ist. Die allgemeine Polizeistunde entspricht in keiner Weise den Verhältnissen, zumal der lebhafteste Verkehr erst gegen 10 Uhr abends in den meisten Gastwirthschaften beginnt und kurz darauf geschlossen werden muß, so daß die Gastwirths, die nicht begünstigt werden, in ihrem Erwerb außerordentlich geschädigt werden. Dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrage folgte eine längere Diskussion, in der die Maßnahmen der Polizei gegenüber den Gastwirths herbe kritisiert wurden und die Bevormundung des Gastwirthsgewerbes verurtheilt wurde. Schließlich gelangte folgende, dem Referat und der Diskussion entsprechende Resolution einstimmig zur Annahme: Die Verammlung der Gast- und Schankwirths erklärt hierdurch, daß die zur Zeit in Bezug auf die Polizeistunde herrschenden Zustände unhaltbar und der gleichlichen Abänderung dringend bedürftig sind. Sie halten eine gesetzliche Regelung insbesondere in folgenden Punkten für erforderlich: einmal durch Aufstellung gesetzlicher Vorschriften, durch welche der Eintritt der Polizeistunde in Uebereinstimmung mit den Bedürfnissen des Verkehrs für alle Wirths gleichmäßig geordnet wird. Ferner durch Befestigung des polizeilichen Gesessens bei Ertheilung einer längeren Polizeistunde und Wiederentziehung der einmal ertheilten Befugniß, ein Lokal über die gebotene Polizeistunde hinaus offen halten zu dürfen. Sie ermächtigt eine Kommission, bei den zuständigen gesetzgebenden Körperschaften die erforderlichen Schritte zu thun, um dem gegenwärtigen auf dem Gebiete der Polizeistunde schrankenlosen Ermessen der Polizeibehörden gesetzliche Schranken zu setzen und den Gast- und Schankwirths einen gesicherten Rechtsschutz zu schaffen.

Des weiteren stand auf der Tagesordnung die Bierfrage und Stellungnahme zu den Grobbazaren. Von den Rednern wurde auf die Schlenkerkonturren, die von einigen Wirths betrieben wird, hingewiesen und insbesondere gegen den Flaschenbierhandel der verschiedenen Brauereien, der immer größeren Umfang annimmt und die Gastwirths außerordentlich schädigt, protestirt. Ferner wurde auf die Nachtheile aufmerksam gemacht, die die Grobbazare dem Kleingewerbe betreiben und gegen die man ebenfalls vorgehen müsse. Besonders soll gegen diejenigen Brauereien vorgegangen werden, die sich mit dem Flaschenbierhandel befassen. Eine Kommission, aus 15 Mitgliedern bestehend, soll hierüber noch berathen und die weiteren Schritte dann veranlassen.

Arbeiter-Bildungsschule. Dienstag: Drei Jahrhunderte wirthschaftlicher, sozialer und politischer Kämpfe. Vortragender: Schriftsteller Paul Rumpff. Beginn der Vorlesungen pünktlich um 9 Uhr abends.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Zeitschrift des Redaktions. Donnerstags und Freitag abends von 7 1/2 bis 8 1/2 Uhr abgehalten.

M. B. Fragen Sie schriftlich bei der Direction in Plätzen an.

C. S. Laine's Werk ist in deutscher Uebersetzung von L. Kaiser erschienen.

1899. Uns unbekannt.

Gamin. In wissenschaftlichen Kreisen wird nur der 100gradige Thermometer (Celsius) benutzt und sein Gebrauch hat seit Jahrzehnten den 50gradigen auch im privaten Leben immer mehr zurückgedrängt.

Witterungsüberblick vom 12. Dezember 1898, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. u. F.	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. u. F.
Swinemünde	766	W	4	bedeckt	9	Danzwanda	760	W	2	bedeckt	-14
Danzwanda	769	SW	4	bedeckt	8	Berlin	770	W	3	bedeckt	10
Berlin	770	W	3	bedeckt	9	Sort	766	SW	3	Regen	12
Hildesheim	775	SW	1	bedeckt	9	Utrecht	755	SW	3	wolfig	11
München	777	SW	3	wolfig	4	Paris	776	W	2	bedeckt	6
Wien	773	SW	3	bedeckt	8						

Wetter-Prognose für Dienstag, den 13. Dezember 1898.

Etwas kühler, zeitweise heiter, vorherrschend wolfig mit leichten Regenfällen und ziemlich frischen westlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Veranstaltungen.

Die Grabentre und Bieleure hörten in einer Filialversammlung am 6. d. M. einen Vortrag des Genossen Wagner über: Die Schule und die Sozialdemokratie! Interessant waren die Gegenüberstellung der Ausgaben für Militär- und Erziehungszwecke der drei Staaten Frankreich, England und Deutschland.

193 000 oder 2 pCt. mittlere Bildung und 7 Millionen oder 86 1/2 pCt. allgemeine Bildung, 923 274 Personen sind Analphabeten. Während nun der Volksschüler dem Staate jährlich 23 50 M. Kosten verursacht, kommt auf den Schüler der höheren Schule die Summe von 106,70 M., der Student erfordert jährlich einen Aufschuß von 566,90 M.

der verschiedenen Lesefächer an den Berliner Schulen berührt. Unter Geschäftlichem theilt der Vortragende mit, daß die Elektrizitätswerke Ober-Schöneeweide nicht befristigt werden können, da dieselben noch im Ausbau begriffen sind.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, 13. Dezember. Opernhaus, Tanzhäuser und der Sängerkreis auf Wartburg. Anfang 7 1/2 Uhr. Schauspielhaus, Auf der Sonnenseite. Anfang 7 1/2 Uhr. Deutsches, Curio von Bergerac. Anfang 7 1/2 Uhr.

Schiller-Theater

(Wagner-Theater). Dienstag 8 Uhr: Wilhelm Tell. Mittwoch 8 Uhr: Ehrliche Arbeit. Donnerstag 8 Uhr: Sattel Curaser.

Offend-Carl Weiß-Theater.

Gr. Frankfurterstr. 132. Dunkel Jonas. Volkshaus mit Gesang in 5 Akten von Oskar Klein. Musik von Alb. Wiedner. Anfang 8 Uhr.

Thalia-Theater.

Dreddenstr. 72/73. Gastspiel Helmerding. Zum ersten Male: Der Eva-Äpfel. Goffe in 3 Aufzügen von V. Jacobson.

Metropol-Theater.

Behrenstr. 55/57. Dir. Rich. Schultz. Zum 26. Male: Die Blumen-Mary. Operette in 3 Akten von C. Weinberger.

Luisen-Theater

34. Reichenbergerstraße 34. Abends 8 Uhr: Fröhliche Weihnacht!

Central-Theater

Direktion: José Foronczy. Die Geisha oder: Eine japanische Ehehaus-Geschichte. Operette in 3 Akten v. Eibner Jonec.

Olympia-Theater

Karlstr. (Circus Renz) Karlstr. Abends 8 Uhr: Zum 85. Male: Mene Tekel. Jeden Mittwoch, Sonnabend und Sonntag Nachmittags 3 1/2 Uhr: Dornröschen.

Circus Renz-Riesen-Tunnel.

Direktion: J. M. Hatt. Täglich: Grosses Konzert der Handkapelle unter Leitung des Kapellmeisters Herrn Otto Görner und Extra Spezialitäten-Vorstellung.

A. Frankl's

Théâtre Variété Kölnischer Fischmarkt 6. Grosse Spezialitäten-Vorstellung. Neues Dezember-Programm.

Moabiter

Gesellschaftshaus, Alt-Moabit 80-81. Empfehlung meiner neuen Saal, 1500 Pers. fass., zu Veranstaltungen u. Ball.

Circus Busch

Dienstag, den 13. Dezember, abends 7 1/2 Uhr: Elite-Abend. PERSIEN. Gr. Manege-Schauspiel in 5 Akten.

Feen-Palast-Theater

Burgstr. 22. Burgstr. 22. Um 8 1/2 Uhr: Großer Erfolg des J. Gührer'schen Volkstheaters Das Blumenmädchen vom Gasse'schen Markt.

Urania

Taubenstrasse 48/49. Im Theater: Der dunkle Erdtheil. Im Horsaal: G. Witt: Bewohnbarkeit der Weltkörper.

Passage-Panopticum.

Geöffnet von 9 Uhr früh bis 10 Uhr abends. Von 6 bis 10 Uhr: Théâtre varié. Um 8 Uhr: Das Flammenweib.

Castan's Panopticum.

Die SIOUX-INDIANER sind da! Apollo-Theater. Nur noch bis 15. Dezember ROSALIA LAMBRECHT.

Reichshallen.

Stettiner Sänger (Wiesfel, Pietro, Britton, Geibl, Krone, Köhl, Schneider und Schrader.) Zum Schluss, neu: Pepita vor Gericht.

W. Noack's Theater

Brunnenstr. 16. Heute Dienstag, den 13. Dezember: Das Glöckchen von Birkenstein. Volkshaus mit Gesang in 4 Akten von Gwenz.

Columbus-Silber

ist der beste Ersatz für echtes Silber. Bleibt stets weiss; Haltbarkeit unverwundlich. 58 Gegenstände für nur M. 14.

Oskar Raeder

37, Oranienstr. 37. Stahlwaaren u. Wertgegenstände besser Qualität, Preis für Buchbinder, Lederarbeiter, Sattler, Töpfer, Studienteure u. Former.

Volks-Theater im Welt-Restaurant

Dreddenstr. 97. Dir.: A. Kollg. Art. Leiter: A. Runge. Täglich: Gr. Theater u. Spezialitäten. Revü: Die Bräutigamsprobe. Neu! Otto Richter, Neu! der liebe Dieblich der Berliner.

Mähr's Theater

Oranienstr. 21. Täglich: Spezialitäten- und Theater-Vorstellung. Amor! Burlesk mit Gesang und Tanz.

Alcazar-Theater

Dreddenstr. 52/53. City-Passage. Direktion: Richard Winkler. Ren! Ren! Ren! Seemannsglück. Piederpiel in 1 Aufzug. Text und Musik von Oskar Sirov-Röder.

Concerthaus.

Leipzigerstr. No. 48. Täglich: Hoffmann's Quartett und Humoristen. Landwehrmann's Weihnacht und Jacques Offenbach's Operette Anfel Cipifapan.

W. Noack's Theater

Brunnenstr. 16. Heute Dienstag, den 13. Dezember: Das Glöckchen von Birkenstein. Volkshaus mit Gesang in 4 Akten von Gwenz.

Columbus-Silber

ist der beste Ersatz für echtes Silber. Bleibt stets weiss; Haltbarkeit unverwundlich. 58 Gegenstände für nur M. 14.

Oskar Raeder

37, Oranienstr. 37. Stahlwaaren u. Wertgegenstände besser Qualität, Preis für Buchbinder, Lederarbeiter, Sattler, Töpfer, Studienteure u. Former.

Central-Festsäle, Alte Jakobstrasse 32.

Empfehle meine Säle, 100-800 Personen fassend (mit Bühne), zu Festlichkeiten, öffentlichen wie Vereinsveranstaltungen, Sommeren etc. zu den günstigsten Bedingungen. Franz Müller.

Oranien-Hallen

Am Moritzplatz. Oranienstr. 51. Am Moritzplatz. Inhaber: Hermann Scholze. empfiehlt seine Säle den Vereinen zu Veranstaltungen und Festlichkeiten.

Möbel und Polsterwaaren.

Arbeit, äußerst billige Preise, empfiehlt A. Schulz, Reichenbergerstr. 5. Nach Theilzahlung!

Wichtig für jede Hausfrau!

Eine praktische u. nützliche Haus-haltungsmaschine ist eine Prima Dringmaschine mit besten Weichgummiswalzen und stabileren Druckwerk. Preis, empfiehlt E. Krieg.

Sozial. Neujahrskarten

mit Sprüchen und dem Bildnis von Lassalle, Marx, Engels. Allgemeine Neujahrskarten in jeder Auswahl. Ernst Seidel, Luxuspapier-Fabrik.

Zür 30 Mark

fertige hochfeine Anzüge nach Maß, für 30 Mark seine Winter-Paletots nach Maß, für 8-12 Mark seine Hüfen nach Maß. Riesenstofflager.

Blousen

für Maler, Bildhauer, Optiker, Mechaniker u. ähnliche Berufe zum Schutz d. Kleidung zu 1,50, 1,75, 2,25 etc. Blousen-Fabrik Louis Rosenthal.

Arbeitsanzüge

W. Pahr Brunnenstr. 112. Sophastoffe auch in Rips, Damast, Crêpe, Phantasie, Gebelie und Wusch kostbillig!

Dr. med. Schaper,

prakt. Hautkrankh. Arzt u. Spezialarzt f. Haut-, Horn-, Weichteil- u. Frauenkrankheiten. Ufer 9-1, 4-8. Schönberger Ufer 25.

Gründergeschäft,

gutgehend, umfangreicher Lager billige zu verkaufen, Krautzstr. 35a. (2937b) 2 möbl. Schlafst. sep., 1. Januar 2942b. Kaufstr. 4, vom 4 Tr. I.

